

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 76. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung hat sich **ein Abgeordneter entschuldigt**; sein Name wird in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert am heutigen Tage der Abgeordnete **Dietmar Brockes** von der Fraktion der FDP. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Damit rufe ich auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
in der Fassung nach der zweiten Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8150

dritte Lesung

Änderungsanträge
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8217
Drucksache 17/8218
Drucksache 17/8219
Drucksache 17/8220
Drucksache 17/8221
Drucksache 17/8222
Drucksache 17/8223
Drucksache 17/8224
Drucksache 17/8225

Änderungsanträge
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8238
Drucksache 17/8239
Drucksache 17/8240
Drucksache 17/8241
Drucksache 17/8242
Drucksache 17/8243
Drucksache 17/8244
Drucksache 17/8245
Drucksache 17/8246
Drucksache 17/8247
Drucksache 17/8248

Drucksache 17/8249
Drucksache 17/8250
Drucksache 17/8254
sowie
Drucksache 17/8281

Änderungsanträge
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8255
Drucksache 17/8256
Drucksache 17/8257
Drucksache 17/8258
Drucksache 17/8259
Drucksache 17/8260
Drucksache 17/8261
Drucksache 17/8262
sowie
Drucksache 17/8276
Drucksache 17/8277

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8264
Drucksache 17/8265
Drucksache 17/8266
Drucksache 17/8267
Drucksache 17/8268
Drucksache 17/8269
Drucksache 17/8270
Drucksache 17/8271
Drucksache 17/8272
Drucksache 17/8273
Drucksache 17/8274
Drucksache 17/8275
sowie
Drucksache 17/8280

Änderungsanträge
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8278
Drucksache 17/8279

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8075

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8226

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8227

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8263 – 2. Neudruck

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer

Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8018

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7202
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
in der Fassung nach der zweiten Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8152 – Neudruck

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7318

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8151

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zum Haushaltsplan zur Vorbereitung der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2020 sind auch in den Veränderungsnachweisen zu Drucksache 17/8150 entsprechend dargestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie darauf hin, dass die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, dass **während dieses** gesamten **Tagesordnungspunktes Zwischenfragen** sowie **Kurzinterventionen nicht zulässig** sind. – Dagegen sehe ich auch **keinen Widerspruch**. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne nun die Aussprache und darf für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Kutschaty das Wort erteilen.

Thomas Kutschaty (SPD): Schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zeit ist relativ, wie wir seit Albert Einstein bestens wissen. Manchmal will sie nicht vergehen, und manchmal fegt sie über die Dinge einfach nur so hinweg. Die Zeit ist aber noch nie so schnell über das Programm einer Regierung hinweggegangen wie über das Regierungsprogramm dieser schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ihr Programm stammt aus einer längst vergangenen Zeit. Sie wollten 2017 da weitermachen, wo Sie 2010 aufhören mussten – mit Marktentfesselung und mit der These „Privat ist besser als Staat“.

Meine Damen und Herren, Sie verfügen heute über 10 Milliarden Euro mehr Einnahmen im Landeshaushalt als Ihre Vorgänger. Trotzdem sind Sie nicht in der Lage, die drängendsten Probleme dieses Landes zu lösen. Sie gehen diese Probleme nicht einmal an. Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Die Wohnungsnot wird in unserem Land immer schlimmer. Sie trifft längst nicht mehr nur die unteren Einkommensgruppen, sondern sie trifft die Mitte dieser Gesellschaft. Trotzdem weigern Sie sich, so stark in den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu investieren, wie es nötig und auch möglich wäre. Wohnungsnot ist in Ihrem Regierungsprogramm nämlich gar nicht beschrieben und vorgesehen. Sie wollen das nicht wahrhaben. Deshalb hören Sie den betroffenen Menschen, die sich in einem großen Bündnis organisiert haben, noch nicht einmal zu. Sie hören weg. Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei.

(Beifall von der SPD)

80.000 Menschen – Eltern, Erzieherinnen und Träger – haben gegen Ihre völlig unzureichende Kita-Reform unterschrieben. Über 10.000 haben hier in Düsseldorf vor dem Landtag demonstriert. Aber Ihre Regierung hat sie noch nicht einmal empfangen. Dabei weiß jeder mit Sachverstand: Ihre Kita-Reform ist nicht ausreichend finanziert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Es wird keine Entlastungen für Erzieherinnen und Erzieher geben. Die Betreuungsqualität wird sich nicht wesentlich verbessern können. Die Kirchen haben

Sie gewarnt. Die Bertelsmann Stiftung hat Sie gewarnt. Die freien Träger haben Sie gewarnt. Die Elternverbände haben Sie gewarnt. Sie haben nicht zugehört. Sie ignorieren die Kritik. Sie regieren an den Sorgen und Problemen der Menschen auch in diesem Bereich vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn der Paritätische Wohlfahrtsverband und andere Wohlfahrtsorganisationen gerade in diesen Tagen mutiges Handeln gegen die steigende Armutsgefahr fordern,

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

hören Sie ebenfalls weg; denn Armutsbekämpfung ist in Ihrem Regierungsprogramm auch nicht vorgesehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Der Lehrermangel wird in diesem Land immer größer. Die Wohnungsnot wird immer schlimmer. Trotz des Aufschwungs wird die soziale Ungleichheit in diesem Land leider immer größer. Sie haben 10 Milliarden Euro mehr als Ihre Vorgänger zur Verfügung. Trotzdem sind Sie nicht in der Lage, auch nur eines dieser Probleme zu lösen. Sie regieren an den Problemen des Landes vorbei.

Meine Damen und Herren, das sage nicht nur ich; das sagen wirklich alle Sachverständigen, die diesen Haushalt zuvor bewertet haben.

(Beifall von der SPD)

Der Bund der Steuerzahler lässt kein gutes Haar an Ihrem Entwurf. Es mangle vor allem an akzentuierten Schwerpunkten. Mit anderen Worten: Man erkennt überhaupt keine Ziele und keinen Plan. Sie regieren in den Tag hinein und leben von der Hand in den Mund, meine Damen und Herren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt:

„NRW steht vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung hat daher große Ankündigungen gemacht. ... Durch die Ruhrkonferenz soll das Ruhrgebiet den Anschluss finden. Die Entschuldung der Kommunen von Kassenkrediten wurde angekündigt. Der Wohnungsbau soll gesteigert werden.

Leider finden sich für all diese Ankündigungen keine Positionen im Haushalt.“

In dieser Stellungnahme heißt es weiter:

„NRW liegt bei den staatlichen Investitionen von Land und Kommunen pro Einwohner an drittletzter Stelle aller Bundesländer.“

Und weiter:

„Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung der Landesregierung, die Investitionen mittelfristig sogar zurückzufahren, absolut kontraproduktiv.“

Meine Damen und Herren, Sie sind angetreten, um Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe zu bringen. So haben Sie es vollmundig versprochen. Wir sind Drittlitzter bei der Investitionsquote, und Sie fahren die Investitionen weiter herunter. Das ist keine gute Politik für Nordrhein-Westfalen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der Landesrechnungshof wirft Ihnen Trickserien vor. Der Deutsche Beamtenbund moniert zu Recht, dass es überhaupt keine Anstrengungen und Überlegungen gibt, wie man den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst wirksam beheben kann.

In einer gemeinsamen Stellungnahme von Städte- tag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund heißt es, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für die angemessene Finanzausstattung der Kommunen nicht gerecht wird. Haben Sie auf eine dieser Kritiken überhaupt reagiert? Nein, haben Sie nicht! Sie gehen über die Kritik der Sachverständigen komplett hinweg. Kein einziger Sachverständiger fand Ihren Haushalt gelungen. Aber Kritik wird in Ihrer Regierung ja systematisch ignoriert. Sie hören den Sachverständigen genauso wenig zu wie mir gerade, Herr Laschet.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Regierung ist den Problemen des Landes nicht gewachsen. Das liegt nicht zuletzt an Ihrer Marktentfesselungs-ideologie. Diese Ideologie ist auch der Grund dafür, dass wir heute nicht den Staat haben, den wir bräuchten. Es gibt zu wenig Ingenieurinnen und Ingenieure im Staatsdienst. Es gibt zu wenig Forstbeamte und zu wenig Polizeibeamte. Unsere Kindergärten brauchen dringend mehr Erzieherinnen und Erzieher. Unsere Berufsschulen und anderen Schulen suchen händeringend nach Lehrkräften.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Unruhe – Glocke)

– Seien Sie einmal ganz entspannt. Aber nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis, dass Sie jetzt seit zweieinhalb Jahren regieren und keines der Probleme angegangen haben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Vielmehr erkennt man – Herr Brockes, auch wenn Sie heute Geburtstag haben, sollten Sie einmal zuhören und nicht dazwischenrufen – Mangel überall dort, wo man hinschaut. Für das Personalproblem ist keine Lösung in Sicht. Sie bekommen es nicht in den Griff, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der FDP)

Fast jede zweite der rund 1.000 offenen Schulleiterstellen in Deutschland liegt in Nordrhein-Westfalen. Damit ist fast jede zehnte Schule in Nordrhein-Westfalen im Augenblick ohne Leitung. Meine Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall von der SPD)

Ich zitiere aus der Stellungnahme des Grundschulverbandes:

„Wie – so fragen wir – halten es die Landtagsabgeordneten eigentlich aus, dass die wichtigste Schulstufe wie ein Stiefkind behandelt wird?“

Das ist eine gute Frage. Ich bin auf die Antwort des Ministerpräsidenten gespannt. Aber ich befürchte, dass auch hier nichts kommen wird. Auch hier hören Sie nämlich weg.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt aber einen Bereich im Personalwesen, in dem Sie aktiv werden – nämlich, wenn es um Ihre eigenen Personalwünsche geht, Herr Ministerpräsident, die Personalwünsche Ihrer Staatskanzlei und Ihrer Ministerien. Ganz gleich, wie groß die Begehrlichkeiten auch waren – sie wurden bisher immer befriedigt. Das schafft man natürlich nur, wenn man Prioritäten setzt. Genau das haben Sie getan. Sie haben sich und den Ministerien seit dem Regierungswechsel – das ist jetzt zweieinhalb Jahre her – 525 neue Stellen gegönnt. 525 neue Stellen!

Es gab früher einmal Ministerien, die insgesamt nicht so viele Mitarbeiter gehabt haben, wie Sie an Stellenzuwachs in zweieinhalb Jahren geschaffen haben, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Allein in der Staatskanzlei gibt es jetzt 67 neue Stellen inklusive Haushalt 2020. Die Entfristungen habe ich gar nicht mitgerechnet.

Es gibt übrigens in anderen Bundesländern Staatskanzleien, die nur geringfügig mehr Mitarbeiter haben, als Sie in zweieinhalb Jahren zusätzlich eingestellt haben, Herr Laschet. Und wozu? Was rechtfertigt eigentlich einen solchen Stellenzuwachs in so kurzer Zeit?

In der letzten Plenardebatte haben Sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als gehe der Stellenzuwachs alleine auf neue Zuständigkeiten zurück – für den Sport, für das Ehrenamt oder für die sogenannte Ruhr-Konferenz. Das ist allerdings nicht richtig.

Wenn ich alle Stellen abziehe, die für neue Aufgaben oder auch für Entfristungen genutzt werden, lande

ich immer noch bei 40 zusätzlichen Stellen. 40 Stellen nur für Ihren Apparat, nur für Ihre Regierungs-PR, Herr Laschet!

Deshalb quillt Ihre Staatskanzlei vor lauter neuen Mitarbeitern über. Sie grasen ja gerade alles ab, was in Junge-Union-Geschäftsstellen zu finden ist.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Während die Staatskanzlei kaum mehr die Leute unterbringen kann, sehen die Geschäftsstellen der Jungen Union mittlerweile so aus wie ein verlassener Saloon im Wilden Westen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Marc Herter [SPD]: Das ist nicht neu! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Man hört sogar schon, dass sich leitende Personen in den Ministerien selbst über Ihre Personalpolitik lustig machen. Der geflügelte Spruch in den Ministerien auf den Fluren ist doch jetzt schon: Müssen die etwas können, oder sollen die von uns sein? – Das ist das Motto, nach dem im Augenblick regiert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Aber das Schlimme ist, dass Sie diese Sorgen der Menschen in unserem Lande nicht ernst nehmen. Hunderttausende von Eltern suchen nach geschickten Betreuungsplätzen für ihre Kinder – im Kita-Bereich, im Schulbereich, im Offenen Ganztage. Ich habe Eltern getroffen, die ihre Kinder wieder aus der Betreuung im Offenen Ganztage herausgenommen haben, weil es vielfach nicht richtig funktioniert und die Hausaufgabenbetreuung nicht klappt. Das machen die Eltern jetzt wieder selbst. Die Eltern, die es sich leisten können, reduzieren ihre Arbeitsstunden und sagen: Ich investiere das lieber in mein Kind. – Aber es gibt Eltern, die sich das nicht leisten können. Sie sind darauf angewiesen, meine Damen und Herren. Sie können auch keine private Nachhilfe finanzieren.

Deswegen ist es ganz entscheidend, dass man da deutlich mehr tut. Was sagt der Ministerpräsident den Menschen zu diesem Thema? Er sagt im Augenblick: Eine Kanzlerkandidatur ist für mich derzeit kein Thema. – So regiert man an den Sorgen der Menschen vorbei.

(Beifall von der SPD)

Wenn die Menschen im Stau stehen oder die Züge ausfallen und überfüllt sind, behauptet diese Landesregierung einfach, dass die Staus angeblich kürzer geworden sind; und der Ministerpräsident fliegt derweil mit dem Hubschrauber zum Beispiel zu einem Jugendreitturnier.

(Zuruf von Rüdiger Weiß [SPD])

So regiert man nicht Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Und was sagt der Ministerpräsident den Menschen, die verzweifelt eine bezahlbare Wohnung für sich und ihre Familie suchen und die Angst haben, dass sie sich ihr Leben in ihrer Heimat bald nicht mehr leisten können? Er sagt ihnen, dass er demnächst in einem „Tatort“-Krimi zu sehen sein wird. Einen ganzen Arbeitstag sollen die Dreharbeiten in Anspruch genommen haben, meine Damen und Herren. „Tatort“ statt Tatkraft – das ist wohl das neue Motto Ihrer PR-Abteilung.

(Beifall von der SPD und Horst Becker [GRÜNE])

Aber vielleicht brauchen Sie ja solche Marketing-gags. Ich gönne sie Ihnen sogar. Ich gönne Ihnen auch den „Tatort“-Auftritt, Herr Laschet. Denn ich kann Sie für Ihre Zukunftsplanung nur ermutigen, auf ein zweites Standbein zu setzen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber ein bisschen Sorge mache ich mir schon, was dann ab 2022 kommt: „Let’s Dance“, „Frauentausch“, „Dschungelcamp“? Ich bin gespannt, was Sie uns noch zu bieten haben.

(Beifall von der SPD)

Ich habe auch gelesen, dass dieser „Tatort“, für den Sie angefragt worden sind und bei dem Sie jetzt mitdrehen, ein sogenannter Improvisations-„Tatort“ sein soll –

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann er!)

also sozusagen ohne Plan; mal schauen, was sich so ergibt. Dass man dann auf Sie als Darsteller kommt, wundert mich natürlich nicht, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Denn dass Sie ein Talent für Improvisation haben, haben Sie ja schon einmal bewiesen. Geht ein Stapel Klausuren verloren, geben Sie einfach allen eine Eins oder eine Zwei. So löst man das in der Improvisation, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP] – Weitere Zurufe)

– Seien Sie einmal ganz beruhigt.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke)

Wenn allerdings – neben Ihren schauspielerischen Ambitionen – Menschenorganisationen mit ernststen Problemen an Sie herantreten, beispielsweise die Kirchen, die in Sorge um die Finanzierung ihrer Kin-

dertagesstätten sind und an Sie appellieren, schicken Sie noch nicht einmal die berühmte Empfangsbestätigung. Dafür haben Sie keine Zeit.

Wenn der Deutsche Gerichtsvollzieher-Bund Sie anschreibt und wegen der stark gestiegenen Zahl von Angriffen auf Vollstreckungsbeamte und Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher um Ihre Hilfe bittet, bekommen die Kolleginnen und Kollegen noch nicht einmal eine Antwort.

Dabei haben Sie doch am 21. Mai dieses Jahres beim Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ erklärt – ich zitiere Sie –:

„... es gab früher die Praxis, dass man manchmal wegen Bagatellen auch Verfahren eingestellt hat – wir stellen keine Verfahren wegen angeblichen mangelnden öffentlichen Interesses mehr ein. Jedes Verfahren wird jetzt verfolgt.“

Wir haben bewusst sechs Monate im Land verstreichen lassen und im Rechtsausschuss einmal nach dem Sachstand gefragt, was denn aus dieser Ansage des Ministerpräsidenten geworden ist. Ich darf aus dem schriftlichen Bericht des Justizministers zitieren:

„Jeder Praktiker weiß: Es werden immer Fälle bleiben, in denen eine Einstellung sachgerecht sein kann.“

Der Justizminister widerspricht dem Ministerpräsidenten öffentlich. Konsequenzen: keine. Ihre Ankündigung beim Deutschen Beamtenbund ist also ein leeres Versprechen. Das weiß jeder Praktiker. Fragen Sie einmal Herrn Biesenbach. Ich fürchte, der hat das aber auch schon wieder vergessen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung hat ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem. Keine der Vorgängerregierungen ist so oft der Unwahrheit überführt worden wie Ihre Regierung. Damit muss jetzt Schluss sein. Das ist einer Regierung unwürdig.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ist es Ihnen denn wirklich egal, dass Ihrem Regierungssprecher nach der fulminanten Pressemitteilung zum Hackerangriff niemand mehr über den Weg traut? Ist es Ihnen wirklich gleichgültig, dass Ihrem Innenminister regelmäßig Unwahrheiten nachgewiesen werden, die er mit Erinnerungslücken und Schusseligkeit zu erklären versucht? Wollen Sie wirklich darüber hinwegsehen, dass Ihr Justizminister seinen letzten Rest an Glaubwürdigkeit verschwendet, um irgendwie im Amt zu bleiben?

Herr Laschet, das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie schauen ja immer gerne nach Bayern und möchten den Bayern gerne nacheifern. In Bayern heißt das Motto „Laptop und Lederhose“. Herausgekommen ist bei Ihnen aber nur „Handy und Hosentasche“. So telefoniert angeblich der Justizminister. Niemand glaubt ihm mehr.

Nutzen Sie Ihre Organisationsgewalt, und beenden Sie diese Tragikomödie. Es ist eben nicht egal, ob es einer Regierung an Wahrhaftigkeit mangelt oder nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie können für Ihre Glaubwürdigkeit aber eine ganze Menge tun, wenn Sie hin und wieder auch mal eines Ihrer Wahlversprechen einhalten.

In der letzten Legislaturperiode haben Sie sich massiv über die Erhöhung der Grunderwerbsteuer beschwert. Sie sei eine unerträgliche Belastung für junge Familien, haben Sie hier in mehreren Plenardebatten lautstark zum Ausdruck gebracht. Jetzt regieren Sie seit zweieinhalb Jahren. Reden Sie mir hier nicht von einer Bundesratsinitiative, die Sie gestartet haben, die aber zum Scheitern verurteilt gewesen ist. Sie können jetzt handeln. Mit einem Handstreich können Sie die Grunderwerbsteuer wieder senken. Aber Sie werden es nicht tun. Sie haben Ihr Versprechen gebrochen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann fragen sich die Menschen natürlich schon: Liegen Ihnen diese jungen Familien, die Sie ja vielfach zitiert haben, jetzt plötzlich nicht mehr am Herzen?

Wissen Sie was, Herr Laschet? Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie und Ihre Koalitionsfraktionen können heute unserem Antrag zustimmen und die Kita-Gebühren in Nordrhein-Westfalen komplett abschaffen. Keine Steuersenkung würde junge Eltern stärker entlasten als die Abschaffung dieser Gebühren.

(Beifall von der SPD)

Und dazu muss man sich noch nicht einmal ein Haus kaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Es geht für Normalverdiener um Tausende von Euro, Jahr für Jahr.

Im Gegenzug verspreche ich Ihnen im Namen meiner Fraktion: Wir werden das Wort „Grunderwerbsteuer“ nie wieder in den Mund nehmen. – Das Thema ist dann erledigt, und junge Eltern sind von Gebühren entlastet. Das ist heute unser Angebot, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich noch sehr gut an die Haushaltsdebatten in den Jahren 2015 und 2016 erinnern, als Armin Laschet, Christian

Lindner und auch Hendrik Wüst wie Rumpelstilzchen schimpften, weil das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen nur 0,9 % bzw. 1,0 % betrug. Jetzt haben wir zwei Jahre sogenannte Entfesselung erlebt. Und was ist das Ergebnis? Gerade mal 0,1 % Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr!

(Zurufe von der SPD: Oh! Hört! Hört!)

Wenn wir Glück haben, kommen wir vielleicht im Jahresdurchschnitt noch auf 0,3 %. Das wäre dann aber auch immer noch sehr, sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Es ändert auch nichts daran, dass die Industrieproduktion in unserem Land im ersten Halbjahr 2019 besorgniserregend um 1,6 % zurückgegangen ist.

Im Gegensatz zu Ihnen früher behaupte ich übrigens nicht, dass für die Wachstumsdelle die Landesregierung verantwortlich ist – schon gar nicht einzig und allein. Das wäre heute genauso unsinnig, wie es damals unsinnig war. Aber ich halte fest, dass zur Regierungszeit von SPD und Grünen das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen dreimal so stark war, wie es unter CDU und FDP heute ist, meine Damen und Herren. Ihre Entfesselungspolitik wirkt nicht. Das ist das Ergebnis.

(Beifall von der SPD)

Sie bringt keine neuen Impulse. Sie ist erfolglos.

Schlimmer noch: Sie machen sich mit Ihrer Entfesselungspolitik lächerlich.

Die Hygieneampel wurde als angebliches Bürokratiemonster abgeschafft, und zugleich wurde der Hygieneführerschein eingeführt. So viel Entfesselungspolitik kann ja nur beeindruckend, meine Damen und Herren.

Aber ich will Ihnen sagen, wo Sie etwas entfesseln können: Schaffen Sie endlich die Straßenausbaubeiträge ab, Herr Laschet.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir hören immer wieder aus Kommunen, dass 50 %, teilweise 70 % der von den Bürgern eingenommenen Gelder für Verwaltungsausgaben aufgewandt werden müssen, um diese Gebühren abzurechnen. Ihr neuer Gesetzentwurf, den Sie uns gleich zur Abstimmung vorlegen werden, sieht eine noch weitere Bürokratie vor, weil die Beamtinnen und Beamten jetzt Förderanträge stellen müssen, mehr Bürgerbeteiligung umsetzen müssen und Informationen geben müssen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie etwas tun wollen, sollten Sie das ganze Gedöns abschaffen. Das hilft den Menschen mehr und ist die beste Entfesselung für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber noch viel schlimmer ist das, was Sie in Nordrhein-Westfalen im Augenblick in der Energiepolitik anrichten. Energiepolitik ist mehr denn je auch Industriepolitik. Das haben Sie aber offensichtlich noch nicht begriffen.

Verstehen Sie denn nicht, was für ein Fanal die Investitionsentscheidung von Tesla in Brandenburg gewesen ist? Der amerikanische Autokonzern Tesla will dort eine Autofabrik bauen. Der letzte ausländische Autokonzern, der in Deutschland einen Produktionsstandort gewählt hat, war Ford vor 93 Jahren. Teslas Ankündigung hat also eine enorm hohe symbolische Kraft und Wirkung. Mitten im Mutterland des Verbrennungsmotors errichtet der Vorreiter der Elektromobilität eine eigene Fabrik. Die Autos, die dort demnächst produziert werden sollen, werden ihren Nutzwert mindestens genauso sehr durch intelligente Software wie durch ausgeklügelte Hardware erhalten. Auch das ist ein Symbol für den Strukturwandel, den unsere Wirtschaft durchlaufen wird.

Aber warum hat sich Tesla für Brandenburg entschieden und nicht für Nordrhein-Westfalen?

(Zurufe von der CDU)

Ich will es Ihnen sagen: weil Tesla grünen Strom für seine Produktion braucht. Und den bekommt der Konzern in Brandenburg dank der Windenergie. In Nordrhein-Westfalen bekommt Tesla den grünen Strom nicht; denn hier macht die Landesregierung die Windenergie ganz gezielt kaputt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein Alarmsignal und ein Grund dafür, dass neue Arbeitsplätze an der Oder oder an der Elbe und eben nicht an Rhein und Ruhr entstehen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Das ist schlecht für Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Aber immerhin scheinen jetzt auch die schwarz-gelben Minister zu bemerken, dass die Zeit über Ihre Energiepolitik hinweggegangen ist.

Ich kann mich auch noch gut an die Auseinandersetzungen erinnern, die wir hier in der letzten Legislaturperiode über das rot-grüne Klimaschutzgesetz führen mussten. Kein anderes Gesetz wurde nach meiner Erinnerung so stark von der damaligen Opposition bekämpft wie dieses nordrhein-westfälische Klimaschutzgesetz. Armin Laschet nannte das Klimaschutzgesetz im Jahre 2014 hier im Landtag eine völlig unsinnige ideologische Spielwiese. Hendrik Wüst bezeichnete es in seiner unnachahmlichen Weise sogar als – Zitat – Schweinerei.

(Sarah Philipp [SPD]: Aha! Sehr interessant!)

– Ja, das war damals das Niveau der Auseinandersetzung.

Tatsächlich prahlen Armin Laschet und Andreas Pinkwart heute damit, dass Nordrhein-Westfalen seine selbst gesteckten Klimaziele sogar übertroffen habe. Man könnte fast meinen, das damalige Gesetz sei Ihre Idee gewesen, Herr Laschet.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Problem ist nur, dass Ihre klimafreundlichen Reden tatsächlich nichts mit Ihrem Handeln zu tun haben. Ihr Kabinett hat eine Energieversorgungsstrategie vorgelegt, die nur aus Absichtserklärungen besteht. Bis 2030 sollen die Energieleistungen aus Wind und Sonne auf 10,5 bzw. 11,5 GW verdoppelt werden. – Schön und gut; aber wie soll das gelingen? – Still ruht hier der Wald oder der Wind.

Tatsächlich aber handeln Sie genau kontraproduktiv. Mit Ihrem Windenergieerlass und der Abstandsregelung von 1.500 m reduzieren Sie die verfügbare Fläche für Windenergie in Nordrhein-Westfalen um mehr als zwei Drittel. Damit sabotieren Sie die Energiewende in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Das wird Folgen für Investitionen und Arbeitsplätze haben. Tesla wird nicht der einzige Konzern bleiben, der von Investitionen in Nordrhein-Westfalen absieht, weil keine vernünftige Industrie- und Energiepolitik gemacht wird.

Herr Pinkwart schmückt sich zwar gerne mit schicken Start-ups und Marketingsprechblasen wie „Rheinland Valley“, aber die real existierenden Stärken des Landes blenden Sie leider völlig aus. Ich spreche vom industriellen Mittelstand in Ostwestfalen-Lippe, in Südwestfalen, im Münsterland, aber auch in Teilen des Ruhrgebiets. Hier müssen der digitale und ökologische Wandel gelingen. Diesen Wandel darf man nicht allein entfesselten Märkten überlassen.

(Beifall von der SPD)

Damit unser Automobilzuliefersektor in Südwestfalen den Wandel packt, brauchen wir eine aktive Industriepolitik mit massiven öffentlichen Investitionen in digitale Netze, in neue Energiesysteme, in neue Verkehrssysteme und in die Entwicklung neuer Technologien. Hier leistet die Landesregierung bislang nichts. Sie regieren an den Herausforderungen der Zeit vorbei. Ihre Wirtschaftspolitik ist leider eine Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Eines der größten Probleme im Land Nordrhein-Westfalen, die überschuldeten Kommunen, gehen Sie ebenfalls nicht an. Von den 11.700 Kommunen in Deutschland sind rund 2.500 überschuldet. Allein

die Kassenkredite betragen 50 Milliarden Euro; die Hälfte davon entfällt auf nordrhein-westfälische Kommunen. Diese Regierung ist leider nicht bereit, sich dieses Problems auch tatsächlich anzunehmen.

Herr Laschet, Herr Lienenkämper, Frau Scharrenbach, das geht so nicht weiter. Nehmen Sie die Hände aus der Hosentasche, und zeigen Sie Eigeninitiative in der Entschuldungsfrage.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Noch nie war eine Lösung gemeinsam mit dem Bund so greifbar nah wie jetzt. Ich weiß, das ist schwierig zu lösen, auch mit dem Bund. Man muss schließlich die anderen Bundesländer unter einen Hut kriegen. Das ist nicht einfach.

Vor zwei Wochen war der Bundesfinanzminister zu Besuch im Landtag und hat ein Angebot unterbreitet: Der Bund ist bereit, 50 % der Kassenkredite der Kommunen zu übernehmen. Die einzige Erwartung des Bundes ist, dass sich das jeweilige Bundesland um die anderen 50 % kümmert. Die Hessen machen das bereits; sie haben die HESSENKASSE geschaffen.

(Henning Höne [FDP]: 16 Bundesländer müssen Ja sagen!)

Das Saarland hat den Saarlandpakt ins Leben gerufen. Nordrhein-Westfalen wäre der größte Nutznießer eines solchen Entschuldungsprogramms durch den Bund. Aber Sie versagen auf ganzer Linie. Das haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Helfen Sie mit, die Kommunen zu entschulden. Damit helfen Sie den Menschen. Das würde dem Revier, das würde dem Ruhrgebiet übrigens weitaus mehr helfen als ein Dutzend Ihrer Ruhr-Konferenzen.

(Beifall von der SPD)

Ob mit einer auskömmlichen Kindergrundsicherung, ob mit einem Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde oder ob mit einem Zwang zur Tarifbindung: Wir könnten in sehr kurzer Zeit sehr große Erfolge gegen die Armut erzielen und die Kaufkraft deutlich steigern – und zwar nicht nur im Ruhrgebiet, aber insbesondere im Ruhrgebiet.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich in dieser Frage bewegen würden, hätten wir überwältigende Mehrheiten für diese Projekte im Deutschen Bundestag und auch im Landtag. Machen Sie also endlich etwas.

Wir brauchen jetzt ein Fortschritts- und Innovationsprogramm, damit wir in eine neue Zeit aufbrechen können. Wenn Sie schon unbedingt an der Schuldenbremse festhalten wollen, dann lassen Sie uns

doch zumindest darüber diskutieren, ob wir die Einnahmeseite nicht an anderer Stelle erhöhen können. Ich spreche hier von der Wiedereinführung der Vermögensteuer.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

70 % der Deutschen sind dafür. Selbst 60 % der Unionsanhänger und sogar 50 % der FDP-Anhänger sprechen sich dafür aus. Sie haben also nichts zu verlieren. Warum zögern Sie?

(Henning Höne [FDP]: Auch aus der Mottenkiste!)

Das Vermögen in Deutschland ist so ungleich verteilt wie seit 100 Jahren nicht mehr. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist aber auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft: Nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte der Staat dadurch bis zu 20 Milliarden Euro einnehmen.

Wenn ich vom Staat spreche, meine ich die Länder, denn die Vermögensteuer ist eine Ländersteuer. Für Nordrhein-Westfalen wäre das ein zusätzlicher Einnahmegewinn von 4 Milliarden Euro. Damit schaffen wir die beste Infrastruktur und das beste Bildungssystem in ganz Europa. Worauf warten wir noch? – Ergreifen Sie endlich die Initiative.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während dieser Haushaltsdebatte heute Vormittag werden in Nordrhein-Westfalen 90 Kinder geboren. Das ist es, was im Durchschnitt in viereinhalb Stunden in den Kreißsälen unseres Landes passiert.

Ich kann zwar nicht hellsehen, aber ich kann Ihnen trotzdem mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welchen Bildungsabschluss diese 90 Kinder, die heute während dieser Haushaltsdebatte in Nordrhein-Westfalen geboren werden, in 18 Jahren haben werden.

Ich kann Ihnen auch heute schon mit ziemlicher Sicherheit vorhersagen, ob diese Kinder zukünftig im oberen, mittleren oder unteren Einkommensdrittel sein werden. Für diese Vorhersage muss ich nur zwei Dinge wissen: den Bildungsabschluss ihrer Eltern und das Einkommen ihrer Eltern.

Leider sagt die Postleitzahl mehr über die Zukunftschance eines Kindes aus als sein Talent. Das ist die Wahrheit über den Stand der Bildungsgerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie uns das Problem gerne auch gemeinsam an den Wurzeln packen. Das geht aber nur, wenn man Prioritäten setzt. Wir müssen dort in Bildungsarbeit investieren, wo es bislang am wenigsten davon gibt.

Wir müssen dort investieren, wo die Familien arm sind, wo es soziale Spannungen gibt und wo Kinder Sprachprobleme haben. Ungleiches ungleich behandeln – das, meine Damen und Herren, geht nur mit einem schulscharfen Sozialindex.

(Beifall von der SPD)

Ihre 60 Talentschulen, Frau Gebauer, sind sicherlich gut gemeint. Ich mag das auch gar nicht kritisieren, und ich freue mich auch für die 60 Schulen, dass sie zu Talentschulen ernannt worden sind, aber das geht doch tatsächlich am Bedarf vorbei.

Alexander Schäfer hat es in einem Kommentar im „Westfälischen Anzeiger“ auf den Punkt gebracht: Sie fördern Schulen, deren Lehrer geschickt darin sind, Anträge zu formulieren, aber Sie fördern nicht die Schulen, deren Kinder besonders dringend eine Förderung brauchen. – Recht hat er, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt in Nordrhein-Westfalen rund 1.000 sogenannte Standorttyp-5-Schulen. Das sind Schulen in und mit besonderen Problemlagen. Es ist doch nur gerecht, nicht nur 60 Schulen zu nehmen, sondern all diesen 1.000 Schulen eine besondere Förderung zukommen zu lassen.

Ja, das ist teuer, aber es ist möglich. Wir haben heute dazu einen Antrag vorgelegt. Sie haben die Chance mitzumachen. Man muss die richtigen Prioritäten setzen, damit man nicht an den Menschen vorbeiregiiert, liebe Frau Gebauer. Machen Sie bitte mit.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, trotz des zehnjährigen Aufschwungs ist unser Land heute tiefer gespalten, als es noch vor der großen Wirtschafts- und Finanzkrise der Fall gewesen ist: ökonomisch, kulturell und politisch.

Von dieser Spaltung profitiert vor allem die politische Kraft rechts außen in diesem Parlament: Es ist die AfD. Gleichzeitig erleben wir, wie rechtsradikales Gedankengut auf den Straßen in Taten umgesetzt wird, wie zum Beispiel die Anschläge in Kassel und Halle in diesem Jahr gezeigt haben. Die geistigen Brandstifter für solche Taten sitzen in Parlamenten, sie sitzen auch in unserem nordrhein-westfälischen Landtag, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Diese Partei ist auch mit der Grund dafür, dass sich leider viele jüdische Landsleute wieder mit dem Gedanken der Auswanderung aus unserem Land beschäftigen müssen.

(Markus Wagner [AfD]: Lächerlich!)

– Quatschen Sie nicht dazwischen. – Ihre Partei ist doch der politische Arm des antisemitischen Rechtsradikalismus in Deutschland, Herr Wagner.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der AfD – Helmut Seifen [AfD]: Sie sind ein Hetzer!)

Sie brauchen gar nicht zu protestieren. In Thüringen wird Ihre Partei doch von einem Mann geführt, der Remigrationsprojekte für kulturfremde Menschen fordert, der dabei wohltemperierte Grausamkeiten für nötig hält, und seine politischen Gegner mit eisernem Besen vertreiben kann.

(Markus Wagner [AfD]: Ihre Partei importiert Antisemiten nach Deutschland!)

Das sind die Deportations- und Gewaltfantasien eines Faschisten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN sowie von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Alle AfD-Mitglieder, die hier sitzen, haben nicht den Willen oder die Kraft, diesen Faschisten und seine faschistischen Anhänger aus der Partei auszuschließen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN sowie Alexander Langguth [fraktionslos] – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Ja, ja, Herr Wagner, Sie nennen sich selbst eine konservative Partei, aber das ist nicht wahr. Ich kenne den Unterschied zwischen Konservativen und Rechtsradikalen. Die Anständigen haben Ihre Partei längst verlassen, und die Verbliebenen müssen sich fragen, warum sie immer noch dabei sind, Herr Wagner. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU sowie von Alexander Langguth [fraktionslos] – Zurufe von der AfD)

– Jetzt höre ich gerade aus der vierten Reihe der AfD: Die Arbeiter sind verraten worden. – Sie gebärden sich hier als Arbeiterpartei, und das ist eine Lüge, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie schauen doch auf die Menschen mit geringem Einkommen mit der gleichen Verachtung und Geringschätzung wie auf Flüchtlinge und Einwanderer. Wann immer Sie können, stimmen Sie doch gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bundestag genauso wie im Landtag. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Loose [AfD] – Unruhe – Glocke)

Rechtspopulisten sind Arbeitverräter, und Ihre Partei wird auf Dauer Gott sei Dank isoliert bleiben. Das ist auch gut so.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Es mag nach den vergangenen Wahlen verstörende Debattenbeiträge über Koalitionen oder Tolerierungen gegeben haben. Dennoch bin ich mir sicher, dass Liberale und Christdemokraten der AfD nicht die Hand reichen werden: nicht in Nordrhein-Westfalen, nicht in Thüringen und nirgendwo, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es gibt keine Beschwichtigung mehr mit Faschisten. Wir werden Ihnen dieses Land nicht noch einmal ausliefern; wir werden es Ihnen nie wieder ausliefern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP sowie von Alexander Langguth [fraktionslos])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Spaltung unserer Gesellschaft überwinden können.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist ja armselig!)

Auf unser Land kommen enorme Veränderungen zu. Umso wichtiger ist es, dass die demokratische Politik jetzt für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserem Land Partei ergreift: für Handwerk und Erzieherinnen, für Lehrerinnen und Maschinenführer, für Frauen und Männer, die für uns alle fahren, putzen, kochen, pflegen, reparieren, erfinden, entwickeln und bauen.

Denn bei allem, was sie unterscheiden mag, sind sie doch in vielem gleich: Sie sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Mieterinnen und Mieter, die Eltern und Großeltern. Zusammen sind sie die vielen mit vielen Gemeinsamkeiten.

Sie brauchen gute und bezahlbare Wohnungen. Deshalb soll eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft dort für bezahlbare Wohnungen sorgen, wo der Markt versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Auch die Kinder der vielen haben ein Recht auf Chancengleichheit. Deshalb wollen wir jetzt in unsere Schulen und unsere Kindergärten investieren, insbesondere dort, wo es eher zu wenige als zu viele Aufstiegs- und Bildungschancen gibt.

Den Mangel an Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen können wir dadurch bekämpfen, dass wir sie endlich angemessen und gerecht bezahlen.

(Beifall von der SPD)

Befreien wir die jungen Eltern von Kita-Beiträgen, schützen wir Hausbesitzer von Straßenausbaubeiträgen, und investieren wir in den Ausbau digitaler Netze, den Ausbau von Radwegen und den öffentlichen Personennahverkehr. Für all das, meine Damen und Herren, hat meine Fraktion Haushaltsanträge mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro gestellt, solide gegenfinanziert.

Das zeigt: Auch in diesem Land ist sozialer Fortschritt möglich, für die vielen und eben nicht nur für die wenigen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Wundertüte von Flachwitzen, Banalitäten,

(Heiterkeit von Gregor Golland [CDU])

substanzieller Kritik, niveaulosen Plattitüden – und Ihre Fraktion, sehr geehrter Herr Kutschaty, beirachst sich an diesen rhetorischen Knallerbsen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lieber Herr Kutschaty, es hätte Ihrer heutigen Rede gar nicht bedurft, um festzustellen, dass der seriöse Umgang der SPD mit politischen Themen irgendwo auf der Strecke geblieben ist.

Ein Beispiel: Sie behaupteten soeben an diesem Rednerpult, es fehlten in diesem Land 1.000 Schulleiter. Fakt ist: Zum 31.07.2019 waren exakt 457 Schulleiterstellen unbesetzt. Das entspricht einer Besetzungsquote von 90,8 %. In Ihrer Regierungszeit, Herr Kutschaty, betrug die Besetzungsquote am 31.07.2017 nur 84 %. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marlies Stotz [SPD]: Auf dem Holzweg! – Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Andreas Bialas [SPD] – Weitere Zurufe – Glocke)

So sieht ein seriöser Umgang der SPD mit Themen aus.

Man fragt sich manchmal, ob es irgendeine Begründung für dieses Verhalten der SPD gibt. Während Ihrer Rede habe ich gegoogelt, und da kam ...

(Marc Herter [SPD]: Schön, dass schon in dem Redemanuskript steht, dass Sie gegoogelt haben! – Heiterkeit von der SPD)

– Große Teile der Rede von Herrn Kutschaty ließen wirklich Platz für andere Tätigkeiten; das muss man ehrlicherweise sagen.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Dabei habe ich den Begriff „Trauma“ gefunden: Ein Trauma ist ein vitales Diskrepanzerlebnis, das eine

dauerhafte Erschütterung von Selbst- und Weltverständnis bewirkt.

Die Wahl am 14.05.2017 hat das Selbst- und Weltverständnis der ehemaligen Regierungspartei SPD so sehr erschüttert, dass heute ein bleibender Gedächtnisverlust die Folge ist. Herr Kutschaty, so macht man als Opposition keine seriöse Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie merken,

(Marc Herter [SPD]: Gemerkt haben wir in der Tat etwas!)

dass es auch heute in dieser Debatte Streit geben wird, Streit zwischen Regierung und Opposition. Vielleicht werden in den morgigen Schlagzeilen der Zeitungen – wie so häufig in der Vergangenheit – Begriffe wie „Abrechnung“, „Schlagabtausch“, „Frontalangriff“ und „Attacke“ vorkommen.

Bei aller Notwendigkeit, prägnant zu formulieren, darf jedoch eines nicht vergessen werden: Die Auseinandersetzung in der Sache ist notwendiges Lebenselixier der Demokratie und etwas anderes als persönlicher Streit, den in diesem Haus niemand braucht.

Wenn unterschiedliche politische Konzepte zur Lösung der gleichen Fragen vorgetragen werden, wenn zentrale Begriffe wie „Rechtsstaat“, „Gerechtigkeit“ oder „Teilhabe“ unterschiedlich ausgelegt werden, bedarf es geradezu einer offenen Debatte, die eine Bewertung dieser Argumente auch außerhalb des Plenarsaals möglich macht.

Mit dem Haushalt 2020 legt die NRW-Koalition ihr Regierungsprogramm in Zahlen vor. Wir geben Auskunft darüber, welche Aktivitäten die Regierung in den kommenden Jahren beabsichtigt und für welche Zwecke wie viel Geld ausgegeben wird.

80 Milliarden Euro sollen verausgabt werden; das sind für jede und jeden der 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen 4.444 Euro, 405 Euro mehr als im letzten Haushalt der rot-grünen Vorgängerregierung 2017, der mit 72,7 Milliarden Euro geplant war. Es handelt sich um den dritten Haushalt, den Finanzminister Lutz Lienenkämper ohne Aufnahme neuer Schulden vorlegt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der letzte Finanzminister, der das vor ihm wenigstens einmal geschafft hat, war Hans Wertz.

(Christian Dahm [SPD]: Falsch!)

Er gehörte der SPD an und amtierte von 1970 bis 1975. Er war der letzte – daran können sich die Kollegen der Sozialdemokratie wahrscheinlich gar nicht mehr erinnern –, der einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen konnte.

(Martin Börschel [SPD]: Daran wird Norbert Walter-Borjans sich erinnern können!)

– Auf diesen Zuruf habe ich nur gewartet: Norbert Walter-Borjans.

(Sarah Philipp [SPD]: Guter Mann!)

Warum behaupten Sie bis heute, der Haushalt 2016 von Norbert Walter-Borjans sei ohne neue Schulden ausgekommenen?

(Sarah Philipp [SPD]: Weil es stimmt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der ausgewiesene Istüberschuss betrug damals 191 Millionen Euro. Falls Sie sich nicht daran erinnern können, wie das zustande gekommen ist, will ich Ihnen eine kleine Hilfestellung geben:

434 Millionen Euro, die Sie vom Bund als Integrationspauschale ausgewiesen und bekommen haben, haben Sie eingesackt, ohne einen einzigen Euro an die Kommunen weiterzugeben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Gucken Sie sich doch die Abrechnung von 2016 an! – Sarah Philipp [SPD]: Das ist dünnes Eis! – Weitere Zurufe von der SPD)

2015 haben Sie sich 634 Millionen Euro an Zuführung zum Pensionsfonds anrechnen lassen, ohne dafür eine gesetzliche Grundlage zu haben. Sie haben 585 Millionen Euro an Sondertilgung vom BLB in die eigene Tasche gesteckt

(Zurufe von Heike Gebhard [SPD], Gordan Dudas [SPD] und Sven Wolf [SPD])

und sind damit vom ursprünglich mit dem BLB vereinbarten Tilgungsplan zulasten zukünftiger Haushalte – darunter haben wir noch heute zu leiden – abgewichen. Summe der rot-grünen Haushaltstricks: 1,653 Milliarden Euro.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unter dem Strich steht daher 2016 alles andere als eine Tilgung von 191 Millionen, sondern in Wirklichkeit eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,462 Milliarden Euro, die das Land zu verkraften hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der von mir sehr geschätzte ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, hat zu diesem Thema in seiner unnachahmlichen Art einmal Folgendes gesagt:

Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns in der Politik geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus. Ich darf dies vielleicht in der Sprache der Mengenlehre erläutern: Wenn man aus einer Kasse, in der 100 Mark drin sind, 300 Mark rausnimmt, muss man erst wieder 200 Mark hineintun,

damit nichts mehr drin ist. – So ähnlich hat Ihr Finanzminister Norbert Walter-Borjans gerechnet.

(Beifall von der CDU)

Mit verfassungswidrigen Haushalten 2010, 2011, 2012,

(Zuruf von der SPD: Und was war 2007?)

mit einer vom Verfassungsgericht gerügten Reform der Beamtenbesoldungen 2014 und mit einer Bilanz, die sich im Anstieg des Schuldenstandes unseres Landes um 41,4 % von 123,3 Milliarden Euro auf 174,4 Milliarden Euro manifestiert, ist der Bernie Sanders von Köln-Sülz, wie ihn der „SPIEGEL“ nannte, alles andere als ein nachahmenswertes Vorbild.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum ist das wichtig, meine Damen und Herren?

(Unruhe – Michael Hübner [SPD]: Wann kommt der Beitrag zu Helmut Linssen? – Glocke)

Weil wir nun zu einem der fundamentalen Unterschiede zwischen SPD und Grünen auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen Seite kommen.

(Sven Wolf [SPD]: Seriosität? Kommen Sie wieder zur Seriosität?)

SPD und Grüne wollen das Prinzip der schwarzen Null aufgeben. – Wir wollen das nicht.

(Beifall von Oliver Kehrl [CDU] – Gordan Dudas [SPD]: Genau!)

SPD und Grüne wollen sich erneut auf Kosten nachfolgender Generationen einen schlanken Fuß machen. – Wir wollen das nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Der Finanzminister mit der größten Neuverschuldung war Helmut Linssen!)

Die NRW-Koalition redet nicht über Nachhaltigkeit, wir praktizieren sie,

(Beifall von der CDU und der FDP)

denn Nachhaltigkeit bedeutet auch finanzielle Nachhaltigkeit. Genau dafür, lieber Lutz Lienenkämper, steht dieser Haushalt.

Wir investieren und modernisieren aufbauend auf einer soliden Grundlage. Gegenüber dem letzten rot-grünen Landeshaushalt haben wir ein Ausgabenplus von 7,3 Milliarden Euro. Bei Schule und Bildung ist es ein Plus von 2,1 Milliarden Euro. Davon entfallen auf Grundschulen plus 446 Millionen Euro und auf Hochschulen plus 687 Millionen Euro.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Wenn man 10 Milliarden mehr hat, muss es ja irgendwo hin!)

Kommunen: plus 2,1 Milliarden Euro. Öffentliche Sicherheit und Ordnung: plus 752 Millionen Euro; allein bei der Polizei eine halbe Milliarde Euro. Krankenhausförderung: plus 200 Millionen Euro. Eisenbahn, ÖPNV, Straßen- und Brückenbau: plus 450 Millionen Euro.

Nur bei der Schuldenverwaltung gibt es ein Minus. Die Abschlussbilanz bei Ihnen: 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2017. Heute sind es 2,25 Milliarden Euro. Das ist ein Minus von 450 Millionen Euro, die wir eingespart haben, weil keine neuen Schulden aufgenommen worden sind.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

So sieht gute und an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtete Haushaltspolitik für alle in Nordrhein-Westfalen aus.

(Michael Hübner [SPD]: Und jetzt zu Helmut Linssen!)

Aber genug ist der SPD zu wenig. Sie legt Haushaltsänderungsanträge in Höhe von 805 Millionen Euro vor – Sie müssen Ihre eigenen Papiere noch einmal durchlesen, Herr Kutschaty – und krönt das Ganze mit einem als Investitionsprogramm getarnten Schuldentorpedo in Höhe von 1 Milliarde Euro.

(Sarah Philipp [SPD]: Schuldentorpedo! Das ist interessant!)

Das sind insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Thomas Kutschaty weist uns in Sonntagsreden wie in einer SPD-Pressemitteilung vom 29.11.2019 darauf hin,

(Michael Hübner [SPD]: Heute ist Mittwoch!)

dass Altschulden ein Teufelskreis seien und die Kommunen da endlich raus müssten.

(Gordan Dudas [SPD]: Oh! – Wolfgang Jörg [SPD]: Aber Sie machen ja nichts!)

Derselbe Thomas Kutschaty erklärt uns aber zwei Wochen später – am 11.12. und auch hier am Redepult –, das jetzt genau der richtige Zeitpunkt ist, um die Altschulden des Landes um 1,8 Millionen Euro zu erhöhen, weil das Geld so günstig ist.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Herr Kutschaty, Sie wollen mal Schulden abbauen und mal Schulden aufbauen – je nachdem, wie es politisch opportun ist.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Unsinn! Blanker Unsinn! – Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie keine Ahnung? – Unruhe – Glocke)

Herr Kutschaty, Sie haben am 01.12.2016 in der „NRZ“ gesagt:

„Ich glaube nicht, dass die Menschen kurzfristigen Populismus belohnen. Sie erwarten von uns zu Recht langfristige Lösungen für ihre Probleme.“

(Nadja Lüders [SPD]: Fangen Sie doch mal an!)

Drei Jahre später ist alles vergessen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die SPD zelebriert eine angstgesteuerte Politik. Sie glaubt, das Richtige zu tun, weil sie den Mechanismen der eigenen politischen Echokammern folgt.

(Sarah Philipp [SPD]: Mein Gott, ist das ein Unsinn!)

Sie stellt das Populäre als grundsätzlich richtig heraus, anstatt den zweifellos anstrengenderen Weg zu gehen, das Richtige populär zu machen.

„Alles ist verloren, wenn wir uns entschließen, auf nichts zu verzichten“, hat Richard von Weizsäcker einmal gesagt. – Damit nicht alles verloren ist, verzichten wir heute darauf, Ihren Vorschlägen – den Vorschlägen der SPD – zuzustimmen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben den Menschen im Land versprochen, den Schulden unseres Landes, die Sie aufgebaut haben, keine neuen hinzuzufügen, weil wir davon überzeugt sind, dass die schwarze Null vitaler Bestandteil einer aktiven Schuldenpolitik ist.

Im Übrigen attestiert sich die SPD selbst mit jedem ihrer Anträge in der brutalst möglichen Form das eigene Regierungsversagen in der Zeit von 2010 bis 2017.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zum besseren Verständnis dieser Kritik möchte ich Ihnen noch einmal einige Zeilen aus dem schon angesprochenen Interview von Thomas Kutschaty vorlesen. Er sagte:

(Sarah Philipp [SPD]: Das kennen wir doch schon!)

„Ich habe schon den Eindruck, dass mancher verleitet ist, nach Stimmungslage Politik zu machen. Ich glaube, das wäre grundlegend falsch. Ich will nicht ausschließen, dass wir uns in gewisser Weise beeinflussen lassen, durch Medienlagen, durch Erwartungshaltungen. (...) Man braucht aber in bestimmten Bereichen Grundwerte und eine Haltung, die eben nicht abhängig sein darf von Umfragewerten.“

– Originalton Thomas Kutschaty:

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist wirklich spannend!)

„Wenn ich nur kläre: Wie steht die Bevölkerung zu einem Thema, und mich dann erst positioniere, macht das Politik, so glaube ich, auf Dauer unglaubwürdig.“

(Wolfgang Jörg [SPD]: Sehr gutes Zitat! – Sven Wolf [SPD]: Guter Satz! – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wie recht Sie damals hatten und wie weit Sie sich heute in Ihrer SPD-Fraktion von diesem selbst gesetzten Anspruch entfernt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Ich hoffe nicht, dass Sie für die Rede zahlen mussten!)

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Bei den Straßenausbaubeiträgen gab es zuerst die Initiative des Bundes der Steuerzahler, die durchaus zu Recht klären wollte,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Haben Sie noch ein paar Zitate?)

warum manche Anlieger heute im Gegensatz zu früher höhere Anliegerbeiträge zahlen. Daraus haben Sie als SPD abgeleitet, wie die Bevölkerung zu dem Thema steht, und sind anschließend auf den bereits fahrenden Zug aufgesprungen. Ihr eigenes Urteil zu dieser Art von Politik, Herr Kutschaty: unglaubwürdig.

(Christian Dahm [SPD]: Völliger Quatsch!)

Zum Thema „Wohnungsbau“:

(Wolfgang Jörg [SPD]: Haben Sie noch ein paar Zitate?)

Der Kollege Zimkeit von der SPD lamentiert in Richtung der NRW-Koalition: Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Mietervereinen fordert von Ihnen eine Umkehr in der Wohnungsbaupolitik.

Sie haben es heute angesprochen, Herr Kutschaty, und auch am 11.10.2016, nach sechs rot-grünen Regierungsjahren, war in der „NRZ“ zu lesen:

„In vielen Großstädten in NRW ist die Anzahl der Sozialwohnungen innerhalb von nur drei Jahren deutlich gesunken. Die Landesregierung will den Trend“

umkehren.

„Der Bestand an Sozialwohnungen ist in NRW in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen.“

(Nadja Lüders [SPD]: Zitatensammlung Löttgen!)

„Wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Nachfrage (...) hervorgeht, stehen heute ‚nicht ausreichend mietpreisgebundene Wohnungen zu Verfügung, um die Nachfrage zu decken‘.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen führe indirekt auch zu steigenden Mieten, so die Regierung.“

– Nichts haben Sie geändert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Rot-Grün hat den Wohnungsbau in diesem Land gnadenlos vor die Wand gefahren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Quatsch, und das wissen Sie auch! Schauen Sie sich doch einfach mal die Zahlen an!)

Sie wollen uns in die Schuhe schieben, was Sie selbst verbockt haben, und beschweren sich, dass die Aufräumarbeiten heute zu lange dauern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, in der eigenen Regierungszeit haben Sie versagt, heute machen Sie Politik nach Stimmungslage. Ihr eigenes Urteil zu dieser Politik, Herr Kutschaty: ungläubwürdig.

Besonders deutlich macht dies ein Blick auf die ehemalige Herzkammer der SPD. Da ist noch heute auf den Internetseiten der Ruhr-SPD nachzulesen: Die SPD im Ruhrgebiet hat das Vertrauen der Menschen. – Realitätsverlust in Reinkultur!

Meine Damen und Herren, seit dem Armutsbericht des Paritätischen

(Sarah Philipp [SPD]: Ist das Ihre Haushaltsrede, oder was ist das eigentlich?)

aus 2018 wissen wir, dass Arbeitslose mit 62,9 % ein besonders hohes Armutsrisiko tragen und besonders stark von Armut betroffen sind.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Haben Sie nicht noch ein paar Zitate von Herrn Kutschaty?)

Dem aktuellen Bericht von 2019 ist zu entnehmen, dass zwischen 2008 und 2018 nicht nur die Armut in NRW um 23,1 % gestiegen ist, sondern auch, dass die Armut im Ruhrgebiet fast viermal so schnell wie im gesamten Bundesgebiet gewachsen ist. Drei der fünf beschlossenen Handlungsfelder der Ruhr-Konferenz unter der Überschrift „Chancenregion Ruhr“

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, das hat sehr geholfen!)

beschäftigen sich mit wirksamen Konzepten, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, und mit Fragen wie: Wie bekomme ich mehr Arbeitsplätze ins Revier? Wie organisiert man Mobilität, beste Bildung, integrativen Zusammenhalt, damit das Revier dauerhaft attraktiver Standort bleibt und wird?

(Beifall von der CDU – Marc Herter [SPD]: Das haben die Hauptgeschäftsführer der IHKS nicht richtig verstanden, ja?)

Die aktuelle Einschätzung der Opposition – die kennen Sie ja, Herr Herter – aus SPD und Grünen dazu ist, die Konferenz befasse sich nicht mit den wirklichen Problemen des Reviers.

(Marc Herter [SPD]: Das ist der Hinweis von den Hauptgeschäftsführern der IHKS!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ignoranz der Opposition, diese Ignoranz der SPD perfektioniert eine Kunst, die Sie wirklich beherrschen, nämlich mit offenen Augen nicht sehen zu wollen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Wolfgang Jörg [SPD]: Tosender Applaus von Josef Hovenjürgen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie tun immer so, als wäre alle Problematik, über die wir hier sprechen, nach dem 14.05.2017 entstanden. Herr Kutschaty, Sie haben die Grundlagen mit Ihrer verfehlten Politik gelegt, und damit müssen wir heute aufräumen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also beklagen Sie sich jetzt nicht darüber, dass uns diese Aufräumarbeiten Engagement, Kraft und vor allen Dingen auch Zeit kosten.

(Sarah Philipp [SPD]: Um Himmels willen! Bitte nicht!)

Im September 2013 entschied die Landesregierung, keine Landesbürgschaft in Höhe von – Achtung! – nur 17,5 Millionen Euro für den newPark in Dateln/Waltrop zu übernehmen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So war das!)

Hier sollten auf 136 Hektar industrielle und gewerbliche Großvorhaben mit rund 10.000 Arbeitsplätzen entstehen. Einen dunklen Tag für die Emscher-Lippe-Region nannte mein Kollege Josef Hovenjürgen diese Entscheidung damals. Nicht der letzte dunkle Tag! Zwei Jahre später verweigerte sich der grüne Umweltminister Rammel dem Kauf. Das unwürdige Spielchen wurde fortgesetzt.

(Zuruf von der SPD)

Diese parteipolitischen und ideologischen Spielchen auf Kosten der Menschen, deren Armutsrisiko deutlich gesenkt worden wäre, wenn diese neuen Arbeitsplätze entstanden wären, haben Sie, meine Damen und Herren, zu verantworten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ganze Dilemma beschreibt Jörg Sartor, Chef der Essener Tafel, in seinem Buch „Schicht im Schacht“. Da schildert er einen Besuch von Thomas Kutschaty in seinem Büro:

Kaum hatten wir die Tür geschlossen, fragte mich der Politiker allen Ernstes: Herr Sartor, was haben Sie denn gegen die SPD? – Eher belustigt schaute ich den Fraktionschef an:

(Sarah Philipp [SPD]: Ist hier Lesestunde, oder was?)

Das kann ich Ihnen erklären. Keiner von der SPD hat sich bisher um die Probleme gekümmert, und keinen hat es bis heute interessiert, was hier los ist. Kurze Pause. Dann hob Kutschaty wieder an:

(Nadja Lüders [SPD]: Das richtet sich aber auch gegen Sie, ne?)

Aber ich bin doch da. – Mein Blick taxierte ihn fragend: Aber Sie sind doch nur da, weil ich Sie in der Zeitung verhauen habe. Erzählen Sie doch nicht so einen Mist.

(Sarah Philipp [SPD]: Warum waren Sie nicht da?)

– Das möchten Sie nicht gerne hören; das ist mir klar. Eine Stunde lang habe ich ihm die Versäumnisse

(Zuruf von der SPD: Warum klatscht denn bei Ihnen keiner?)

erzählt, die seine Partei, die SPD, in meiner Stadt und anderswo im Ruhrpott verbrochen hatte.

(Sarah Philipp [SPD]: Lesestunde mit Bodo Löttgen!)

All die Fehler, all das Weggucken, der schöngeredete wirtschaftliche Strukturwandel, der tatsächlich immer noch auf sich warten lässt,

(Michael Hübner [SPD]: Der Oberbürgermeister in Essen heißt Thomas Kufen von der CDU!)

die wachsende Armut, die gespielte Integrationsromantik, ohne wirklich etwas ...

So weit das ehemalige SPD-Mitglied Jörg Sartor.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lieber Thomas Kutschaty, wenn Sie uns jetzt nach zweieinhalb Regierungsjahren erzählen wollen, wir würden uns nicht mit den wirklichen Problem des Reviers befassen, dann ist das Politik nach Stimmungslage und in hohem Maße abhängig von Umfragewerten. Ihr eigenes Urteil zu dieser Art von Politik: unglaubwürdig.

Da bricht die SPD, meine Damen und Herren, auch hier und heute wieder eine Neiddebatte über Vermögensteuer und Verstaatlichung vom Zaun,

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist eine Neiddebatte? Das ist sehr interessant!)

ohne Rücksicht auf die Wirkung einer solchen Diskussion.

Wenn der neue starke Mann der SPD, Kevin Kühnert, seine Jusos beschließen lässt, wesentliche Produktionsmittel sollen vergesellschaftet werden, darunter Grund und Boden, große Fabriken und die dort

eingesetzten Maschinen, sämtliche der Daseinsvorsorge dienende Strukturen und Systeme, große Logistikstandorte, Banken und Kapitalvermögen, dann kann einem doch als potenzieller Investor – und nicht nur diesem – vor dieser Art von Politik, wie sie die SPD plant, nur mulmig werden.

(Michael Hübner [SPD]: Können Sie nicht mal Oliver Wittke zitieren? – Sarah Philipp [SPD]: Kommt noch was zum Haushalt?)

Wenn die neue Geschäftsführerin der Jusos, Julie Rothe, damit prahlt: „Auf meiner Geburtsurkunde sind noch Hammer und Sichel, einigen hier bedeutet das vielleicht was“, dann wird mir ob der Relativierung des Unrechtsstaates DDR regelrecht übel, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist Politik

(Unruhe – Glocke)

für die wenigen in der SPD, die sich in die Zeit des real existierenden Sozialismus zurücksehnen,

(Michael Hübner [SPD]: Das sagt die Blockpartei CDU! – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

eine Politik, die sich selbst genug ist, eine Politik, unter der viele leiden müssen.

(Michael Hübner [SPD]: Sie waren Blockpartei! Die Sozialdemokratie gab es noch gar nicht!)

– Dass Sie es nicht so mit der Selbstanalyse haben, ist mir schon klar.

Die SPD, meine Damen und Herren, entfernt sich mit Siebenmeilenstiefeln von einer vernunftgesteuerten Politik der Balance und versucht, in galoppierender Selbstverleugnung vor sich selbst davonzulaufen.

Meine Damen und Herren, von sich selbst behauptet die SPD, Politik für die vielen zu machen, nicht für die wenigen.

(Beifall von der SPD)

Das allerdings würde den Grünen nie passieren. Mit ihrem Führungsduo „Robolena Habock“ wollen die Grünen jetzt ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Nur kein Neid, Herr Kollege!)

– Neid? Überhaupt nicht. Frau Düker, keine Sorge.

(Marc Herter [SPD]: Namensscherze fand ich schon in der Grundschule besonders gut! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke)

Mit ihrem Führungsduo „Robolena Habock“ wollen die Grünen jetzt bürgerliche Welten entdecken, die sie nie zuvor gesehen haben.

(Zuruf von der SPD: Wann kommen denn Ihre Inhalte?)

Das geht so weit, dass die Fraktionschefin Monika Düker in der letzten Plenardebatte Bayern und den bayerischen Ministerpräsidenten lobte.

(Zurufe von der SPD: Was? – Höchststrafe für die CDU!)

Ich befürchte, meine Damen und Herren, die Umbenennung des grünen Fraktionssaals in „Markusplatz“ steht unmittelbar bevor.

(Beifall von der CDU)

Die Grünen sind ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Keiner klatscht! – Zuruf von der SPD: Das ist aber weniger als Flachwitz! Ganz übel! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

– Solange Sie diese Art von Reaktion zeigen, weiß ich, dass meine Rede gar nicht so falsch sein kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Grünen sind begeistert von sich selbst. Sie haben schon immer alles gewusst, vom Lauf der Klimageschichte recht bekommen und die einzig richtigen Antworten für die Zukunft. Da stört es wenig, dass beim Parteitag Widersprüche wie zum Thema „Homöopathie“ vertagt werden oder ganz nebenbei Verbote

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

zu einem konstitutiven Teil der Freiheit erklärt werden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wirklich?)

Es sind nur wenige, die, wie in der „WAZ“ von gestern nachzulesen, bemerken, dass der Aktienkurs der Grünen „mit viel Fantasie aufgeladen ist, wie man an der Börse sagen würde“.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es sind anscheinend noch weniger, die sich an die fatalen Auswirkungen grüner Politik in unserem Bundesland erinnern.

Wenn in Marl ab 2021 durch Evonik Hochleistungspolymere für den 3D-Druck produziert werden, dann ist diese größte Einzelinvestition des Unternehmens in Deutschland in Höhe von 400 Millionen Euro explizit und ausschließlich darauf zurückzuführen, dass die NRW-Koalition grüne Reglementierungspolitik rückabgewickelt hat.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Ohne die Rücknahme des „Spionageerlasses“ von Herrn Remmel wäre diese innovative Investition überall auf der Welt durchgeführt worden, aber auf keinen Fall in Nordrhein-Westfalen.

Mit ihrem Leitantrag zur Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld wollen die Grünen mal eben, ganz nebenbei

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei der Rede schlafen die eigenen Abgeordneten ein!)

die Wirtschaft klimaneutral machen, ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen oder ansteigende Quoten für klimaneutralen Stahl fordern. Neben 60 Gendersternchen findet sich im Leitantrag auch 44-mal das Wort „muss“.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Der Staat muss, der Unternehmer muss, der Verbraucher muss, der Arbeitsmarkt muss, das Diskriminierungsverbot muss, das Insolvenzrecht muss, die digitale Transformation muss, und die multinationalen Oligopole müssen. Ich denke, wir müssen vor allen Dingen eines: zur Kenntnis nehmen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dass die Grünen mit ihren Beschlüssen zu einem politisch festgesetzten Mindestlohn, zum Mietendeckel und zur Enteignung als letztem Mittel die Tür zu einem Linksbündnis ganz weit offengelassen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das grüne Wort „muss“ ersetzt die NRW-Koalition durch „machen“.

(Lachen von den GRÜNEN)

Wirtschafts- und Energieminister Pinkwart legt erstmals eine Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen vor, die CO₂-Emissionen im Energiesektor bis 2030 um bis zu 70 % reduziert und zeitgleich für sichere und bezahlbare Energie sorgt.

(Michael Hübner [SPD]: Die Windkraft in der gleichen Debatte! Großartig!)

Wir sehen Industrie im Gegensatz zu Ihnen nicht als Problem, sondern als Lösung.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir reden nicht lange, sondern handeln.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Alle Ministerien der Landesregierung haben gemeinsam mit den Arbeitgebern, den Gewerkschaften und den Kammern eine industriepolitische Leitlinie verabschiedet, einen Konsens, den die rot-grüne Landesregierung in sieben Regierungsjahren zwar versucht, aber niemals geschafft hat. – Ganz herzlichen Dank für diese Leitplanken zu unseren energie- und industriepolitischen Vorhaben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn die grüne Bildungspolitikerin Sigrid Beer als Überschrift ihrer Halbzeitbilanz die Worte: „Alle Schulen für alle Kinder – statt Verschärfung der Ungleichheit“ wählt, dann lebt nicht nur der alte grüne Traum der einen Schule für alle fröhlich weiter, dann erinnern wir uns auch an die erzwungene und gescheiterte Inklusion an unseren Schulen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

an erfolglose runde Tische zur Bewältigung der G8/G9-Problematik.

Liebe Frau Beer, mich beeindruckt aber weder Ihre substanzlose Kritik an den Talentschulen noch die Abwertung des Gymnasiums. Da können Sie uns, liebe Sigrid Beer, den Schweigefuchs so oft zeigen, wie Sie wollen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber hat auch gewirkt!)

Die CDU wird sich auch weiterhin an einem Konzept der Gerechtigkeit orientieren, das auf Gleichberechtigung und Chancen für alle setzt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Für uns ist nicht Ergebnisgleichheit das Ziel, wir wollen die Gesellschaft nicht nach bestimmten Vorgaben umgestalten – es gibt unterschiedliche Talente und Begabungen –, sondern wir wollen beste Bildung für alle. Auf dem Weg dahin werden wir die Scherben, die Sie uns bildungspolitisch hinterlassen haben, die Rot-Grün uns hinterlassen hat, weiter aufkehren.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie richten so viele neue an! Das ist unglaublich!)

Der NRW-Koalition ist es wichtig, dass aus gesellschaftlicher Integration Orientierung und Vertrauen ein Gefühl für Heimat entsteht, in dem sich räumliche, soziale und kulturelle Aspekte verbinden.

Uns ist es wichtig, bewährte Institutionen zu respektieren und gesellschaftliche Verbindungen zu fördern, Ortskerne und kommunale Gemeinschaften zu beleben, ländliche Regionen mit der notwendigen Infrastruktur auszustatten und zugleich den Staat als zentrale Ebene der Demokratie und des Patriotismus wertzuschätzen.

Sie werden es ahnen, meine Damen und Herren: Unter den Themen, die man bei den Grünen auf der Internetseite auflistet,

(Stefan Kämmerling [SPD]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

ist das Thema „Heimat“ nicht zu finden. Für die NRW-Koalition fördert Ministerin Ina Scharrenbach mit

rund 150 Millionen Euro bis 2022 die Gestaltung der Heimat vor Ort, in Städten, Gemeinden und in der Region. Ein Heimatministerium und die damit verbundene Politik des Gehört-Werdens statt paternalistischer Bevormundungen mag für die Grünen gegenstandslos sein. Für uns ist sie wichtige Unterstützung des Bürgersinns und einer bürgergesellschaftlichen Leitkultur, die nicht ausschließt, sondern eine offene Gesellschaft integriert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn die grüne Innenpolitikerin Verena Schäffer in ihrer Halbzeitbilanz davon spricht,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sind wir jetzt alle dran?)

dass Schwarz-Gelb im Polizeigesetz völlig unverhältnismäßige Befugnisse für die Polizei geschaffen habe ...

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Sind Sie zufrieden? Ich zitiere Sie ja.

(Zuruf von der SPD)

– Ich frage Frau Schäffer, nicht Sie.

Wenn Frau Schäffer also davon spricht, dass Schwarz-Gelb im Polizeigesetz unverhältnismäßige Befugnisse für die Polizei geschaffen habe, und in der Plenardebatte am 29.11. Clankriminalität als „politischen Kampfbegriff“ von CDU und FDP bezeichnet,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, richtig!)

dann zeigt sich eine zutiefst unterschiedliche Auffassung in der Analyse der Realität, dann zeigt sich ein grünes Verständnis des Rechtsstaates, das meilenweit von Ihrem Wunschenken nach neuer Bürgerlichkeit entfernt ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schäffer, die von Ihnen als völlig unverhältnismäßig titulierten Befugnisse der Polizei erweisen sich bereits nach einem Jahr bei näherer Betrachtung als nützliche und wirksame Instrumente zur Abwehr terroristischer Gefahren,

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

aber auch zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und zum Schutz der Allgemeinheit vor schweren Gewaltverbrechen. Die nordrhein-westfälische Polizei – auch das ist nachzulesen – setzt die ihr zur Verfügung gestellten zusätzlichen Instrumente äußerst maßvoll ein.

Und was Ihre Bemerkungen zur Clankriminalität angeht: Rechtsfreie Räume existieren nicht in Nordrhein-Westfalen. – An diesem Satz Ihres ehemaligen Innenministers Ralf Jäger scheinen Sie auch heute

noch zu glauben. Aber an vielen Orten unseres Landes holt Sie gnadenlos die Realität ein: Machogehabe, Protzen mit dicken Schlitten, mangelnder Respekt vor der Ordnungsmacht, gepaart mit archaischen Wertbegriffen ...

(Ralf Jäger [SPD]: Habe ich nie gemacht!)

– Herr Jäger, dass Sie als ehemaliger Innenminister heute die Chuzpe besitzen, über Ihre Politik auch noch zu lachen,

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Kämmerling [SPD]: Nein, wir lachen über Sie und Ihre Rede! – Unruhe)

ist ein Schlag ins Gesicht aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, aller Opfer von Straftaten, von Clankriminalität, die Sie geleugnet haben, die Sie nicht angegangen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Lagebild Clankriminalität, das der ehemalige Innenminister Jäger niemals machen wollte, beschreibt in erschreckender Klarheit – ich zitiere –:

Durch aggressives Auftreten, Ordnungsstörungen und Straftaten wird die Bevölkerung eingeschüchtert. Einsatzkräfte berichten von offener Feindseligkeit, einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewalteskalationen, die das Ziel verfolgen, behördliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden.

Meine Damen und Herren, ich bin froh – ich glaube, es geht vielen im Lande so –, dass es heute in Nordrhein-Westfalen mit Herbert Reul wieder einen Innenminister gibt, der hinschaut,

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

der mit Polizei und Ordnungskräften gegen diese Strukturen angeht. Ich sage heute allen Einsatzkräften, die unser Land mit der Durchsetzung der Nulltoleranzstrategie Stück für Stück sicherer machen, einen herzlichen Dank für ihre tägliche Arbeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieser Dank soll sich heute besonders an diejenigen richten, die sich in Ämtern, bei der Polizei, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten dem Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie verschrieben haben.

Die NRW-Koalition wird mit zwei Änderungsanträgen in dieser dritten Lesung diese Arbeit wertschätzen, vor allem aber, wenn möglich, erleichtern. Wir stellen noch einmal 500.000 Euro für zusätzliche Lizenzen zum Erwerb von Software zur Verfügung, die eine Auswertung der ungeheuren Datenmengen erleichtert.

Darüber hinaus stellen wir 125.000 Euro für Videoübertragungstechnik in einem sogenannten Childhood-Haus in den Haushalt ein. In Anlehnung an das skandinavische Barnahus-Modell schaffen wir so eine Einrichtung, in der unter einem Dach Hilfen durch interdisziplinäre Kooperationen aller beteiligten Berufsgruppen im Fall von sexuellem Missbrauch in kinderfreundlicher Weise angeboten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir streiten heute in diesem Landtag. Wir stellen unterschiedliche politische Konzepte zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen unseres Landes gegenüber – eine Auseinandersetzung in der Sache, ein gutes und notwendiges Mittel der Demokratie, um Positionen zu verdeutlichen.

Bei mindestens einem Thema – auch das hat Herr Kutschaty bereits angesprochen – gibt es jedoch große Einigkeit unter den vier demokratischen Fraktionen dieses Landtags. In unserem Land ist kein Platz für Antidemokraten, kein Platz für rechte oder linke Extremisten, kein Platz für Antisemiten.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Am Schluss seiner Regierungserklärung vom 21. September 1950 beschäftigte sich Ministerpräsident Karl Arnold mit dem Verhältnis von Regierung und Opposition. Unter anderem sagte er:

Angesichts der geistig-politischen Situation erscheint mir eine geschlossene Abwehr der politisch positiven Kräfte gegen alle Elemente, die den demokratischen Staat, seine Ordnung und Autorität ablehnen, die die persönlichen Freiheiten des Staatsbürgers verneinen und einen neuen Totalitarismus anstreben, weit wichtiger und entscheidender zu sein als eine fruchtlose Auseinandersetzung von Parteien und Regierung, denen die demokratische Staatsordnung doch ein gemeinsames und ernstes Interesse sein soll.

Er fasste diese seine Gedanken in dem bemerkenswerten Satz zusammen:

Man kann den demokratischen Staat nicht verteidigen, wenn Demokraten untereinander Krieg führen.

Fast 70 Jahre nach diesen Worten muss man sich wohl zwangsläufig die Frage stellen, wie dies unter den geänderten Bedingungen einer sich immer schneller drehenden Spirale aus gegenseitigen Abhängigkeiten von Politik, Medien – ganz gleich, ob angeblich sozial oder konventionell – und allgegenwärtigen Meinungsumfragen gelingen kann.

Ich meine, es ist möglich, wenn wir unseren demokratischen Institutionen und ihren Repräsentanten den Rücken stärken. Deshalb war es den Fraktionen der NRW-Koalition wichtig, den Kampf gegen Rechtsextremismus mit zusätzlich noch einmal 1 Million Euro auszustatten. Dabei sind 500.000 Euro für zusätzliches Personal bei der Polizei unter anderem

für ein Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum vorgesehen und weitere 500.000 Euro, um die technischen Möglichkeiten des Verfassungsschutzes zur Erhebung von Informationen aus verschiedenen virtuellen Datenquellen zu verbessern.

Ein besonderes Anliegen der NRW-Koalition findet ebenfalls seinen Ausdruck in den Haushaltsanträgen der dritten Lesung: Judenhass darf in unserer offenen Gesellschaft keinen Platz haben – nicht heute, nicht morgen. „Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus eint alle demokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen.“ – So lautete die gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden von CDU, SPD, FDP und Grünen vor der Düsseldorfer Synagoge, um nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle ein Zeichen zu setzen.

CDU und FDP erhöhen daher heute mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Sachmittel für die Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung um 150.000 Euro und schaffen mit 130.000 Euro zwei zusätzliche Stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein deutliches Signal, dass wir Übergriffe auf Juden nicht hinnehmen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ein deutliches Signal, dass in unserem Land zu jeder Tages- und Nachtzeit Platz für die Kippa und ihre Träger ist.

Die NRW-Koalition legt mit diesem Haushalt einen weiteren soliden Grundstein, um Freiheit und Sicherheit, Ökonomie und Ökologie, städtische Räume und ländliche Regionen wieder miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Die NRW-Koalition hält unser Land am Laufen und sorgt für Bewegung. Wir führen unser Land mit Entscheidungen von Maß und Mitte in die Zukunft, und wir halten das Land zusammen.

Mein Dank gilt dem Finanzminister Lutz Lienenkämper und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erarbeitung dieses Gestaltungshaushaltes 2020. Ich danke dem Ministerpräsidenten, den Ministerinnen und Ministern sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive und vertrauensvolle Begleitung in den Beratungsprozessen. Mein abschließender Dank gilt unserem Koalitionspartner: Stellvertretend für alle Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danke ich meinem Kollegen Christof Rasche für die immer konstruktive,

(Michael Hübner [SPD]: Einer von beiden hört auf! – Zuruf von der SPD: Wir danken Ihrem Redenschreiber!)

vor allem aber gemeinsame Arbeit an diesem Landshaushalt.

Die CDU stimmt dem Haushaltsentwurf 2020 zu. – Ich danke Ihnen für das Interesse.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor zweieinhalb Jahren ist die Regierung Laschet geradezu mit einem Überbietungswettbewerb an Superlativen gestartet. Was konnten wir da nicht alles hören? – Weltbeste Bildung, Entfesselung des Wirtschaftsriesens, schnelles Internet, Gigabit-Masterpläne und vor allem ein großes Versprechen – Kollege Löttgen hat es gerade noch mal wiederholt –, das große Versprechen, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen und ins Gleichgewicht zu bringen.

Ich kann heute, zweieinhalb Jahre nach Start dieser Regierung, nur bilanzieren: Nach der Hälfte der Legislaturperiode ist die Regierung Laschet vor allen Dingen an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Fragt man die Menschen im Land, stellt man fest, dass sie diesem permanenten Eigenlob, vor allen Dingen des Ministerpräsidenten, so gar nicht folgen können. Laut Umfrage des WDR vom 3. November ging die Zufriedenheit mit der Landesregierung im Laufe des Jahres auf gerade einmal 44 % zurück – das sind minus 7 % gegenüber Februar.

Das heißt, dass mehr als die Hälfte der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung immer unzufriedener ist. Im Ländervergleich liegt diese Regierung damit im unteren Drittel. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie heute: Sind Sie mit dieser Rückmeldung der Menschen in NRW wirklich zufrieden?

(Beifall von den GRÜNEN)

Die größte Unzufriedenheit in NRW gibt es beim Thema „Umweltpolitik“. Zwei Drittel der Befragten zeigen sich unzufrieden mit der Leistung der Landesregierung, und Herrn Löttgen – er ist jetzt nicht mehr im Raum – ist das noch nicht mal einen Satz in seiner heutigen Haushaltsrede wert.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

Herr Löttgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, so regiert man weiter an den Menschen und ihren Bedürfnissen vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen erwarten Antworten zu diesen Themen. Uns kann es recht sein, aber mir ist es diesen Prozentpunkt, den wir dadurch vielleicht morgen in

den Säulendiagrammen der Umfragen mehr haben, nicht wert.

Frau Umweltministerin, es geht hier um etwas anderes. Es geht nicht darum, hier Grünen-Bashing zu betreiben, wie Kollege Löttgen es gemacht hat. Es geht darum, diese Bedürfnisse der Menschen ernst zu nehmen und sich tatsächlich und nicht nur mit ein paar Überschriften

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

gegen die Umweltzerstörung einzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir mussten leider in den letzten zweieinhalb Jahren dieser Anti-Öko-Koalition bei der Arbeit zusehen. Nein, Ökologie und Ökonomie – Herr Löttgen ist wieder anwesend; das ist ja auch Ihr Anspruch –

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

versöhnt man nicht, wenn man einer geradezu zukunftsvergessenen Losung in der Wirtschaftspolitik folgt. Denn dieser folgt der Landesentwicklungsplan und mit ihm Wirtschaftsminister Pinkwart: weniger Umweltstandards gleich mehr Wirtschaftswachstum. – Nein, so funktioniert das zukünftig nicht mehr.

Denn zukünftig müssen die Umweltkosten dem Verursacher angelastet werden, wenn wir Anreize für nachhaltiges Wirtschaften schaffen wollen. Das heißt, Herr Minister, nur diejenigen werden zukünftig erfolgreich wirtschaften, die möglichst wenig Umweltbelastungen produzieren.

Die gegenteiligen Anreize setzen Sie durch den Landesentwicklungsplan:

(Beifall von den GRÜNEN)

mehr Flächenfraß; der Massentierhaltung mit all ihren schädlichen Folgen für Gesundheit und Umwelt wird wieder Tür und Tor geöffnet; der Kiesabbau mit der massiven Umweltzerstörung wird erleichtert. Und so weiter und so fort.

Beispiel: Kohleausstieg. Was ich nicht mehr hören kann, ist dieses ewige Mantra mit den Bekenntnissen der Landesregierung zur Eins-zu-eins-Umsetzung des Berichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Herr Ministerpräsident, Sie sagen es ja auch selbst immer wieder: In nur sieben Monaten konnte eine Kommission aus unterschiedlichsten Interessenvertretern von Greenpeace über die IG BCE bis hin zum BDI einen Fahrplan für einen Kohleausstieg vorlegen. Wohlgermerkt in sieben Monaten! Und sage und schreibe elf Monate später hören wir aus Berlin was? – Dass die Umsetzung nun doch leider ins nächste Jahr geschoben werden muss, weil das ja alles so furchtbar komplex sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, was ist bitte schön daran komplex, wenn man

bis 2022 drei Gigawatt Braunkohle, vier Gigawatt Steinkohle und bis 2030 dann noch einmal sechs Gigawatt Braunkohle und sieben Gigawatt Steinkohle vom Netz nehmen will und spätestens 2038 das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet werden soll?

Herr Minister Pinkwart, Herr Ministerpräsident, jedem ist doch klar – das steht im Bericht der Kohlekommission –, um welche Meiler es sich hier handelt. Die ältesten und die dreckigsten kommen zuerst dran und die neueren am Ende. Was bitte schön ist daran zu komplex, es umzusetzen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Vermutung – wir sitzen ja da nicht mit am Verhandlungstisch – ist, dass komplex offenbar nur die Zockerei um die maßlosen Entschädigungen der Energieunternehmen ist. Die sind es ja gewohnt, an den Kabinetttischen zu sitzen und mitzuregieren.

Was macht da unser Ministerpräsident, Herr Laschet, der Ministerpräsident des Energielandes Nummer eins? Sie sind ja auch noch stellvertretender Bundesvorsitzender einer Partei, die in Berlin regiert. Sagen wir es mal so: Armin Laschet bemüht sich redlich. Ja, er fordert sogar in regelmäßigen Abständen, dass dieses Kohleausstiegsgesetz doch jetzt endlich, bitte schön, mal kommen müsse. Das hat er vor Kurzem noch einmal ganz knallhart gefordert. Medienwirksam hat er die Bundesregierung ultimativ aufgefordert, bis Ende November müsse dieses Gesetz durchs Kabinett.

Doch was macht die Bundeskanzlerin? Was macht Angela Merkel? – Sie hört einfach nicht auf ihn. Dabei – wir konnten es ja in der „Bild“-Zeitung lesen – sollen Sie ja jetzt angeblich der Kronprinz der Kanzlerin sein. Und Sie sollen – Achtung, Zitat – auffällig von ihr gelobt und in Entscheidungen eingebunden werden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh! – Martin Börschel [SPD]: Da wird er jetzt ganz rot!)

Immerhin. – So ein Kronprinzendasein, Herr Laschet, verhilft aber offenbar doch nicht zum Erfolg, wenn es um die entscheidenden Themen geht. Denn die viel gepriesene Stimme in Berlin ist wohl dann doch eine reine Wahlkampftour in eigener Sache.

Ich fände es spannend, gleich von Ihnen zu hören, was Sie denn jetzt eigentlich mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Klimapaket machen. Herr Lindner – er ist ja hier Ihr Koalitionspartner – zieht in Berlin geradezu gegen das Ergebnis zu Felde. Ich hoffe, Herr Kollege Rasche, vielleicht auch von Ihnen gleich ein Wort dazu zu hören, dass diese Koalition hier vernünftiger ist – verglichen mit dem, was Herr Lindner gerade präsentiert –

(Beifall von den GRÜNEN)

und diesem Vermittlungsausschussergebnis im Bundesrat abschließend zustimmen wird. Hört man das nicht aus allen Ländern, in denen die FDP am Kabinettsstisch sitzt? Ich hoffe da heute auf Zustimmung und auf ein Wort von Ihnen.

Noch nicht einmal bemüht – sich zu bemühen, muss man dem Ministerpräsidenten ja zugestehen – ist Minister Pinkwart, wenn es um die andere Seite des Kohleausstiegs geht, den Umstieg auf die Erneuerbaren. Herr Minister, Ihr Entfesselungspaket V, das Sie gestern vorgestellt haben, hört sich ja wie immer bei Ihnen ganz nett an, aber anstatt eines Pakets ist das nur noch eine kleine Weihnachtspostkarte, was Sie da verteilt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Denn die Grundproblematik beim notwendigen Ausbau der Windenergie wird damit nicht gelöst, nämlich eine wirksame Verfahrensbeschleunigung zu erreichen, die wir dringend brauchen, die Aufhebung dieser absurden Abstandsregelung

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

und die Akzeptanzförderung. Wie Sie – das haben Sie ja gestern wieder bei der Pressekonferenz vorgetragen – mit einer Halbierung der Ausbauflächen die Stromerzeugung durch Windenergie bis 2030 verdoppeln wollen, bleibt weiter Ihr Geheimnis, und logisch ist daran gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine echte Akzeptanzförderung mit einem Dialog mit den Standortkommunen findet doch nicht statt. Denn dann müssten Sie mit denen wirklich mal darüber reden, was denn hilft, vor Ort die Akzeptanz zu erhöhen. Da liegen doch Konzepte auf dem Tisch. Mit einem Konzessionsabgabenmodell von 1 bis 2 % des Ertrags einer Anlage könnte man die Standortkommunen an der Wertschöpfung beteiligen und so die Akzeptanz steigern. Das fordern einige Länder im Bundesrat. Das fordern sogar die Betreiber. Die wollen Geld abgeben. Wer will das heute schon noch? Die wollen Geld abgeben, um die Akzeptanz zu erhöhen. Wieso unterstützen Sie solche Initiativen nicht, Herr Minister? Dann wären wir weiter.

Ich frage mich auch: Warum meint der Ministerpräsident, dass bei einem Abstand von 650 m zu einer Siedlung niemand in Nordrhein-Westfalen ein modernes Windrad errichten darf? Aber beim größten Kohlekraftwerkskühlturm Europas in Datteln spielen die berechtigten Schutzinteressen der Bevölkerung offenbar keine Rolle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, warum wollen Sie mit der Forderung nach der Inbetriebnahme von Datteln 4 den Kohlekompromiss aufkündigen? Sie sprechen doch

immer von der Eins-zu-eins-Umsetzung. Die Kommissionsmitglieder haben sich klar gegen eine Inbetriebnahme ausgesprochen.

Während dieses Gezerres in Berlin, bei dem sich Nordrhein-Westfalen mit dem Kronprinzen der Kanzlerin offenbar nicht durchsetzen kann, bleiben die Menschen in den Garzweiler-Dörfern im Unklaren. Das ist das Allerschlimmste daran. Sie wissen nicht, ob sie ihre Heimat verlieren und ob es das letzte Weihnachtsfest ist, das sie in ihren Häusern verbringen können.

Wissen Sie eigentlich, was das mit den Menschen macht, Herr Ministerpräsident? Nicht zu wissen, ob man den Umzug planen soll oder ob es doch noch Hoffnung gibt, zerreißt dort Menschen und ganze Familien. Wollen Sie den Familien ein solches Weihnachtsfest zumuten?

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind doch die Einzigen, die den Leuten Sand in die Augen streuen!)

Herr Ministerpräsident, nutzen Sie heute die Chance und schaffen Sie Klarheit für die Menschen in der Region! Diese Klarheit kann nur sein: ein Angebot an all diejenigen, die bleiben wollen, in ihrer Heimat bleiben zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist möglich: Mit der Abschaltung der Kraftwerke und mit der Verkleinerung des Abbaugebiets können der Hambacher Wald und die Dörfer erhalten bleiben. Herr Ministerpräsident, jetzt muss endlich Schluss sein mit der weiteren Zerstörung jahrhundertalter Dörfer.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wollen Sie ernsthaft zusehen, wie die Abrissbirne die Kirche von Keyenberg – eine Kirche, älter als der Kölner Dom – zerstört?

(Henning Rehbaum [CDU] und Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben das selber beschlossen! – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Herr Kollege Brockes, wenn wir das Ergebnis der Kohlekommission ... Es gab da mal eine Kohlekommission.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist drei Jahre her!)

Auch Sie sprechen immer von der Eins-zu-eins-Umsetzung.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist eine Brücke. Gehen Sie über diese Brücke. Die Kohlekommission hat eine Brücke geschlagen, einen Weg für den Ausstieg aus der Kohle bereitet.

Damit können auch diese Dörfer gerettet werden, wenn Sie es denn wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Laschet, der Abriss dieser Dörfer ist in diesen Zeiten nicht mehr zu rechtfertigen.

Beispiel: Digitalisierung. Auch dazu gibt es ganz viele Versprechen. Digitalisierungsstrategien, Masterplan, Gigabitziele, Taskforce, Breitband – bei dem Wettbewerb um die schönsten Marketingworthülsen haben Sie wirklich die Nase vorn, Herr Minister. Das muss man Ihnen lassen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Hülsenspezialist!)

Nicht so bei der Umsetzung Ihrer Ankündigungen. Sie versprochen im Koalitionsvertrag 7 Milliarden Euro für Investitionen, die durch Ihre Maßnahmen für das schnelle Internet ermöglicht werden sollen.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen einfach mal nachgefragt, wie viel da schon verausgabt worden ist. Da könnte man ja so etwas wie Controlling – so nennt man das, glaube ich –, einen Faktencheck machen, wie viel verausgabt worden ist. Was war die Antwort? – Das alles könne man so gar nicht berechnen. Das wäre zu umfangreich. Man könne das überhaupt nicht sagen.

Herr Ministerpräsident, was sagen Sie dazu? Das ist Ihr Koalitionsvertrag. Ihre Unterschrift steht darunter. Sie können also noch nicht mal sagen, ob Sie irgendetwas vom dem, was Sie da versprochen haben, umsetzen.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Die Bundesregierung kann dazu etwas sagen, Herr Minister. Lesen Sie mal in der Antwort zur Kleinen Anfrage des Kollegen Krischer nach.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Darin ging um die Verausgabung der Mittel aus der Frequenzversteigerung 2015. Seit 2016 sind daraus für NRW 878 Millionen Euro bewilligt worden. Jetzt kommt es: Wie viel ist abgerufen worden und angekommen? – 29 Millionen Euro. Wie lautet denn da, bitte schön, die Antwort des zuständigen Ministers mit all seinen Strategien und den Taskforces? Was ist mit dem Anspruch der Entfesselung und den gebündelten und vereinfachten Förderprogrammen?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nullnummer!)

Was ist mit der Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung? Statt Handeln gibt es nur Schweigen; die Kommunen vor Ort werden alleine gelassen und das Geld kann gar nicht ausgegeben werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister, auch an den Hauptverkehrswegen – das ist auch ein solches ziemlich gewagtes Versprechen – reiht sich immer noch ein Funkloch an das andere, obwohl Sie mal eben „bis 2019“ versprochen haben. Gut, Sie haben noch zwei Wochen.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Wir haben die beste Quote in ganz Deutschland!)

– Ihr Versprechen lautete, diese Funklöcher bis 2019 zu schließen. Sie können mal versuchen, auf dem Weg von Köln nach Düsseldorf im ICE zu telefonieren. Das geht immer noch nicht.

Alle sachverständigen Vertreter der öffentlichen Einrichtungen – lesen Sie mal das Protokoll aus unserer Haushaltsanhörung – von der Krankenhausgesellschaft über die Pflegeeinrichtungen, Hochschulen, Schulen bis zur Polizei beklagen durchweg riesige Investitionsbedarfe bei der Digitalisierung.

Herr Minister, sind Sie mit dieser Bilanz zur Halbzeit zufrieden? Wir meinen: Statt Ihrer schönen Marketingworthülsen ist jetzt mal Machen angesagt. Wir brauchen eine echte Investitionsoffensive Digitalisierung, bei der das Geld vor Ort ankommt, eine Umsetzung stattfindet und die Menschen eine Verbesserung spüren; denn bislang tun sie das leider nicht.

Beispiel: Aufstiegsversprechen Bildung. Aufstieg durch Bildung – auch das ist eine solche große Phrase, die Sie in den Mund genommen haben, Herr Ministerpräsident. Mit dem Schulversuch Talentschulen sollen nun in zwei Tranchen 60 Schulen mit sozialen Herausforderungen besonders gefördert werden.

Bei der ersten und zweiten Tranche haben sich viermal so viele Schulen beworben, als am Ende ausgewählt wurden. Unter allen Schulen mit diesen besonderen Herausforderungen, die von der Schulministerin in einen Wettbewerb um die knappen Ressourcen geschickt wurden, wird es deutlich mehr Verlierer als Gewinner geben.

Was sagt die Ministerin auf die Nachfrage, was mit den anderen Schulen sei? – Sie sagt lapidar, dass man auch diese Schulen weiter – ich zitiere – „im Blick habe“. Ich frage die Schulministerin, das Schulministerium, was es diesen Schulen, die sich ja jetzt als Verlierer fühlen müssen, nützt, wenn die Ministerin sie im Blick hat?

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, was Sie so alles im Blick haben, ist ja gut und schön. Aber was nützt es den Schulen konkret?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Warum wird nicht endlich – Sie kündigen da ja immer irgendetwas an – tatsächlich ein allgemeiner Sozialindex eingeführt? Es liegen Konzepte auf dem Tisch, anhand derer man die Ressourcen nach Bedarf verteilen kann und diesen unwürdigen Wettbewerb nicht braucht. Konzepte liegen vor – setzen Sie sie um!

(Beifall von den GRÜNEN)

Was ist zur Halbzeit aus Ihrem großen Versprechen – leider müssen wir Sie immer wieder daran erinnern – geworden, die Grundschullehrerinnen und -lehrer endlich so zu bezahlen, wie sie es verdient haben, nämlich nach A13?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Für dieses Versprechen haben die Sie gewählt. Sie sind denen das bis heute schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es wird immer dringender. Es muss kommen. Es ist eine immer dringender notwendige Maßnahme – nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen. Leistungsgerechtigkeit – das ist auch so ein schönes Wort, und es kommt meines Wissens immer in den FDP-Wahlprogrammen vor. Sie haben dasselbe wie andere Lehrerinnen und Lehrer verdient. Es ist außerdem auch eine Maßnahme gegen den Mangel an Grundschullehrerinnen und -lehrern.

Beispiel: Armut in Nordrhein-Westfalen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist erschreckend und zeigt schwarz auf weiß, dass die Grenze zwischen Arm und Reich nicht nur zwischen Ost und West verläuft, wie man das gemeinhin meint. Während Bayern und Baden-Württemberg eine Armutsquote von 11,8 % aufweisen, liegt sie in NRW bei erschreckenden 18,1 %. Im Ruhrgebiet beträgt sie 21,1 %. Das ist der höchste Wert einer Region, und damit ist das Ruhrgebiet auch die größte Problemregion in Deutschland.

In Gelsenkirchen ist jede und jeder Vierte auf Hartz IV angewiesen, und in Gelsenkirchen gibt es einen weiteren furchtbaren Rekord: Die Langzeitarbeitslosenquote von 5,8 % ist die bundesweit höchste.

Diese Zahlen sind bedrückend und können Sie nicht einfach kaltlassen, Herr Minister Laumann. Das wäre ein klarer Handlungsauftrag an die Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage „es wäre einer“, denn von Ihnen kamen leider nur ein paar Allgemeinplätze, zum Beispiel dass man die Menschen irgendwie unterstützen muss. Sonst kommt nichts Konkretes.

Es kommt aber nicht nur nichts Konkretes, sondern Sie kündigen auch an, dass man einmal eben die 79 Arbeitslosenzentren für die betroffenen Langzeitarbeitslosen mit dem Ende der Förderphase des Europäischen Sozialfonds schließen will. Herr Minister,

was in diesen Arbeitslosenzentren an Arbeit geleistet wird, ist mehr als ein Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wir lassen sie ja auch!)

– Nein, Sie haben angekündigt, dass sie geschlossen würden.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist ja Quatsch! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Genauso steht es aber in der Kleinen Anfrage. Entschuldigen Sie, aber Sie haben uns mitgeteilt, dass sie nicht weiter finanziert werden.

Hier werden wichtige Stabilisierungshilfen, Mittagstische, Beratungen auf Augenhöhe, Stärkung und Begegnungsmöglichkeiten im Quartier angeboten. Es sind Orte der Begegnung, und sie machen die Menschen stärker, die wegen ihrer Lage oft nicht stark genug sind. Auch diese Menschen, Herr Laumann, müssen wir im Blick behalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann es nicht fassen, und es macht mich wirklich sprachlos: Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis, wenn von rund zwei Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen jedes Jahr nicht ein paar Krümel für die Arbeitslosenzentren in Nordrhein-Westfalen übrig bleiben – für die Menschen in diesem Land, die darauf angewiesen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um Armutsbekämpfung geht es auch, wenn man sich die Situation der Kommunen im Land ansieht, die immer mehr die Verlierer dieser Laschet-Regierung sind. Trotz wiederholter Versprechen legt ausgerechnet die NRW-Landesregierung immer noch kein Konzept für einen Altschuldenfonds vor, mit dem die notleidenden Kommunen entlastet werden, so dass sie endlich wieder investieren können. Frau Scharrenbach, mit dem Verweis auf den Bund stellen Sie sich hier schon seit einiger Zeit gepflegt aus der Verantwortung. Es ist aber Engagement gefragt; denn auch das hat etwas mit Armutsbekämpfung zu tun.

Es sind nämlich genau diese Städte mit dem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen, mit dem hohen Anteil an von Armut betroffenen Menschen, die hohe Soziallasten zu stemmen haben und gleichzeitig über eine geringe Wirtschaftskraft für die notwendigen Einnahmen verfügen. Genau diese Kommunen brauchen jetzt diesen Schuldenschnitt, damit sie wieder Luft unter den Flügeln bekommen, um investieren zu können und sich – das kommt dazu – um die Aufnahme, Versorgung und Integration Geflüchteter kümmern zu können.

Auch hier bleibt die Unterstützung der Regierung aus. Die Pauschale für die Erstattung der Flüchtlingskosten wird nicht wie besprochen erhöht. Die Gutachten liegen vor, die kommunalen Spitzenverbände haben Vorschläge gemacht – aber nichts davon in diesem Haushalt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Dreisteste ist die Integrationspauschale des Bundes, die im Gesetz des Bundes auch genauso heißt. Herr Minister Stamp, sie heißt Integrationspauschale! Eine Integrationspauschale ist eine Integrationspauschale, und Sie können das nicht einfach umdefinieren. Es ist genau dieselbe Pauschale; es ist nur weniger Geld als vorher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie das nicht im Haushalt versickern! Ich bin entsetzt; ich hatte fest damit gerechnet, dass Sie dem Ruf Ihrer Bürgermeister und Bürgermeisterinnen folgen und das in dieser dritten Lesung noch korrigieren. Auch das ist ein Armutszeugnis,

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie sacken diese 151 Millionen Euro ein und leiten sie nicht an diejenigen weiter, die sie brauchen, nämlich die Kommunen.

Sind Sie – Herr Ministerpräsident, wir werden Sie gleich hören – mit dieser Regierungsbilanz wirklich zufrieden? Wollen und können Sie das von Herrn Löttgen hier wieder propagierte Mantra von Maß und Mitte wirklich weiterführen? Kann das angesichts der großen Herausforderungen in NRW heute noch beantwortet werden?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Verantwortungsbewusste Politik dieser Regierung, Herr Löttgen, bedeutet für mich insbesondere in diesen Zeiten nicht eine Politik von Maß und Mitte. Verantwortungsbewusste Politik bedeutet für mich eine Politik mit Mut und mit dem Willen zum Aufbruch, die über den nächsten Wahltermin hinausschaut. Eine solche findet man in diesem Haushalt aber nicht; denn Sie haben zu Recht gesagt: Dieser Haushalt ist Politik in Zahlen.

Was wollen wir? – Herr Ministerpräsident, wir wollen jetzt einen Kohleausstieg mit einer neuen Leitentscheidung, die den Hambacher Wald und die Garzweiler-Dörfer erhält.

Wir brauchen ein wirkungsvolles Sofortprogramm für die Windenergie, damit die Energiewende gelingt. Die Abstandsregelung muss aufgehoben werden. Wir brauchen eine echte Akzeptanzförderung im Dialog mit den Standortkommunen. Wir brauchen ein neues Modell einer Konzessionsabgabe, mit dem

Kommunen an der Wertschöpfung beteiligt werden können.

Das muss gesetzlich verankert werden. So etwas gehört in ein Kohleausstiegsgesetz, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von den GRÜNEN)

So etwas gehört in ein Erneuerbare-Energien-Gesetz! Dann steigt die Akzeptanz.

Frau Ministerin Heinen-Esser, wo ist hier die Stimme der Umweltministerin? Schalten Sie sich da doch einmal ein. – Ich glaube, auf dieser Seite der Regierungsbank ist nicht genug Mut, die Energiewende tatsächlich mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren voranzubringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden heute Eckpunkte für ein Fahrradgesetz vorlegen. Wir haben Vorschläge gemacht, wie wir den Anteil des Radverkehrs von derzeit 8 % auf 25 % im Jahr 2025 erhöhen können. Wenn man tatsächlich der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ zustimmt, wie Sie das heute machen wollen, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann kommt man an verbindlichen Ausbauzielen und -maßnahmen nicht vorbei. Auch das ist ein konsequenter Beitrag zur Verkehrswende.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir meinen, NRW braucht jetzt angesichts der maroden Infrastruktur und der kommenden Konjunkturlaute eine Investitionsoffensive, die nicht mit der Gießkanne Geld über das Land verteilt, Herr Minister, bei der jeder Wahlkreisabgeordnete einen Heimat-Scheck in die Hand bekommt, den man vor Ort den Vereinen übergeben kann. Nein, das brauchen wir nicht, sondern wir brauchen zielgerichtet eine Investitionsoffensive, die den Investitionsstau angeht. Ihre Investitionsquote geht zurück. Sie müsste in diesen Zeiten steigen, Herr Minister, und nicht sinken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn die heute vernachlässigten Investitionen sind die Schulden von morgen, die Schulden Ihrer Kinder und Enkel. Die NRW.BANK – damit haben wir einen guten Partner an unserer Seite – kann uns hier unterstützen.

Wir wollen die Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Gute Schule 2020“ über das nächste Jahr hinaus; denn der Investitionsstau an den Schulgebäuden ist weiter immens. 2 Milliarden Euro wurden bereits verausgabt. In den Anhörungen konnten wir uns anhören, weitere 9 Milliarden Euro werden benötigt. Ich hätte gerne von Ihnen eine Aussage dazu, ob Sie es beenden wollen. Ich meine, wir müssen es fortsetzen. Der Investitionsstau ist noch lange nicht abgebaut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Analog zum Programm „Gute Schule 2020“ haben wir ein Programm „Gutes Klima 2030“ vorgelegt; denn auch hier bleiben die Rufe der Kommunen bei diesem Kabinett ungehört. Sie brauchen Unterstützung beim Klimaschutz und bei der Klimafolgenanpassung, und zwar genau dort, wo die Bedarfe am größten sind. Es sind wieder diese Kommunen, die wir im Armutsbericht finden, Herr Laumann. Sie brauchen an allen Ecken und Enden Unterstützung.

Es kann doch nicht sein, dass die Menschen in diesen Kommunen schlechtere Luft haben, nicht ihre Flächen entsiegeln können, sich keine energetischen Gebäudesanierungen leisten können und nichts für den Klimaschutz tun können, nur weil sie eine notleidende Kommune sind, Frau Ministerin Scharrenbach. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse müssen wir in Nordrhein-Westfalen doch als Anspruch haben. Wir können die Kommunen damit nicht alleine lassen.

Wir brauchen einen Infrastrukturbericht, der uns den gesamten Investitionsbedarf einmal transparent darstellt. Nur dann, Herr Minister Lienenkämper, haben wir eine Grundlage und können eine lang angelegte Investitionsstrategie aufbauen. Ich sage Ihnen: Bei dieser Investitionsstrategie darf in der Mittelfristigen Finanzplanung die Investitionsquote nicht sinken.

Herr Ministerpräsident, ich muss es sagen – Sie werden es gleich wahrscheinlich wieder in den Himmel heben –: Ihre schwarze Null ist gut und schön, aber das ist noch lange keine Strategie für eine nachhaltige Finanzpolitik, die die zentralen Herausforderungen angeht.

Für unseren notleidenden Wald – den Ministerpräsidenten sieht man immer häufiger im Wald – brauchen wir keine schönen Bilder, sondern ein Gesamtkonzept für eine naturnahe, klimaangepasste Waldbewirtschaftung

(Beifall von den GRÜNEN)

mit einer Unterstützung für die Waldbesitzer für den notwendigen Umbau.

Frau Ministerin, ich habe Ihre Stellungnahmen dazu gelesen. Es fehlt sehr viel, aber es fehlt vor allen Dingen eine klare Ansage, dass hier mehr qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt wird, um die Waldbesitzer beim Umbau zu unterstützen. Wir brauchen auch eine Ausbildungsinitiative. Diese Berufe müssen wieder attraktiver werden. Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal in unserem Wald. Hierzu steht nichts Verbindliches im Haushalt. Aus unserer Sicht reichen die 10 Millionen Euro, die mehr darin stehen, auf keinen Fall aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen die Kommunen besser beraten und unterstützen, damit die Mittel für den Breitbandausbau abgerufen werden können. Statt Pressekonferenzen,

neuer digitaler Masterpläne und neuer Zielformulierungen brauchen wir jetzt ganz schlicht und einfach Konzepte, wie das Geld vor Ort ankommt. Dazu erwarten wir heute eine Antwort. Ich fürchte, wir werden sie wieder nicht bekommen.

Wir wollen einen Altschuldenfonds. Wir haben konkret ein Konzept für einen Altschuldenfonds für die besonders notleidenden Kommunen vorlegt, die wir von den Kassenkrediten befreien müssen. Langfristig brauchen wir danach eine strukturelle Entlastung.

Dazu sagen wir ganz klar: Wenn der Bund hier nicht mitmacht, dann wollen wir die Stärkungspaktmittel, die noch im Haushalt stehen, verstetigen und nutzen, um einen landeseigenen Fonds aufzulegen. Es muss endlich gehandelt werden. Hessen und das Saarland können das. Warum kann NRW das nicht?

(Beifall von den GRÜNEN und Christian Dahm [SPD])

Wir brauchen das, um diese Städte zu unterstützen. Auch das ist Armutsbekämpfung. Außerdem setzen wir uns für den Erhalt der Arbeitslosenzentren ein.

Wir wollen die Kommunen bei der Flüchtlingsversorgung und der Integration besser unterstützen. Die Flüchtlingspauschalen müssen jetzt dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Die Integrationspauschale – ich sagte es gerade – darf nicht im Landeshaushalt versickern, sondern muss weitergereicht werden.

Deswegen werden wir genau diese beiden Anträge heute noch einmal zur Abstimmung stellen, weil es uns wichtig ist, dass die Kommunen bei dieser großen Herausforderung mehr Unterstützung bekommen. Wir werden heute noch einmal darüber abstimmen lassen, und wir werden vor Ort durch das Abstimmungsergebnis genau dokumentieren, wer in diesem Landtag unsere Kommunen im Stich lässt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Last but not least wende ich mich an die leider nur 27 % Frauen in diesem Landtag. Liebe Kolleginnen, es ist endlich Zeit, den Zustand dieser mageren Repräsentation von Frauen im Landtag nicht länger hinzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben gerade alle 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Ich glaube, die Frauen, die damals zum ersten Mal zur Urne gingen, hätten es sich nicht vorstellen können, dass wir 100 Jahre später mit 27 % Frauen in diesem Landtag, in einem Parlament, sitzen. Ich glaube, im Bundestag ist es auch nicht sehr viel anders. – Ihnen gefällt das, Herr Ministerpräsident? Sie lächeln so dabei.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Ach so. Bitte, wir laden dazu ein. Wir laden alle ein, sich an unserem Gesetz, einem Paritätsgesetz, zu

beteiligen; denn ich glaube nicht, dass sich in den nächsten 100 Jahren diese Situation von alleine lösen wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Alle können mitmachen. Vielleicht kann man hier den Fraktionszwang aufheben – das wäre auch mal eine Maßnahme –;

(Unruhe)

denn wir wollen den grundgesetzlichen Anspruch der Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch und gerade im Parlament über ein Gesetz durchsetzen. Schaut man sich die Redeliste zur heutigen Aussprache an, dann sage ich nur: Das ist ein Beleg mehr dafür, dass wir hier weiß Gott Nachholbedarf haben. Wir brauchen die Hälfte der Macht für Frauen auch hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen reicht uns eine Politik von Maß und Mitte nicht. Sie reicht uns nicht. Sie reicht diesem Land nicht. Sie reicht nicht für die großen Zukunftsaufgaben, die vor uns liegen. Was wir brauchen, sind Mut und Aufbruch, damit wir das schaffen können, was dieses Land, was die Zukunft, was unsere Kinder, was unsere Enkelkinder brauchen. Dafür stehen wir Grüne mit unserer Politik in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Ibrahim Yetim [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweieinhalb Jahre NRW-Koalition, also Halbzeit in dieser Legislaturperiode: Darüber reden wir heute.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Ach was!)

Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit dieser NRW-Koalition viel geschafft. Stichworte sind Entfesselung, Digitalisierung, G9, Förderschulen, KiBiz, Sicherheit und Mobilität.

(Jochen Ott [SPD]: Oh! Da staune ich!)

Wir haben noch viele Aufgaben vor uns – die Legislaturperiode ist noch längst nicht zu Ende – und werden auch diese Aufgaben aktiv und engagiert angehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich werde Ihnen in meiner Rede nochmals darlegen, was wir erreicht haben und was wir in den nächsten Monaten und Jahren erreichen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesen Erfolgsgeschichten gehört dazu, dass wir heute erneut einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen werden. Das ist bei dieser Konstellation von CDU und FDP fast schon selbstverständlich geworden. Aber nach der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Schuldenorgie

(Jochen Ott [SPD]: Haha! – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

muss man diese historische Dimension, diese solide Finanzpolitik der NRW-Koalition, noch einmal unterstreichen.

(Michael Hübner [SPD]: Ein Blick zurück, Herr Kollege!)

Ich verstehe Ihre Zwischenrufe. Denn Sie haben mit dieser Schuldenorgie noch gar nicht abgeschlossen. Sie haben ja mit Anträgen belegt, dass Sie sie fortsetzen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Ein Blick zurück, Herr Kollege!)

Unser Kurs der soliden Finanzpolitik ist der richtige Kurs für Nordrhein-Westfalen. Auch in diesem Bereich haben wir einen Kurs- und Politikwechsel vollzogen: keine neuen Schulden und trotzdem erhebliche Investitionen in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur.

(Martin Börschel [SPD]: Ein Glückspilz!)

Natürlich – wir haben Herrn Kutschaty und Frau Düker gehört – haben SPD und Grüne versucht, die gute Bilanz dieser Landesregierung und der Koalition kleinzureden.

(Zuruf von der SPD: Da haben sie auch recht!)

Wir haben auch erlebt: Nicht jeder Versuch gelingt.

Ich kann Ihren Unmut über die Arbeit der Regierung und der Koalition auch gut nachvollziehen. Wahrscheinlich können SPD und Grüne sich überhaupt nicht vorstellen, dass man in einer Koalition fair, verlässlich und zukunftsorientiert zusammenarbeitet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das waren für Sie sieben Jahre lang Fremdworte. Das gab es nicht einen Tag in Ihrer Koalition.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Was?)

Die NRW-Koalition redet mit den Menschen, packt die Themen an, löst Probleme und bringt unser Land voran. Wir haben Ideen – reihenweise. Sie hatten seinerzeit sogar Ihren Zettel vergessen, auf dem angeblich die Ideen stehen sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Die Menschen in Deutschland, die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen eine Koalition, in der man sich versteht. Natürlich redet man da über unterschiedliche Auffassungen. Man streitet auch schon mal über das beste Ziel für die Menschen in diesem Land. Aber unter dem Strich versteht man sich. Die NRW-Koalition ist das Vorbild für die anderen Bundesländer und für den Bund.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Armes Deutschland!)

Umfragen ändern sich schnell, und Umfragen sind keine Wahlergebnisse. Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 hatte auch niemand mit einer Koalition von CDU und FDP gerechnet. Heute sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz überwiegend froh, dass es hier eine Koalition der Mitte gibt.

Monika Düker sprach in ihrer Rede gerade von Leistungsgerechtigkeit. Ja, das kann man in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Punkt bringen. Denn im Mai 2017 haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen über Ihre Leistung abgestimmt und für Gerechtigkeit gesorgt. SPD und Grüne wurden nämlich im Mai 2017 abgewählt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es ist Dezember 2019!)

Das ist der wahre Beweis für Leistungsgerechtigkeit in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Glauben Sie mir: Ein Linksbündnis von Grünen, SPD und Linken,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

das sich nach einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen ja durchaus ergeben könnte, wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die Menschen wollen eine Koalition, die mit Freude daran arbeitet, unser Land voranzubringen und mehr Chancen zu schaffen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Abwarten!)

Und genau das macht diese Koalition. Wir sind angetreten, um das Land chancenreicher zu machen.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Nicht geschafft!)

Deswegen investieren wir in neue Chancen und beginnen bei den Kleinsten in unserem Land. Mit dem Pakt für Kinder und Familien tun wir genau das. 1,3 Milliarden Euro fließen zusätzlich in die frühkindliche Bildung. Inbegriffen sind dabei: Herstellung der finanziellen Auskömmlichkeit, Sprachförderung – 100 Millionen Euro –, Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher, Flexibilisierung der Betreuungszeiten und

Entlastung der Familien – 250 Millionen Euro – durch ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr.

(Zuruf von der SPD)

Die Platzausbaugarantie für Kommunen ist mit 115 Millionen Euro verankert. Die Studienkapazitäten werden ausgeweitet, damit wir den Fachkräftemangel, der auch in diesem Bereich besteht, dauerhaft bekämpfen können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Minister Joachim Stamp ist hier in einem beachtlichen Tempo ein echter Meilenstein für Nordrhein-Westfalen gelungen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Bemerkenswert finde ich die Forderung der SPD, hier müsse noch mehr Geld fließen. Es heißt, wir würden nicht genügend Geld zur Verfügung stellen.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Macht ihr auch nicht!)

Sie haben sieben Jahre lang nicht genügend Geld zur Verfügung gestellt.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Was?)

Sie haben nicht einmal für eine jährliche Dynamisierung gesorgt, damit wenigstens die jährlichen Kostensteigerungen hätten aufgefangen werden können.

Vielleicht haben Fachpolitiker von SPD und Grünen dem Finanzminister Norbert Walter-Borjans damals einen Wunschzettel präsentiert. Denn er hat ja Steuern erhöht. Er hat Schulden gemacht. Er hat verfassungswidrige Haushalte vorgelegt. Aber für die Kleinsten in unserem Land hatte er, hatten SPD und Grüne keinen einzigen Euro zusätzlich übrig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Keinen Euro für die Kleinsten in diesem Land! Das hat sich radikal geändert. Das ist ein echter Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen unter CDU und FDP. Die Kinder in unserem Land Nordrhein-Westfalen stehen plötzlich wieder im Mittelpunkt der Landespolitik. Und das ist gut so.

Der Bundesvorsitzende – ich rede von Norbert Walter-Borjans – schlug zuletzt sogar vor, Erben von Unternehmen sollten mehr Steuern zahlen. Die SPD singt wieder das alte Lied von Klassenkampf und Sozialneid, verliert dabei aber die Menschen aus dem Blick, die täglich ihren Alltag bewältigen, ihrer Arbeit nachgehen, ihre Kinder erziehen und für ihre Familien und unser Land noch mehr Chancen schaffen wollen. Und das ist jeder Mensch, der in Nordrhein-Westfalen arbeitet. Jeder will das – auch jeder, der in einem Betrieb am Fließband sitzt oder im Betriebsrat Verantwortung übernimmt. Früher war das einmal die typische Klientel der SPD, von der Sie sich heute verabschieden.

Norbert Walter-Borjans lässt dabei gänzlich aus den Augen, dass Arbeitsplätze insbesondere im Mittelstand, bei Familienunternehmen, gesichert werden. Zwischen 2020 und 2022 werden 275.000 kleinere und mittlere Unternehmen in Deutschland eine Unternehmensnachfolge suchen – suchen müssen. Das ist ein unglaublich großes Problem, das kaum zu beherrschen ist.

Der Mittelstand erwirtschaftet jährlich 34 % des Jahresumsatzes aller Unternehmen im Land. In Nordrhein-Westfalen gibt es allein rund 700.000 kleinere und mittlere Unternehmen. Rund 82 % der Auszubildenden sind in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten tätig. 55 % aller Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen sind in kleinen und mittleren Unternehmen angestellt. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind der Stützpfiler der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Und die neue SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, legt Hand an genau diesen Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der NRW-Wirtschaft sind.

Thomas Kutschaty hat in seiner Rede beklagt, dass Nordrhein-Westfalen nicht den Durchschnitt des Wirtschaftswachstums des Bundes erreicht. In der Tat liegen wir aktuell 0,1 Prozentpunkte darunter. Aber in diesem Zusammenhang muss man einmal an das Jahr 2016 erinnern. Da lag Rot-Grün 1 Prozentpunkt unter dem Durchschnitt des bundesweiten Wachstums.

(Michael Hübner [SPD]: Aha!)

Das war das Zehnfache des jetzigen Wertes. Insofern haben Sie kein Recht, das zu beklagen, Herr Kutschaty. Vielmehr müssen Sie sich an die eigene Nase fassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der damalige Wirtschaftsminister Garrelt Duin hat seinerzeit ziemlich defensive wirtschaftspolitische Leitlinien ins Kabinett gebracht, die bei den IHKs, bei den Unternehmen, bei den Familienunternehmen durchaus Anerkennung gefunden haben. Aber was passierte? Das, was im damaligen Kabinett von SPD und Grünen typisch war: Wirtschaftsminister Garrelt Duin ist an Umweltminister Johannes Remmel gescheitert. Wirtschaftspolitik spielte keine Rolle. Die Grünen konnten bestimmen, welche Politik in Nordrhein-Westfalen gemacht wurde. Es ist gut, dass das heute vorbei ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kutschaty wirbt mit dem Slogan – eben wurde geklatscht, als Kollege Löttgen es sagte –, Politik für die vielen machen zu wollen. Die SPD macht das Gegenteil. Die SPD macht den Menschen Angst. Sie sorgen sich nämlich zunehmend um ihre Arbeits-

plätze. Sie nehmen den jungen Menschen die Hoffnung. Sie hoffen nämlich auf Ausbildungsplätze, insbesondere im Mittelstand.

Thomas Kutschaty sprach eben von einem verlassenen Saloon im Wilden Westen. Er könnte vielleicht auch in Nordrhein-Westfalen sein. Norbert Walter-Borjans und Thomas Kutschaty sitzen dort noch an der Theke – ganz links außen, links links außen – und verstehen die Welt nicht mehr, weil sie dort alleine sitzen und kein Mensch in Nordrhein-Westfalen sie mehr versteht. Aber sie bleiben da sitzen. Sie haben nichts aus Ihrer Geschichte gelernt, liebe Kollegen der SPD.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kutschaty, Sie haben Norbert Walter-Borjans mit dem Team – das ist ja jetzt bekannt geworden – ausdrücklich bei seiner Kandidatur um den Bundesvorsitz unterstützt. Norbert Walter-Borjans hat vorgeschlagen, die SPD solle auf die Nominierung eines Kanzlerkandidaten verzichten. Dann wäre es eigentlich logisch und konsequent, Herr Kutschaty, wenn Sie vorschlagen würden, in Nordrhein-Westfalen auf die Nominierung eines SPD-Ministerpräsidentenkandidaten zu verzichten.

(Beifall von der FDP – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Netter Versuch!)

Das ist übrigens aufgrund Ihrer Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesvorsitzenden – den Sie, wie gesagt, massiv unterstützt haben – nicht nur folgerichtig, sondern das kann man auch aus der Logik Ihrer Politik und Ihrer Anträge ableiten, die Sie hier heute eingebracht haben.

(Nadja Lüders [SPD]: Was müssen Sie Angst haben, Herr Rasche! Was müssen Sie für eine Angst haben! – Weitere Zurufe von der SPD)

Denn mit Ihren Anträgen würden Sie Nordrhein-Westfalen langfristig in den Ruin führen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie wollen auf Pump Wahlversprechen machen, um Wählerstimmen zu gewinnen. Sie drücken sich vor der Verantwortung, vor schwierigen Entscheidungen und davor, aus finanzpolitischen Gründen auch mal negative Beschlüsse fassen zu müssen.

(Michael Hübner [SPD]: Sie nehmen 10 Milliarden Euro mehr ein! Dann dürfte das doch wohl kein Problem sein!)

Sie wollen ab dem 1. Januar 2020 Schulden machen. Das ist gar nicht mehr so weit weg. Sie wollen nicht 1 Million Euro, nicht 10 Millionen Euro, nicht 100 Millionen Euro Schulden machen. Nein, Sie wollen 1 Milliarde Euro – 1.000 Millionen Euro! – jährlich an neuen Schulden machen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Sie können die Stimmen der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger nicht kaufen. Sie können sie nicht kaufen. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind mündig. Sie haben Ihre Schuldenpolitik im Jahre 2017 abgelehnt, und sie werden es im Jahre 2022 wieder tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Erst verweigern Sie den Kindern das notwendige Geld im Bereich der Kindergärten, und dann sollen diese Kinder, wenn sie älter geworden sind und im Berufsleben stehen, die Schulden von SPD und Grünen zurückzahlen. Wie unsozial ist das denn, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine andere Hypothek für nachfolgende Generationen war die verkorkste Schulpolitik der rot-grünen Vorgängerregierung. Sie ließen Kinder, Eltern und Schulen allein – untätig bei G8; unzureichende Studienplätze für das Grundschullehramt. Außerdem wurden zwei von drei Interessenten für das Grundschullehramt abgewiesen. Das muss man sich einmal vorstellen. Wo könnten wir heute stehen! Wir hätten viel mehr Grundschullehrer, wenn Sie damals nicht diese verrückte Politik vollzogen hätten.

Sie haben den Schulleitermangel an Grundschulen völlig ignoriert. Wir haben eine dilettantische Einführung der Inklusion erlebt. Bei der Lehrerfortbildung haben Sie die Augen zugemacht. Bei der Digitalisierung gab es einen Tauchgang.

Als FDP-Landtagsfraktion sind wir Yvonne Gebauer sehr dankbar dafür, dass sie auch in diesem Bereich einen echten Kurswechsel für die NRW-Regierung eingeleitet hat und nun wieder alles darauf ausrichtet, dass die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen bestmöglich gefördert werden.

Die Umstellung auf G9 verlief reibungslos und ohne Gegenstimme in diesem Landtag.

Der Erhalt der weltbesten Förderschulen – die gibt es nämlich in Nordrhein-Westfalen – wird durch diese Koalition, durch diese Regierung und durch diese Ministerin garantiert und umgesetzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau dafür stellt die NRW-Koalition bis 2025 1,9 Milliarden Euro für zusätzliche Lehrkräfte an den Förderschulen bereit.

Der Lehrermangel ist eine der größten Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen und auch weit darüber hinaus. Wir müssen für unsere Schülerinnen und Schüler möglichst schnell das nachholen, was in den vergangenen Jahren versäumt worden ist. Dabei rede ich nicht nur von den letzten sieben Jahren – da hat sich die alte Regierung wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert.

(Markus Wagner [AfD]: Allerdings!)

Yvonne Gebauer hat als zuständige Ministerin bereits zwei Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht. Ein drittes Maßnahmenpaket mit mehr Studienplätzen für Lehramtsanwärter ist jetzt erfolgt. Für das Grundschullehramt werden in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Hochschulen zum Beispiel mehr als 700 Studienplätze geschaffen.

Das zeigt: Die NRW-Koalition arbeitet kontinuierlich auch an diesem Problem. Wir wollen den Lehrermangel beseitigen. Das ist allerdings keine leichte Aufgabe und daher selbstverständlich – so ehrlich sind wir – nicht von heute auf morgen möglich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit sind die Talentschulen. Weitere 25 Talentschulen kommen aktuell dazu. Das Interesse – wir haben es heute gehört – ist groß. Ich bin sicher, dass die Talentschulen in Stadtteilen mit größten sozialen Herausforderungen zu echten Leuchttürmen werden. Insofern wundert uns das Lob der Bundeskanzlerin für diese Idee der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen in keinster Weise.

Auch die SPD begrüßt das Konzept von Talentschulen, will aber mal eben 1.000 weitere Talentschulen schaffen. Haben Sie denn jegliches Gefühl für realistische und umsetzbare Politik verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD? Das geht nicht so einfach von heute auf morgen. Man kann es nicht bezahlen und schon gar nicht organisieren.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nur weil Sie es nicht können, heißt das nicht, dass es nicht geht! – Gegenruf von der CDU)

Politik heißt auch, die Kunst des richtigen Tempos zu beherrschen. Hier schießen Sie wieder weit über das Ziel hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Außerdem wird die Berufseinstiegsbegleitung ausgeweitet, nachdem sich der Bund gänzlich aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Schülerinnen und Schüler, die einen Haupt- oder Förderschulabschluss haben, eine Ausbildung anstreben und dabei besondere Unterstützung benötigen, werden von dieser Koalition und dieser Regierung gezielt gefördert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition kümmert sich um Menschen, die Hilfe benötigen. Das war so, das ist so, und das wird auch so bleiben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben versprochen, das Land nicht nur chancenreicher, sondern auch moderner zu machen. Dazu haben wir Gründerstipendien eingeführt. Wir sind ein attraktiver Standort für Start-ups geworden. Der Deutsche Startup Monitor 2019 zeigt, dass die meisten Gründungen, nämlich 20,6 %, in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Die Arbeitslosenquote – auch ein wichtiger Indikator für vernünftige Wirtschaftspolitik – liegt in Nordrhein-Westfalen bei 6,8 %. Das ist immerhin der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung.

Wir haben eine umfangreiche Digitalstrategie versprochen. Diese hat unser Wirtschafts- und Digitalisierungsminister Professor Andreas Pinkwart am 10. April 2019 in diesem Haus vorgestellt. In diesem Jahr hat bereits der 2. GigabitGipfel.NRW mit Netzbetreibern und Branchenverbänden stattgefunden.

Schon jetzt sind rund 70 % der Haushalte in Nordrhein-Westfalen mit mindestens 400 MBit/s versorgt. Damit haben wir das Ziel zwar noch nicht erreicht. Es ist aber der beste Wert aller Flächenländer in Deutschland. Das ist ein gutes Zwischenergebnis. Wie gesagt, werden wir weiter an einer Verbesserung arbeiten.

Den Mobilfunkpakt zwischen dem Wirtschaftsministerium und den verschiedenen Mobilfunkunternehmen gibt es jetzt seit gut einem Jahr. Auch beim LTE-Ausbau sind wir führend unter allen Flächenländern der Bundesrepublik. Natürlich sind wir auch hier noch nicht am Ziel. Deswegen haben wir den Förderwettbewerb 5G.NRW ausgerufen, der mit weiteren 90 Millionen Euro aus Landesmitteln hinterlegt ist.

Die rot-grüne Regierung hat eine ganz andere Wirtschaftspolitik betrieben. Sie hat die Potenziale, die in Nordrhein-Westfalen bestehen, gänzlich vernachlässigt. Denn Nordrhein-Westfalen hat starke Betriebe, qualifizierte Beschäftigte, mutige Gründerinnen und Gründer, hervorragende Ausbildungsstrukturen und eine vielfältige Forschungs- und Innovationslandschaft. Allerdings hat die Vorgängerregierung zahlreiche Wachstumsbremsen angelegt, die wir jetzt im Rahmen unserer Entfesselungspakete lösen werden.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Es mag sein, dass Frau Düker diese Pakete belächelt. Aber sie hat die Bremsen damals auch eingebaut. Insofern ist das für mich nur logisch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unnötige Bürokratie wurde beim Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen abgeschafft.

(Michael Hübner [SPD]: Was denn?)

In der Tat wurde die Hygieneampel so nicht weitergeführt.

(Michael Hübner [SPD]: Wow! Großartig!)

Wir haben einen Landesentwicklungsplan geschaffen,

(Michael Hübner [SPD]: Das Wirtschaftswachstum wird explodieren!)

der wieder Perspektiven für Städte und den ländlichen Raum schafft, die vorher von der alten Regierung untergraben wurden. Plötzlich ist wieder wirtschaftliche Entwicklung möglich. Es können wieder Häuser und Wohnungen gebaut werden –

(Michael Hübner [SPD]: Es braucht kein Wirtschaftswachstum!)

und alles in Balance von Ökologie und Ökonomie. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung ist es ein ganz wichtiges Ziel dieser Koalition und dieser Regierung, für eine Balance zwischen Ökologie und Ökonomie zu sorgen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir kümmern uns nach Möglichkeit um alle großen Ziele unserer Zeit. Selbstverständlich gehört auch der Klimaschutz dazu. Klimaschutz ist nicht, wie Sie immer wieder suggerieren, ausschließlich ein Thema der Grünen. Mitnichten! Das war vielleicht vor 20 oder 25 Jahren so. Inzwischen werden diese Ziele von allen demokratischen Parteien in diesem Haus, also auch von CDU, SPD und FDP, genauso ernsthaft verfolgt wie von den Grünen. Bei uns ist es nur rational. Das unterscheidet uns von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition hat die Haushaltsmittel für den Klimaschutz – wir reden jetzt also von landeseigenen Mitteln – im Vergleich zu 2017 verfünffacht. Wir geben für den Bereich Klimaschutz nach nur zwei Jahren fünfmal so viel Geld aus, wie es Grün-Rot vorher gemacht hat.

Wir haben das Projekt Kommunaler Klimaschutz.NRW ins Leben gerufen, damit wir auch auf kommunaler Ebene den Klimaschutz mit weiteren 180 Millionen Euro wirksam voranbringen.

Auch bei den erneuerbaren Energien hat die Landesregierung große Ambitionen. Heute sprachen wir mehrfach vom fünften Entfesselungspaket des Wirtschaftsministers. Wir haben mit den Entfesselungspaketen zuvor schon 42 Gesetze, Verordnungen und Regelungen abgeschafft. 42! Das war eine gewaltige Aufgabe. Dieses fünfte Entfesselungspaket enthält 17 neue Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Wir, die NRW-Koalition, fördern nämlich Windkraft, Photovoltaik und Geothermie. Die Grünen haben sich dagegen immer nur auf Windkraft konzentriert.

Was bedeutet Grün in der Praxis? Wälder wie im Arnsberger Wald abholzen, um dort Industrieparks mit Windrädern zu errichten! Wie unglaublich ist denn aus Sicht der normalen Menschen eine solche grüne Politik? Unglaublicher kann grüne Politik nicht sein.

Frau Düker sprach vorhin von einem notwendigen Umbau des Waldes. Das muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Frau Düker sprach von einem notwendigen Umbau des Waldes.

(Monika Düker [GRÜNE]: Da müssen nämlich neue Bäume hin!)

Das haben die Grünen ja im Sauerland praktiziert. Bäume weichen, Windräder kommen! Wir, die NRW-Koalition, stellen uns den Erhalt des Waldes allerdings anders vor.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen die Wälder in Nordrhein-Westfalen erhalten. Wir wollen die Wälder erweitern. Wir wollen völlig neue Wälder schaffen. Und Sie sägen Bäume ab, damit dort Windräder gebaut werden können und einige wenige Leute Geld verdienen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was für ein Irrsinn!)

Das, Frau Düker, ist Lobbyarbeit hoch zehn. So etwas haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht verdient –

(Beifall von der FDP und der CDU)

und unsere Wälder schon gar nicht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie wissen, dass das, was Sie da erzählen, totaler Blödsinn ist!)

In einer Anspielung auf Ministerpräsident Laschet sprachen Sie davon, Frau Düker, dass es eine große Unzufriedenheit mit der Umweltpolitik gebe. In der Tat war das 2016/2017 so. Die Leute waren mit der Umweltpolitik der alten, rot-grünen Regierung massiv unzufrieden. Das waren übrigens nicht nur die Menschen außerhalb dieses Hohen Hauses. Nein, auch Minister wie Herr Walter-Borjans, Herr Duin und Herr Groschek haben Ihnen eine Durchgrünung des Landes vorgeworfen, die keine Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen mehr zulässt, weil Sie bei Ihrer grünen Politik völlig über das Ziel hinausgeschossen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb haben auch drei Minister vor der Landtagswahl 2017 gesagt: Dafür kandidieren wir nicht wieder. Dafür geben wir unsere Namen nicht mehr her. Wir übernehmen überhaupt keinen Wahlkreis mehr. Denn hier muss zwingend ein Politikwechsel stattfinden.

Für diesen Politikwechsel konnte dann nicht mehr die SPD sorgen. Aber CDU und FDP haben es gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Düker spielt ja gerne mit dem Wort „Faktencheck“. Faktencheck: Wer hat denn die Rodung des Hambacher Forstes beschlossen? Wer hat denn die Rodung des Hambacher Forstes durchgesetzt?

(Zurufe von der FDP: Die Grünen waren es!)

Wer hat die Rodung zu verantworten? 90 % sind ja schon weg.

Ergebnis des Faktenchecks: Bündnis 90/Die Grünen haben das gemacht. – Das ist der Faktencheck. Das Dokument liegt doch längst vor.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Thema „Landwirtschaft“ ist bundesweit ein aktuelles Thema. Viele Landwirte fürchten aufgrund der Bundespolitik um ihre Existenz. Die NRW-Koalition setzt sich für eine starke heimische Landwirtschaft ein. Wir wollen optimale Rahmenbedingungen für moderne, nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche, umweltverträgliche und verantwortungsvolle Betriebe schaffen.

Als FDP-Landtagsfraktion haben wir die Initiative „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ ins Leben gerufen, weil immer ein Widerspruch zwischen gesundem Essen, gesunder Umwelt und gesunden Betrieben aufgemacht wird. Da muss aber überhaupt kein Widerspruch bestehen. Man kann gleichermaßen und gleichrangig alle drei Ziele verfolgen. Und genau dieses Ziel in Gänze verfolgt die FDP-Landtagsfraktion.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen, dass auch kleine und mittelständische Betriebe – das sind oft auch die Bio-Bauern in Nordrhein-Westfalen – eine Chance auf Erfolg haben. Wenn die großen Subventionen nur bei den riesengroßen Höfen landen, gehen die kleinen und mittleren Höfe zugrunde. Genau das will die FDP in Nordrhein-Westfalen verhindern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Insgesamt ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen – das gilt auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen – auf eine vernünftige Verkehrspolitik angewiesen. Die NRW-Koalition setzt dabei auf alle Verkehrsträger. Wir nehmen Rekordinvestitionen in insbesondere Sanierung und auch Neubau von Straßen vor. Das führt – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – natürlich zu Staus. Aus Investitionsstaus, die in der Tat bestanden haben, wurden Sanierungsprojekte. Wenn aus Investitionsstaus Sanierungsprojekte werden, muss das zu mehr Stau führen. Es gibt gar keine Alternative dazu. So ehrlich muss man sein.

Es ist klug, und es ist gut, dass wir diesen Weg gehen. Diesen Weg werden wir über einige Jahre gehen müssen, bis diese mutige Politik zu wahrnehmbaren Erfolgen führt. Wir sind aber auch in diesem Bereich auf dem richtigen Kurs.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Grünen hingegen wollen – so die Anträge, die uns vorliegen – ausgerechnet beim Brückenbau und bei der Sanierung von Brücken enorm reduzieren.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Nein, nein, nein!)

So wird dann aus jeder für Lkw oder für Pkw gesperrten Brücke eine grüne Brücke. Zu Fuß wird man sie womöglich noch beschreiten können; Nordrhein-Westfalen hilft das nicht.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zudem geben wir Rekordsummen für den Verkehrsträger Schiene aus. Das war unter Rot-Grün unvorstellbar.

Wir fördern auch kommunale und private Schienenstrecken; das hatten die Grünen seinerzeit im Jahr 2010 sogar eingestellt bzw. auf null gefahren.

Diese damalige Politik der Grünen war sehr einseitig nur zugunsten der Deutschen Bahn und nicht zugunsten des Verkehrsträgers Schiene.

In dieser Hinsicht kann man von einer nachhaltigen Lobbyarbeit sprechen. Auch das hat etwas mit Nachhaltigkeit zu tun.

Der Verkehrsträger Radverkehr wird natürlich nicht alle Mobilitätsprobleme lösen, aber er ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiger Verkehrsträger.

(Christian Loose [AfD]: Mit dem Fahrrad zur Nachtschicht!)

Wie bei der Windkraft und bei erneuerbaren Energien sind die Grünen auch in der Verkehrspolitik extrem einseitig aufgestellt. Ich traute in der zweiten Lesung meinen Ohren nicht, als Johannes Rimmel hier am Rednerpult stand, zur Verkehrspolitik sprach und sich ausschließlich mit dem Thema „Radverkehr“ beschäftigte. Der gesamte Vortrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Verkehrspolitik in der zweiten Lesung hat ausschließlich aus dem Thema „Radverkehr“ bestanden.

Schon als Umweltminister blockierte Rimmel gemeinsam mit seinem Kollegen Horst Becker sieben Jahre lang Dutzende von Umgehungsstraßen in Nordrhein-Westfalen. Die Gesundheit der Menschen, die in den Innenstädten lebten und leben, spielte damals und sie spielt auch heute noch für Bündnis 90/Die Grünen keine Rolle. Das ist unfassbar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann erleben wir in Oppositionszeiten fahrradfreundliche Reden – so ist es bei den Grünen immer; bei der Luftverkehrskonzeption und bei vielen anderen Themen war es genauso –, die aber mit der tatsächlichen Politik der Grünen nichts zu tun haben.

Immer wenn Sie in Verantwortung sind – und das waren Sie in Nordrhein-Westfalen oft –, haben Sie all

diese Versprechen, zum Beispiel das einer neuen Luftverkehrskonzeption, nicht eingehalten: vor der Landtagswahl versprochen, überraschend in die Regierung gewählt und hinterher nicht geliefert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine Eigenbeschreibung!)

Das erleben wir gerade wieder einmal. Gerade sind die Kollegen in der Opposition – hoffentlich wird es lange so bleiben –, kommen jetzt wieder mit Versprechen und wollen plötzlich den Radverkehr in einer Art und Weise fördern, wie sie es in ihrer Verantwortungszeit nicht im Ansatz getan haben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auf der anderen Seite erleben wir eine NRW-Koalition, die so viel Geld in Radverkehrswege steckt, wie es noch nie in Nordrhein-Westfalen geschehen ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass der Lehrermangel eines der größten Probleme im Land Nordrhein-Westfalen darstellt. Zu den größten Problemen gehört zudem auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums – eine Kernaufgabe der NRW-Koalition.

Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen gebaut wird, dass viel mehr Wohnungen und Häuser entstehen, denn nur so können wir diesen Konflikt auflösen.

Deswegen haben wir die Landesbauordnung modernisiert. Wir haben den Landesentwicklungsplan so gestaltet, dass Bauen wieder möglich ist. Das waren zwei wesentliche Stellschrauben, um unser Ziel von mehr Wohnungen und mehr Häusern zu erreichen.

Was machen die Kollegen von SPD und Grünen? – Sie führen eine offene Diskussion darüber, dass Eigentümer enteignet werden können.

Das löst die Probleme in unserem Land nicht – im Gegenteil: Das schadet insoweit, dass jeder Investor sich zehnmal überlegt, ob er in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundeshauptstadt Berlin oder überhaupt noch in Deutschland investiert.

Ich sprach schon mehrfach von einem Linksbündnis – ein Szenario, das in Nordrhein-Westfalen eintreffen könnte. So ein Linksbündnis würde diese Enteignungspolitik und immer mehr Staatswirtschaft befördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, lasst uns jede Stunde nutzen, um den Leuten zu erklären, was ein Linksbündnis für Nordrhein-Westfalen bedeuten würde, welche fatalen Folgen es für uns hätte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Lasst uns dafür werben, dass es bei einer vernünftigen Koalition in unserem Lande bleibt.

Die hohe Zahl an Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 hat auch unsere Kommunen vor große Herausforderungen gestellt, die nur schwer zu bewältigen waren. Wir in Nordrhein-Westfalen haben jetzt aufgrund der vom Bund durchgeführten Abrechnung der Umsatzsteuer noch einmal 205 Millionen Euro mehr erhalten, als in der Prognose vorher errechnet worden ist. Die NRW-Regierung stellt den Kommunen nun 110 Millionen Euro für flüchtlingsbedingte Kosten zur Verfügung.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wo? Wo ist der Haushaltsantrag dazu? – Heike Gebhard [SPD]: Der ist virtuell! – Christian Dahm [SPD]: Von 150 Millionen!)

SPD und Grüne haben in Regierungsverantwortung vom Bund eine Integrationspauschale erhalten, diese aber nie an die Kommunen weitergegeben, sondern in einem einzigen Jahr damit den eigenen Haushalt ausgeglichen, was ihnen ansonsten nie gelungen wäre. Das nenne ich Betrug an den Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Monika Düker sagte eben: Wir werden – vielleicht mittels einer namentlichen Abstimmung – dokumentieren, wer die Kommunen im Stich lässt.

Das Dokument liegt doch längst vor: Die alte Regierung hat eine Integrationspauschale erhalten, ausdrücklich mit der Aufforderung des Bundes, diese an die Kommunen weiterzugeben.

Sie haben aber das Gegenteil gemacht: Sie haben das Geld in Ihre eigene Tasche gesteckt und für sich behalten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Falsch! Das ist gelogen! – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist Unfug!)

Sie wollen uns erklären, wie man Kommunen behandelt, und Sie wollen uns vorwerfen, wir ließen sie im Stich? – Da zeigen vier Finger Ihrer eigenen Hand auf Sie zurück. Frau Düker, Sie haben damals die Kommunen im Stich gelassen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie haben 2 Milliarden Euro weniger Flüchtlingsausgaben!)

Übrigens haben Sie das ganz bewusst gemacht, um ein Jahr lang die Botschaft zu senden, Rot-Grün könne im Jahresabschluss einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das haben Sie bewusst gemacht. Schäbig ist es allerdings, wenn Sie heute das Gegenteil behaupten, Sie hätten die Kommunen fair behandelt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Haben wir!)

Sie haben das Gegenteil getan.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben das Land sicherer gemacht, indem wir vor einem Jahr das Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der SPD verabschiedet haben. Herzlichen Dank dafür.

Jetzt, nach einem Jahr, sehen wir, dass die zusätzlichen Instrumente von den Polizeibeamtinnen und -beamten mit Augenmaß erfolgreich eingesetzt werden.

Nach einem Jahr liegt die erste Bilanz vor, und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Deshalb können SPD, CDU und FDP stolz darauf sein, in Nordrhein-Westfalen ein vernünftiges und konstruktives Polizeigesetz beschlossen zu haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben die Polizeianwärterstellen auf 2.500 erhöht. Vielleicht geht das im Laufe der Legislaturperiode noch weiter – wir werden es jedenfalls versuchen.

Ich will nur noch einmal in Erinnerung rufen, wie es in der Legislaturperiode von 2000 bis 2005 war; damals regierten SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit wurden die Anwärterstellen auf ein Rekordtief von 500 pro Jahr reduziert.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD] – Gegenruf von Daniel Sieveke [CDU])

Rot-Grün hat also damals dafür gesorgt – in einer anderen Phase der Geschichte, muss man dazusagen –, dass die Anwärterstellen auf 500 pro Jahr reduziert worden ist. Inzwischen haben wir sie auf 2.500 erhöht.

(Hannelore Kraft [SPD]: So ein Stuss!)

Damit sind wir auf dem richtigen Weg, um den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen größtmögliche Sicherheit zu garantieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sicherer wird unser Land auch, weil wir endlich Gefährder konsequent abschieben. So sehr ich unseren Innenminister Herbert Reul schätze, gilt hier der ausdrückliche Dank unserem Integrations- und Flüchtlingsminister Joachim Stamp, der wirklich bis an die Grenze des Rechtsstaats gegangen ist und dafür gesorgt hat, dass nach Möglichkeit alle Gefährder konsequent aus Nordrhein-Westfalen abgeschoben werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Das sagt ihr seit eineinhalb Jahren! Kriegt ihr auch Kohle dafür?)

Lieber Joachim Stamp, herzlichen Dank dafür. So eine Politik war überfällig. Sieben Jahre lang wurde es nicht gemacht.

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt kommt er zur FlüAG-Pauschale!)

Auch die Einrichtung der Stelle einer Antisemitismusbeauftragten für Nordrhein-Westfalen ist notwendig geworden. Wir wollen auch in Zukunft die Gefahr von rechts konsequent bekämpfen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum haben Sie das dann im Ausschuss abgelehnt?)

Dazu haben wir ein sieben Punkte umfassendes Sofortprogramm beschlossen. Bei allen politischen Differenzen müssen wir bei solchen Themen zusammenhalten. Wir alle – SPD, Grüne, CDU, FDP –

(Thomas Röckemann [AfD]: Linke!)

müssen weiter daran arbeiten, dass wir Nordrhein-Westfalen nicht den Extremen überlassen. Die demokratischen Parteien haben dafür hier in Nordrhein-Westfalen und in diesem Hohen Hause die ersten Schritte eingeleitet. Dafür möchte ich mich bei allen ausdrücklich bedanken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat im vergangenen Monat ein Positionspapier zur Stärkung des Ehrenamts vorgestellt, verbunden mit vier konkreten Vorschlägen.

Wir haben durch ein Gutachten ermitteln lassen, was bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen ausmacht. Man kann dieses ehrenamtliche Engagement gar nicht hoch genug bewerten; es ist unbezahlbar.

Die Gutachter haben einen wirtschaftlichen Wert von jährlich 12,5 Milliarden Euro errechnet. Das ist eine gewaltige Summe. Der echte Wert liegt wahrscheinlich noch deutlich darüber.

Das ehrenamtliche Engagement ist das Rückgrat der Gesellschaft; deshalb wollen wir es weiterhin mit allen Möglichkeiten, die wir haben, unterstützen und fördern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Regierung wird getragen von zwei starken Fraktionen. Ich danke Bodo Löttgen und den Kolleginnen und Kollegen der CDU für die wirklich immer gute, zielorientierte, verlässliche und faire Zusammenarbeit. Lieber Bodo, dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nehmt ihr euch auch wieder in den Arm?)

Ich möchte die Zeit auch nutzen, mich bei meiner Fraktion für eine immer hochengagierte Arbeit zu bedanken. Ich kann mich immer auf euch verlassen. Das gilt auch in kritischen Zeiten. Manchmal ernte ich auch Kritik,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

und das ist auch gut so. Das macht mich und uns alle nur besser – ihr wisst, wovon ich spreche.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

So macht die Arbeit mit euch Spaß, und so bringen wir Nordrhein-Westfalen gemeinsam voran. Danke dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Legislaturperiode hat Halbzeit.

(Christian Dahm [SPD]: Es gibt keine Verlängerung!)

Ich will noch mal den Unterschied deutlich machen: Die Legislaturperiode hat Halbzeit, die NRW-Koalition aber nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gehen Sie schon früher?)

Unser Halbzeitpfeif erfolgt mit der Landtagswahl im Mai 2022, und anschließend wird die zweite Halbzeit für die NRW-Koalition angepfeifen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich wünsche Ihnen besinnliche Weihnachten und ein gutes Jahr 2020. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land mit fantastischen Menschen. Nordrhein-Westfalen hat endlich wieder eine starke Regierung und eine starke Koalition –

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Eine starke Opposition!)

und das ist gut so. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Christof Rasche für die Fraktion der FDP. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über Jahrzehnte haben CDU, FDP, SPD und Grüne in diesem Land Schulden angehäuft. 144 Milliarden Euro – da käme im normalen Leben schon der Gerichtsvollzieher.

Über Jahrzehnte haben CDU, FDP, SPD und Grüne die Infrastruktur des Landes verkommen lassen. Die Brücken sind kaputt, die Straßen hinüber – da käme im Privatleben schon die Bauaufsicht.

Sie, die alten Parteien, taten dies, obschon Sie Abermilliarden an Steuergeldern zur Verfügung hatten und haben. Trotzdem haben wir nicht genug Polizisten und Lehrer, es fehlen Richter und Staatsanwälte, die Grenzen können nicht geschützt werden, die

Straßen und Brücken verfallen. Bei der Digitalisierung sind wir auf einem Stand mit Kasachstan.

Den Menschen das Geld abknöpfen, obendrauf noch Schulden machen, diese nicht zurückzahlen wollen und trotzdem die Kernaufgaben des Staates nicht bewältigen – das ist ein Versagen sondergleichen, ein Versagen, das endlich aufhören muss, ein Versagen, das wir beenden werden.

(Beifall von der AfD)

Da ist es aberwitzig, aber auch nur allzu verständlich, dass sich diese vier Parteien gerne zusammenschließen, um sich als die ach so wahren Demokraten zu bezeichnen und sich in bigotter Hypermoral zu ergötzen, während sie neue bürgerlich-demokratische Kräfte wie uns, die sich für eine seriöse Haushaltspolitik einsetzen, indessen als rechtspopulistisch bezeichnen. Das eine ist so verrückt wie das andere.

Wenn wir hier heute über den Haushalt von Nordrhein-Westfalen und damit über Ausgaben von 80 Milliarden Euro – 80 Milliarden Euro, die dem Bürger vorher aus der Tasche gezogen wurden – entscheiden, ist es sinnvoll, bevor wir zur parteipolitischen Bewertung kommen, sich einmal das Urteil des Landesrechnungshofs anzusehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Urteil? Der Landesrechnungshof spricht keine Urteile!)

Das ist nicht nur sinnvoll, weil wir damit eine objektive Quelle für die Bewertung Ihrer Politik haben, sondern weil die Analyse des Landesrechnungshofes und die der AfD praktisch wortgleich sind. Vielleicht ist der Landesrechnungshof aber auch rechtspopulistisch; wir wissen es nicht.

Lesen wir doch einmal, was er der Regierung ins Stammbuch schreibt. Ich zitiere: Trotz der seit Jahren anhaltend hohen Steuereinnahmen und den niedrigen Zinsen ist es Nordrhein-Westfalen bislang nicht gelungen, den hohen Schuldenstand von zuletzt rund 144 Milliarden Euro nennenswert zu reduzieren, urteilt die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Professorin Mandt.

Woran das unter anderem liegt, auch dazu einige Punkte aus dem Jahresbericht des Landesrechnungshofs. Ich zitiere aus Beitrag 17, „Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“:

Der Landesrechnungshof hat untersucht, wie das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sichergestellt hat, dass das aufgebaute Aufnahmesystem zeitnah fortentwickelt und optimiert wird.

Dabei war festzustellen, dass die für das Aufnahmesystem genannten Ziele nicht weiter konkretisiert wurden. Außerdem gab es kein Verfahren, durch das eine Zielerreichung gemessen werden konnte. Schließlich fehlte es an einer strategischen Ausrichtung,

sodass nicht sichergestellt war, dass bei möglichen Fehlentwicklungen und Veränderungen steuereingriffen werden konnte.

Insgesamt konnte der Landesrechnungshof aufgrund der Mängel in der Aktenführung des Ministeriums nicht feststellen, dass das Ministerium bei seinen Entscheidungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet hat.

(Helmut Seifen [AfD]: Hört, hört!)

Weil es so schön erklärt, wie die Landesregierung mit dem Geld der Bürger umgeht, möchte ich noch aus Beitrag 15, „Förderung der interkulturellen Kulturarbeit“, zitieren:

Im Rahmen der Prüfung einer Förderung des Landes für eine Einrichtung im Bereich der interkulturellen Kulturarbeit stellt der Landesrechnungshof fest, dass diese Einrichtung nicht institutionell, sondern als Projekt gefördert wurde.

Des Weiteren waren weder Ziele noch Kriterien festgelegt worden, anhand derer der Erfolg der Fördermaßnahmen im weiteren Verlauf hätte beurteilt werden können. Verschiedene Evaluierungen haben gezeigt, dass die bei der Gründung formulierte Zielsetzung nicht oder nicht umfänglich erreicht wurde.

Dass die SPD nicht mit Geld umgehen kann, ist ein Allgemeinplatz, aber auch CDU und FDP können es nicht. Wir haben es jetzt amtlich testiert.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, in den drei Jahren Ihrer Haushaltsverantwortung hat die Landesregierung zusätzliche Steuern von knapp 18 Milliarden Euro vereinnahmt. Zurückgelegt, um damit Schulden abzubezahlen, hat sie ganze 572 Millionen Euro.

Das ist ungefähr so, als hätte Ihr Nachbar 144.000 Euro Schulden. Er verdient 80.000 Euro im Jahr und damit recht gut, hat dann auch noch 18.000 Euro netto zusätzliche Einnahmen, und von all dem gibt er ganze 572 Euro an seine Gläubiger zurück. – Im Privatleben nennt man das asozial.

(Beifall von der AfD)

Da will Armin Laschet Kanzler werden? – Das wäre sicherlich gut für NRW, aber leider ganz schlecht für Deutschland.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Was soll das?)

Da passt es, dass in Nordrhein-Westfalen die Schuldenbremse noch nicht einmal in der Verfassung verankert ist, sondern nur nicht einklagbar in der Haushaltsordnung, sprich: Das Parlament hat diesbezüglich kein Klagerecht vor dem Verfassungsgerichtshof – und das, wo doch jeder Schüler in der siebten Klasse lernt, dass das Haushaltsrecht das Königsrecht des Parlaments darstellt.

Es ist wirklich unerträglich, dass mittlerweile nicht nur die 11-%-Partei SPD nicht mit Geld umgehen kann, sondern sich auch CDU und FDP verabschieden. Ich frage mich ganz ehrlich, mit wem wir in Zukunft überhaupt noch koalieren sollen,

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Die Frage brauchen Sie sich nicht zu stellen! Niemand koaliert mit Ihnen!)

aber vielleicht setzen sich Merz und die WerteUnion noch durch. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Auch sonst scheint Sie der sorgsame Umgang mit dem Geld der Bürger nicht sonderlich zu interessieren, denn ohnehin ist es für die politische Klasse jetzt schon wieder vorbei mit der Schuldenbremse.

Die SPD wählt mit Herrn Walter-Borjans einen Mann zum Vorsitzenden, den wir hier in Nordrhein-Westfalen für seine verfassungswidrigen Haushalte kennen. Der Mann ist mit seinen Verfassungsverstößen eigentlich selbst ein Fall für den Verfassungsschutz,

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

aber den instrumentalisieren Sie lieber als Konkurrenz oder Etabliertenschutz gegen uns. Klar: Wenn man nicht gut regiert und das Volk daraufhin neue Parteien wählt, passt Ihnen das nicht. Dann missbrauchen Sie staatliche Institutionen, um sich Ihre Pfründe zu sichern, aber – und das verspreche ich Ihnen – das wird Ihnen nicht helfen.

Während der SPD-Fraktionschef Kutschaty gebetsmühlenartig den Slogan des Wahlverlierers Labour Party und des Antisemiten Jeremy Corbyn wiederholt, stimmen im Bundestag nur AfD und FDP für die Unterstützung Israels. Dr. Rafael Korenzecher schreibt dazu – ich zitiere –:

„Mit mehr Ablehnung gegen die Juden und ihren Staat als mit 100 % der abgegebenen Stimmen der SPD und mit 99,11 % der abgegebenen Stimmen bei der CDU hätte Deutschland wohl auch im letzten Jahrhundert in den dunkelsten zwölf Jahren seiner Geschichte nicht abgestimmt.“

Ich zitiere weiter:

„Dem gegenüber kamen aus der ausgerechnet von den linken Antisemiten und ihren dem wirklichen jüdischen Anliegen sehr fernem offiziellen jüdischen Unterstützern Dauer-beschimpften AfD keine einzige Nein-Stimme“.

Und ich zitiere weiter:

„Dank an diese beiden Parteien“

– gemeint sind AfD und FDP –,

„die gegen eine gerade in diesem Lande kaum nachvollziehbare parlamentarische Übermacht entseelter linker Aversion gegen den jüdischen

Staat alles in ihren Kräften stehende versucht haben, sich der Schande und der Ehrlosigkeit dieser gegen den Staat der Juden gerichteten Abstimmung des Deutschen Bundestags entgegenzustellen.

An den Taten sollt ihr sie erkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ein Berliner jüdisches Gymnasium war kürzlich gezwungen, 80 Flüchtlinge aufzunehmen – 80 Flüchtlinge jüdischen Glaubens, die aus Berliner Schulen geflohen sind, weil sie dort von ihren antisemitisch sozialisierten Mitschülern verfolgt und gemobbt worden sind. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Michael Hübner [SPD]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Es war nicht die AfD, die dafür gesorgt bzw. es zugelassen hat, dass seit 2015 Hunderttausende von Menschen, die in antisemitisch geprägten Ländern sozialisiert worden sind, in dieses Land gekommen sind und damit entscheidend dazu beigetragen haben, dass sich die Sicherheit jüdischer Bürger in diesem Land dramatisch verschlechtert hat. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Stattdessen produziert der SPD-Fraktionschef hier Worthülsen und missbraucht das jüdische Leben in Deutschland, um einen politischen Gegner zu diffamieren. Das ist abstoßend. Das ist unehrlich. Das ist widerlich. Das ist SPD, meine Damen und Herren.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Unehrllich sind Sie!)

– Sie brauchen sich gar nicht erst zu beschweren mit Ihrer unsäglichen Rede, die Sie in diesem Haus gehalten haben, Herr Dr. Bergmann.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit unsäglichen Reden kennen Sie sich aus!)

Aber es gibt auch Licht am Ende des Tunnels, denn währenddessen wählt die CDU in Bautzen schon unseren Landratsvize mit. In Thüringen werden CDU, FDP und AfD ihre Mehrheiten für Gesetze nutzen. In Sachsen-Anhalt wird aus den Reihen der Union ganz offen mit uns für die nächste Regierungsmehrheit geplant.

Wir werden Ihren Versuchen, uns zu kriminalisieren, ruhig und entschlossen begegnen, denn wir werden immer mehr.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist nicht wahr! – Michael Hübner [SPD]: Nein, Sie werden noch vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Nun bekommen wir also – mit viel Pech – im Bund zwei Kandidaten aus NRW, die beide nicht mit Geld umgehen können. Der eine, also der rote Walter-Borjans, ist gerichtsnotorisch für überschuldete Haushalte bekannt. Der andere, der schwarze Laschet, will die Schulden des Bundeslandes nicht zurückzahlen.

Beide tragen sie Verantwortung dafür, dass Nordrhein-Westfalen in vielen Ländervergleichen hinten, und zwar ganz hinten steht: dass wir Stauland Nummer eins sind, dass die Digitalisierung nicht läuft, dass die Integration von Ausländern zu oft gescheitert ist und unsere Schüler weniger lernen dürfen als anderswo.

Für beide gilt: schlecht für das Land, gut für die AfD. – Gut für das Land wäre mir allerdings lieber, aber ich nehme den Vorteil für uns mit, wenn man mir den Ball schon auf den Elfmeterpunkt legt.

Den nächsten Elfmeter in Sachen „Steuergeldverschwendung und dann nichts daraus zu machen“ haben wir erleben müssen, als CDU, SPD, FDP und Grüne in einer Nacht- und Nebelaktion die Bürger abzockten, um sich die Taschen für Fraktionsmitarbeiter und Fraktionen mit einer Erhöhung der Mittel um 89 % vollzumachen. Begründet wurde das damit, dass Sie angeblich in den Social-Media-Bereich investieren müssten, um mit uns mitzuhalten.

Schauen wir uns die Ergebnisse doch mal an: Was können Sie? Was können wir? – Die AfD steht in allen Kategorien auf Platz eins: bei Facebook auf Platz eins, bei Instagram auf Platz eins, bei YouTube auf Platz eins.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Rassistische Äußerungen Platz eins, homophobe Äußerungen Platz eins!)

Auf Facebook haben wir doppelt so viele Abonnenten wie die CDU und mehr als FDP, SPD und Grüne zusammen.

Jetzt könnte man sagen: Es kommt nicht auf die Zahl der Likes an. – Richtig. Aber gerade wenn man auf die Reichweite schaut, also die tatsächlich erreichten Nutzer, wird noch deutlicher, wo effizient gearbeitet wird.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ja!)

Alle Altfraktionen zusammen erreichten auf Facebook im Monat November 9.000 Nutzer.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Die AfD-Fraktion hat im November 1.058.000 Nutzer erreicht.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Gekauft wahrscheinlich!)

9.000 zu 1 Million, also 117-mal mehr als alle anderen Fraktionen in diesem Hause gemeinsam.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wahrscheinlich gekauft!)

Es ist kein Wunder, dass Sie jammern und die Meinungsfreiheit im Internet einschränken wollen, aber auch das wird Ihnen nicht mehr helfen.

Dasselbe Bild zeigt sich bei YouTube. Hier wurden unsere Videos neunmal so oft angesehen wie die Videos aller anderen Fraktionen zusammen.

Zur Veranschaulichung: Der YouTube-Kanal der SPD hat seit elf Jahren 20.000 Videoaufrufe. Das schaffen wir mit einem einzigen Video an nur einem einzigen Nachmittag.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, Hetze zieht!)

Das müsste eigentlich umso beschämender für Sie sein, weil die AfD-Fraktion als einzige gegen die Verdoppelung des Mitarbeiterbudgets gestimmt hat, das laut CDU, FDP, SPD und Grünen vor allem in die Social-Media-Arbeit fließen sollte.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Nun aber zeigt sich: Die AfD ist die einzige Fraktion, die diese Mittel sinnvoll für das einsetzt, wofür sie gedacht waren. Auch hier: Im Kleinen zeigt sich, wer mit Geld umgehen kann und wer nicht.

(Beifall von der AfD)

Die Industrieproduktion erodiert, die Auftragseingänge sinken, und der Auftragsbestand ist ebenfalls betroffen. Doch denken Sie jetzt bitte nicht, dass die Landesregierung ihren Anteil daran sieht.

Nein, schuld sind natürlich immer die anderen: mal der böse Trump, mal der ach so schlimme Boris Johnson. Beide gewinnen ihre Wahlen übrigens ganz entspannt gegen den deutschen politisch-medialen Komplex.

Liveberichterstattungen über solche Wahlen wie in Großbritannien, Brasilien, den USA, Ungarn oder Italien sehe ich mir nur zu gerne an schon ob der langen Gesichter und der Es-kann-doch-nicht-wahr-sein-dass-die-anders-wählen-als-wir-berichten-Attitüde der angeblichen Journalisten samt vermeintlicher Experten.

Aber diese billigen Ablenkungsmanöver werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, denn die Probleme in NRW sind hausgemacht.

Seit knapp 50 Jahren wird vom Strukturwandel geredet – vor allem geredet. Die Menschen im Ruhrgebiet werden im Stich gelassen. Die Arbeitslosigkeit in Duisburg, in Gelsenkirchen und in Essen ist höher als in Teilen Ostdeutschlands.

Jetzt kommt die Landesregierung darauf, auch noch den Kohleausstieg zu erzwingen – gegen die Interessen der Arbeiter, gegen die Interessen der Industrie.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber eines vergessen Sie immer: Wer soll das Ganze bezahlen? – Das ist die Krankenschwester, die jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit fährt.

Das ist der Facharbeiter am Band, der mittlerweile den Spitzensteuersatz zahlt – auch etwas, was Sie wohl für sozial halten, was wir hingegen für eine bodenlose Frechheit gegenüber den Arbeitnehmern halten. Aber sollen die Bürger an den Wahlurnen darüber entscheiden.

Zahlen muss bei Ihnen die Verkäuferin, die sich abrackert. Zurückgelassen werden die Bergleute, ihre Zulieferer und unser Technologievorsprung, wie wir im Sommer wieder erleben mussten. Nur die AfD kümmert das wirklich. Die Bergarbeiter wissen mittlerweile: „Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!“

(Beifall von der AfD)

Sie trinken lieber teuren Wein und belehren die Arbeiter mit dem Aktienrecht. Ganz ehrlich gesagt: Ich trinke lieber mal ein Bier und schaue, was ich für die Rahmenbedingungen der Jobs tun kann.

NRW ist führend – immerhin mal –, aber leider bei den Arbeitslosenzahlen. Jeder dritte Arbeitslose kommt aus NRW.

Besonders betroffen sind übrigens Ausländer. Von den 626.000 Arbeitslosen sind mehr als 200.000 Ausländer, also knapp dreimal mehr, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspräche. Und Sie wollen immer neue ins Land holen? Wie wäre es, wenn wir erst einmal die in Lohn und Brot bringen, die schon hier sind? Das wäre ein großer Fortschritt.

Einen Verbündeten benötigt endlich auch die Infrastruktur in NRW, nachdem CDU, SPD, FDP und Grüne jahrzehntelang die Substanz haben verkommen lassen.

Meine Damen und Herren, etwa 6.000 Brücken in NRW wurden vor 1985 erbaut. Potentiell sind diese altersschwach. 920 wurden bisher inspiziert. In 637 Fällen entsprechen die Bauwerke nicht mehr den heutigen Anforderungen an Belastbarkeit und Tragfähigkeit. In 573 Fällen hilft auch keine Sanierung mehr, es drohen Abriss und Neubau. Die Erneuerung dieser 573 Brücken kostet laut Verkehrsministerium rund 7 Milliarden Euro. Wir wissen ja, was von solchen Baukostenschätzungen zu halten ist: Es wird ein Vielfaches sein.

Und die Straßen? – Über 50 % der Landstraßen sind laut aktuellem Landstraßenzustandsbericht in der schlechtesten Kategorie eingestuft. Der Verfall der

Landstraßen geht schneller voran als die Sanierungen, sodass ein immer größerer Sanierungsstau entsteht. Noch so eine Leistung der überheblichen alten Parteien!

NRW ist Transitland Nummer eins. NRW ist Stauland Nummer eins. Die Belastung durch Lkw auf unseren Autobahnen ist extrem hoch. Es fehlen Lkw-Stellplätze, sodass es zu dem typischen Parken auf dem Randstreifen oder an Einfahrten von Raststätten kommt. Von 5.000 geplanten zusätzlichen Stellplätzen sind bisher nur rund 10 % realisiert worden. Zu leiden haben die Speditionen und die Lkw-Fahrer. Aber die haben keine Lobby.

Schwarz, Rot, Gelb und Grün konkurrieren lieber um die Sozialpädagogikstudentinnen in den Innenstadtvierteln, die den Mate-Tee trinken, den ihnen die Lkw-Fahrer bringen. Und für die sind wir dann da, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Dann werden jetzt auch noch in vielen NRW-Städten sogenannte Umweltpuren geplant, um den Menschen, die zur Arbeit pendeln, noch mehr Staus anzutun. Man könnte von einem Schildbürgerstreich sprechen, was da zum Beispiel Düsseldorf nicht übermäßig fähiger Bürgermeister betreibt. Aber es ist Ideologie pur. Wir werden dies bei den Kommunalwahlen im Land thematisieren.

Bitter auch die Bilanz, wenn es ums Wohnen geht. Für immer mehr Menschen wird der Umzug zum Problem, denn die Mieten explodieren seit Jahren, und zwar neben dem Trend zum Zuzug in die Städte infolge ihrer Politik. Die Null-Zins-Politik, um die ökonomische Fehlkonstruktion des Euro dauerzuretten, treibt die Anleger auf den Immobilienmarkt. Und klar: Mehr Nachfrage erhöht den Preis. Denn das Angebot an Wohnungen wächst eben nicht mit. Dasselbe, also dieselbe Angebot- und Nachfrage-Relation gilt für die Mieter.

Der Wohnungsmarktbericht für NRW macht das ganz deutlich. Es sind, ob Sie es hören wollen oder nicht, die unbegrenzt und ungesteuert ins Land gelassenen sogenannten Flüchtlinge, die den Mietermarkt massiv verschärfen. Das besagt der Wohnungsmarktbericht. Die neu fertiggestellten Wohnungen reichen eigentlich noch nicht einmal für die angestammte Bevölkerung aus.

Mit den Flüchtlingen müssten in NRW 80.000 Wohnungen im Jahr fertiggestellt werden, es sind aber gerade einmal 48.000. Ihre Buntheitsphantasien, Ihr Vielfalts- und Weltoffenheitsgesäuselei kosten. Es kostet auch höhere Mieten.

Ein Ende der unseligen und verfehlten Euro-Rettungspolitik würde den Sparern endlich wieder Zinsen sichern und würde so auch den Immobilienmarkt entspannen. Ein vernünftiger Schutz der Grenzen, eine Zuwanderungspolitik, die steuert und begrenzt,

kappt auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und stoppt so die Mietpreissteigerungen. Sie hingegen halten daran auf Kosten der Bürger starrsinnig fest. Wir werden das ändern.

Ebenso werden wir das mit dem Thema „Straßen- ausbaubeiträge“ tun. Wir haben im Ausschuss eine Reihe eindrucksvoller Anhörungen dazu erleben dürfen. Man sieht hier besonders anschaulich die Unglaubwürdigkeit dieses Betriebs. SPD und Grüne entdecken in der Opposition plötzlich ihr Herz für den Eigenheimbesitzer und wollen die Beiträge abschaffen. Das ist eine Idee, auf die sie in Regierungsverantwortung nie gekommen sind, nie.

CDU und FDP, in der Opposition stets aufseiten genau dieser Gruppen, zieren sich nun plötzlich vor der Abschaffung. Stattdessen kommt jetzt von der Landesregierung ein groteskes Programm, das immerhin 65 Millionen Euro kostet und nur die allerschlimmsten sozialen Härten abfedert. Unsinnig ist es trotzdem. Denn das landesweite Aufkommen der Abgabe beträgt etwa 130 Millionen Euro. Davon verbrauchen die Kommunen in etwa die Hälfte für die Bürokratie. Es bleiben also 65 Millionen Euro Ertrag für die Kommunen übrig. Die Landesregierung könnte also auch einfach 65 Millionen Euro an die Kommunen ausschütten. Stattdessen wird jetzt eine neue Bürokratie geschaffen, um die alte Bürokratie am Leben zu erhalten. Das ist Irrsinn pur. Ich sage für die AfD-Fraktion ganz klar: Die Straßenausbaubeiträge müssen weg, und zwar zu 100 %.

(Beifall von der AfD)

Belastet sind die Menschen auch, wenn es um die Sicherheit geht. Es ist doch verrückt, dass Freibäder nun Sicherheitspersonal am Eingang postieren, die die Pässe kontrollieren, dass sich Weihnachtsmärkte hinter Betonbarrieren verschanzen, während die eigentlichen Grenzen offen stehen wie ein Scheunentor.

Wissen Sie: Ich lasse gerne Menschen in mein Haus. Sie bekommen auch zu essen und zu trinken. Und wenn ein Freund mal Geld braucht, dann bin ich auch kein Unmensch. Aber kein Mensch lässt einfach so für jeden und dauerhaft seine Wohnungstür offen. Kein Mensch lässt einfach so Menschen in seine Wohnung, gibt ihm Taschengeld und unbegrenztes Wohnrecht, wenn er sie nicht kennt und nicht eingeladen hat. Worum es dabei geht, ist nicht etwa Abschottung, sondern Souveränität: Ich will entscheiden können, wen ich hineinlasse. Ich will auch entscheiden können, wann ich jemanden hineinlasse.

(Beifall von der AfD)

Diese Souveränität, die jeder Eigenheimbesitzer, die jeder Mieter für seinen Wohnbereich hat, müssen wir auch als Staat zurückgewinnen. Dazu gehört: Wer sich ungebührlich benimmt, der muss gehen.

Dafür benötigen wir dringend mehr Polizisten. Immerhin kommt uns die Regierung da ein Stückchen weit entgegen. Das erkennen wir an. Aber wir wissen alle: Es reicht eben nicht.

Die Polizeigewerkschaften konstatieren zu Recht: Wir brauchen in NRW 60.000 Polizisten, es fehlen also 20.000. Ein AfD-Innenminister würde das in Angriff nehmen.

Natürlich müssen die Täter dann auch abgeurteilt werden. Viele Polizisten sind verständlicherweise frustriert, wenn sie sehen, dass die gerade von ihnen ermittelten und festgesetzten Täter am nächsten Tag schon wieder unterwegs sind, das Prozesse auf sich warten lassen und dass dann auch noch zu oft nicht konsequent geurteilt wird.

Auch hier haben CDU, SPD, FDP und Grüne in trauer Eintracht in abwechselnden Regierungen eine Kernaufgabe des Staates schleifen lassen, weil man sich lieber um Firlefanz wie Gender-Toiletten, teure Umzüge der Ministerien, Hubschrauberflüge für Herrn Laschet und den Kampf gegen die AfD kümmert als um das, was der Bürger vom Staat verlangen kann, nämlich dass er funktioniert, und zwar gut funktioniert.

(Beifall von der AfD)

Die Verfahrensdauer an den Landgerichten hat massiv zugenommen: in erstinstanzlichen Verfahren seit 2010 um 30 %. Bei Strafverfahren sieht es leider nicht viel besser aus.

Meine Damen und Herren, das ist eine Zumutung gerade auch für die Opfer von Straftaten. Insgesamt fehlen knapp 350 Richter. Wegen Ihrer Politik der offenen Grenzen leiden die Verwaltungsgerichte unter der Asylverfahrensschwemme und kommen bei den normalen Verfahren kaum nach.

Als AfD-Fraktion setzen wir klare Schwerpunkte: Die Kernaufgaben des Staates müssen abgeleistet werden. Dazu gehören Polizisten, Richter, Lehrer und Staatsanwälte; dazu gehören die Infrastruktur und der Grenzschutz, die Energiesicherheit und die Verteidigung.

Auch als Bürger bezahlen wir zunächst die Miete und schauen erst dann, ob und wie viel Geld wir noch für die netten Dinge wie Essengehen oder neue Schuhe haben. Zu häufig ist das bei Ihnen, insbesondere bei den Grünen, andersherum: für Klimbim und Firlefanz Millionen und Milliarden, für die Kernaufgaben zu wenig. Wir werden das ändern.

Einiges ändern muss sich auch in den und für die Schulen. Was ist Schule wert, wenn die Lehrer fehlen? In diesem Jahr konnten von den rund 10.000 Stellen nur 58 % besetzt werden. In konkreten Zahlen heißt das, dass in NRW rund 4.000 Lehrer fehlen. Der Lehrermangel an Grundschulen ist besonders brisant, denn damit mindern Sie die Lebenschancen

der Kinder; wird hier doch die Grundlage für den späteren Erfolg gelegt.

Sie haben den größten Lehrermangel, den wir in Deutschland innerhalb der vergangenen Jahrzehnte jemals hatten, selbst angerichtet, wie der Lehrerverbandspräsident Heinz-Peter Meidinger erschrocken feststellte. Er prognostiziert: „Wir werden Qualitätsprobleme im deutschen Bildungswesen kriegen.“ – Zitatende. Das werde sich besonders an den Grundschulen zeigen. Und weiter – ich zitiere –: „Wir hatten bereits bei der letzten Grundschulstudie zum ersten Mal einen Rückschritt zu verzeichnen. Ich fürchte, das wird sich fortsetzen.“

Am Schwimmunterricht sollen einige Mädchen nicht mehr teilnehmen. Auf Klassenfahrten dürfen sie, wenn es nach ihren streng muslimischen Eltern geht, auch nicht dabei sein. Aber wenn es nach der Landesregierung geht, werden diese Mädchen nicht durch ein Kopftuchverbot für unter 14-Jährige geschützt.

Dabei müssen wir doch gerade die Mädchen als Chance begreifen, wenn wir Integration und Assimilation wollen. Das Kopftuch soll doch für bestimmte Muslime vor allem die sexuellen Reize der Frau verhüllen. Was ohnehin schon ein absurdes Frauenbild ist, wird bei sechs- oder achtjährigen Mädchen wirklich widerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Als einzige Fraktion sagen wir ganz klar: Kopftücher gehören nicht in unsere Grundschulen.

Was die Wissenschaft angeht, stellt die Landesregierung den Hochschulen jährlich 5,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Zahl sagt für sich allein genommen jedoch nur wenig aus. Sie gewinnt erst an Relevanz, wenn man sie in Relation setzt zur Anzahl der Studenten und den Ausgaben, die andere Bundesländer für die Wissenschaft unternehmen. Ein Vergleich mit anderen OECD-Staaten rundet das Bild ab.

Fangen wir mit den Studentenzahlen an. Entsprechend Ihren Vorgaben im Bildungsbereich, dass die Masse der Schüler ihr Abi bei einer Absenkung des Leistungsstandards bekommt, gibt es seit Jahren einen massiven Anstieg bei den Studenten und leider zu wenig Lehrlinge. Im Wintersemester 2018/2019 waren in Nordrhein-Westfalen 772.300 Studenten eingeschrieben.

Schauen wir uns an, was die Landesregierung an Mitteln zur Verfügung stellt, damit die Hochschulen diese große Anzahl von Studenten adäquat ausbilden können, kommen wir zu dem Ergebnis, dass die durchschnittlichen Ausgaben in NRW pro Student gerade einmal bei 7.284 Euro liegen. Das ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern die geringste Summe, die in Deutschland aufgewendet wird – der letzte Platz.

Im Bundesdurchschnitt gab jedes einzelne Bundesland beinahe das Doppelte aus, nämlich 13.300 Euro pro Student. Aber nicht nur im Vergleich zu anderen Bundesländern hat NRW die rote Laterne inne, auch im Vergleich zu anderen OECD-Ländern liegt NRW weit unter dem Durchschnitt, der hier bei 12.900 Euro liegt.

So verwundert es nicht, dass NRW in der Betreuungsrelation von Studenten zu Universitätsprofessoren im Ländervergleich seit Jahren bei Weitem abgeschlagen den letzten Platz einnimmt. Während in Nordrhein-Westfalen 90 Studenten auf einen Professor kommen, liegt das Betreuungsverhältnis in Thüringen bei gerade einmal 45 Studenten pro Professor. – So viel zum Thema „gute Lehre“.

Zum Etat der Landeszentrale für politische Bildung: Dort werden Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Höhe von zusammengekommen 5 Millionen Euro eingeplant. Das könnte man machen, wenn es denn gegen tatsächlichen Rechtsextremismus und Rassismus ginge, anstatt gegen alles, was die Linke für rechts hält.

Dahingegen liegt die Höhe der Mittel für den Einsatz gegen von Ihnen nach Deutschland importierten Salafismus – und damit auch gegen importierten Antisemitismus – bei gerade einmal 250.000 Euro; und das bei ständig wachsenden Gefährder- und Terrorverdächtigenzahlen aus diesem Spektrum.

Sie regieren also nicht auf der Grundlage sachlicher Abwägungen, sondern auf Basis links-grüner Wirklichkeitsverweigerung. Das ist die schwarz-gelbe Politik 2019. Der atemberaubende Linksdrift von CDU und FDP unter Armin Laschet und dem Abschiebeversager Stamp erfordert mittlerweile eine bürgerliche Opposition eine bürgerliche Fraktion, die alle Extremisten entsprechend so bekämpft, wie sie durch Straftaten zahlenmäßig in Erscheinung treten.

Es kann doch nicht sein, dass wir bei 447 Gewalttaten von links außen und 217 Gewalttaten von rechts außen im vergangenen Jahr nahezu null für Maßnahmen gegen links, nur wenig für Maßnahmen gegen Islamisten, aber Millionen für Maßnahmen gegen Rechtsextreme ausgegeben haben.

Als AfD werden wir den Kampf gegen tatsächliche Rechtsextremisten unerbittlich fortführen. Wir werden aber zeitgleich auch den Kampf gegen links und den Islamismus aufnehmen, so wie es sich für antitotalitäre Demokraten gehört, die den antitotalitären Grundkonsens dieses Landes nach wie vor beherzigen.

(Beifall von der AfD)

Wenn wir schon bei Salafisten und Islamisten sind: Über 4.000 Islamisten in NRW beobachtet der Verfassungsschutz. 109 Moscheen werden wegen extremistischer Hetze beobachtet. Über 260 Personen gelten als Gefährder – sprich: Von ihnen sind

schwerste Straftaten bis hin zum Terroranschlag zu erwarten. Jedes Jahr werden es mehr.

Was hingegen nicht mehr wird, sind die Abschiebungen solcher Leute. Der zuständige – also eigentlich zuständige – Minister Stamp von der FDP kümmert sich lieber darum, illegale Einwanderer zu legalisieren. Wenn es aber um Gefährder geht, reichen meine Finger aus, um die Abschiebungen zu zählen. Das ist eine unterirdische Minderleistung.

(Beifall von der AfD)

Auch der von ihm angezettelte Streit mit dem Innenminister, gefährliche Verbrecher nicht auch in sichere Gebiete in Syrien zurückzuschicken, wohin übrigens – das ist ein Hohn für Sie, Herr Stamp – Flüchtlinge auf Hartz-IV-Kosten in den Urlaub fahren, zeigt eines: Er wird seiner Aufgabe nicht gerecht. Wer Verbrecher und Terroranwärter aus dem Land haben will, der kann die FDP vergessen. Der hat nur eine Wahl: die AfD.

(Beifall von der AfD)

Anstatt in der Abschiebestatistik landen allzu viele der sogenannten Flüchtlinge in der Hartz-IV-Statistik. In NRW sind mittlerweile knapp 40 % der Leistungsempfänger Ausländer, dreimal so viele, wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspräche.

Damit wir uns richtig verstehen: Die hier herzlich willkommenen, assimilierten ausländischstämmigen Menschen haben natürlich auch darauf ein gutes Recht. Aber dass wir hier Menschen finanzieren, die unsere Werte hassen und die ausreisepflichtig sind, ja womöglich kriminell, das geht nicht an. Das beschädigt auch den Ruf der hier gut integrierten Menschen. Das ist die Folge Ihrer Multikultiträumerei, vor der Sie die Augen fest verschließen.

(Beifall von der AfD)

Lieber flüchten Sie in die nächste Illusion und wollen alle die Olympischen Spiele nach NRW holen. Zumindest haben Sie das hier so beschlossen. In anderen Ländern, ja, selbst in anderen Bundesländern, fragt man dafür das Volk. Deshalb haben wir das auch logischerweise hier gefordert. Aber das Volk fragen, das wollen Sie nicht.

Meine Damen und Herren, die repräsentative Demokratie hat sich bewährt, und wir sind stolz darauf, dass wir in einer liberalen Demokratie leben dürfen. Aber was spricht denn dagegen, mehr Schweiz zu wagen und den Bürgern mehr Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten zu geben?

Diese Mischung aus Angst vor dem Volk bei gleichzeitiger Arroganz den Menschen gegenüber ist genau die Art und Weise, wie Sie uns hier auch behandeln: kein Platz für unsere Wähler im Landtagspräsidium, in dem Sie herumkugeln, Anträge auf Aktuelle Stunden intransparent ablehnen und unter sich so-

genannte nichtförmliche Rügen gegen Oppositionspolitiker erteilen, die in diesem Gremium keine Stimme haben.

Zeigen Sie sich doch endlich mal als die angeblich so wahren Demokraten. Lassen Sie die Wähler der AfD auch im Präsidium vertreten sein, so wie es sich für Demokraten gehört. Geben Sie Ihren Widerstand gegen Volksabstimmungen auf. Hören Sie auf, sich über die Menschen zu erheben.

(Beifall von der AfD)

Gar nicht gut geht es übrigens den Bauern. Seit Monaten gehen die Landwirte auf die Straße. Sie gehen auf die Straße gegen die bauernfeindliche Politik der Landesregierung und der Bundesregierung. Die Landwirte sehen, dass das Höfesterben die Umwelt- und Agrarministerinnen Frau Heinen-Esser, Frau Schulze und Frau Klöckner kaum kümmert.

Jeden Tag gehen in NRW 17 ha, also 24 Fußballfelder, Ackerland verloren, jeden Tag. Jedes Jahr sinkt auch die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in Nordrhein-Westfalen. In nur sieben Jahren haben 2.060 Betriebe in NRW aufgegeben. Das bedeutet, jeden Tag muss ein Landwirt in NRW seinen Hof aufgeben.

Gemäß des Jahresberichts der Landwirtschaftskammer ist die Zahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft gesunken. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Überalterung machen sich die Landwirte leider zu Recht große Sorgen um ihre Zukunft.

Die Landwirtschaft in NRW ist überwiegend noch durch Familienbetriebe geprägt. Fast die Hälfte der 117.000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind Familienarbeitskräfte. Die politischen Rahmenbedingungen sind aber so gesetzt, dass nur Großbetriebe eine Überlebenschance haben.

Aus den Reihen der Union wird von einer angeblichen Chance für die bäuerliche Landwirtschaft gesprochen. Dahinter verbirgt sich aber nichts anderes als die Philosophie des „wachse oder weiche“. Das Ergebnis: Allein von 2016 bis 2018 haben 1.394 Schweinehalter in NRW aufgegeben.

Immer schwieriger wird es für die Junglandwirte, an Fördermittel zu kommen. Sie können den Nachweis der Wirtschaftlichkeit für kleine und mittlere Betriebe nicht mehr erbringen. Was glauben Sie eigentlich, was das für die Familien bedeutet, dass der Gewinn pro Betrieb im Durchschnitt um 20 % eingebrochen ist? – Ich als Selbstständiger kann das gut nachvollziehen. Von Ihnen hingegen kommt nur Achselzucken.

Das sind die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zugespitzt läuft es auf eine Frage hinaus: Wollen wir noch die kleinen und mittleren Familienbetriebe in NRW? – Für uns als AfD ist das Ja auf diese Frage klar. Aber ohne 50 % im Parlament reicht das nicht.

Daher appelliere ich an CDU und FDP: Bewegen Sie sich endlich. Lassen Sie unsere Bauern nicht länger im Stich. Es wird Zeit, dass Sie endlich wach werden.

(Beifall von der AfD)

Ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb, der verschwindet, kommt nie wieder zurück. Ohne die Familienbetriebe verschwinden ein Stück unserer Tradition und Identität und gute Lebensmittel.

Es bestätigt sich das Bild der CDU, wenn sie von der Landwirtschaft redet, aber nur die Betriebe mit mehr als 100 ha meint. Somit hat die Union es auch zugelassen, dass sie sich von ihrer eigenen Wählerbasis entfremdet hat. Die vielen Demonstrationen der Landwirte waren ja eine Reaktion auf die Agrarpolitik der Christdemokraten, und nun ärgert sich die CDU darüber, dass wir als AfD die Bauernproteste ernst nehmen und die Verantwortlichen, die hohen CDU-Agrarfunktionäre in den Verbänden und den Parlamenten, entlarven.

Auch der CDU-Mann Röring – zeitgleich Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes – scheint als Topnebenverdiener im Bundestag seinen politischen Kompass und sein Gefühl für die Bedürfnisse der kleinen Landwirte verloren zu haben.

Wir fordern, den Verwaltungsaufwand für die Landwirte jetzt endlich massiv zu senken. Anstatt den Fokus, wie von uns eingefordert, auf die kleinen NRW-Familienbetriebe zu legen, war es auf der Agrarministerkonferenz vor allem die schwarz-gelbe Landesregierung, die sich für eine Umschichtung von Haushaltsmitteln in die zweite Säule in Höhe von 4,5 % des Direktzahlungsvolumens eingesetzt hat.

Im Dschungel der Agrarfördermittel kennt sich kaum mehr jemand aus. Wir werden die Agrarfördermittel dafür einsetzen, wofür sie auch vorgesehen sind, nämlich als Fördermittel für die Landwirte und nicht für landwirtschaftsfremde Spekulanten.

Wir werden die Ermittlung der Nitratbelastung für das Grundwasser stärker an guter wissenschaftlicher Praxis orientieren. Hier ist die Binnendifferenzierung nur der erste Schritt. Wie beim EU-Grenzwert für Stickoxide muss auch der EU-Grenzwert für Nitrat überprüft werden.

Wir wollen die Vermarktung regionaler Produkte stärker und nachhaltiger fördern. Die Vereinfachung bei der Direktvermarktung ist zwar nicht die Lösung, aber ein Schritt voran.

Unseren Antrag zum Haushalt mit einer moderaten Erhöhung des entsprechenden Haushaltspostens für die nachhaltige Förderung regionaler Produkte haben Sie abgelehnt.

Wir stehen für ein entschiedenes Vorgehen gegen die Verunglimpfung der Bauernschaft. Die Bauern, die uns ernähren, haben niemandem etwas getan.

Nicht nur wir als AfD sollten uns vor die Bauern stellen.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren von den alten Fraktionen, insbesondere von der ehemaligen Bauernpartei CDU, ein Landwirt auf seinem Weg zur Großkundgebung in Bonn hatte auf sein Protestschild geschrieben – ich zitiere –:

„Erst, wenn der letzte Landwirt, Handwerker und Arbeiter zugrunde reguliert wurde, wird man feststellen, dass Freitagsschwänzer, Klimaaktivisten, Influencer, YouTuber und Politiker nichts Lebensnotwendiges herstellen.“

So ist es. Und das ist es, wohin Sie die Bauern treiben. Wir hingegen stehen zu unseren Bauern.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der CDU)

Lebensnotwendig ist auch und gerade die Gesundheitspolitik. Aber selbst da schaffen Sie es nicht, sich gegenüber unseren Anträgen pragmatisch und sachorientiert zu verhalten.

Aktionspläne gegen Hitzetote – das war Ihnen zu heiß. Landesweiter Sepsisplan – scheitert an Ihnen. Endlich eine psychiatrische Präventionsambulanz – wollten Sie nicht einführen. Ein Landespflegegeld wie in Bayern – bekommen die Menschen Ihretwegen nicht.

Meine Damen und Herren, trotz schädlicher Nullzinspolitik und Rekordsteuereinnahmen ist Schwarz-Gelb nicht in der Lage oder besser gesagt nicht willens, die Schulden zurückzuzahlen – nicht mal ein bisschen. Das ist unmoralisch. Im Privatleben können darüber Freundschaften zerbrechen.

Die Unterschiede zu Rot-Grün muss man zum Teil mit der Lupe suchen. Das haben die Wähler anders gewollt.

Sie sichern die Grenzen nicht und schieben kaum ab. Das ist schlecht für das Land und hat negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, die Sozialsysteme und die Kriminalität.

Sie lassen sich in existenziellen Fragen wie der Energiesicherheit von den Grünen treiben. Das macht es für die Menschen teuer.

NRW steht so oft auf den hintersten Plätzen der Ländervergleiche, dass man sich schon fragen muss, ob Ihre moralische Hybris uns als neuer bürgerlicher Opposition gegenüber auch ein Kompensieren der Verantwortung für die Zustände dieses Landes darstellt.

Eine marode Infrastruktur, zu wenig Polizei, zu wenige Lehrer und Schulleiter, aber zu viele Staus und zu viele Schulden – dieser Haushaltsentwurf verschenkt ein weiteres Jahr auf Kosten der Bürger.

Dem können wir nun wirklich und beim besten Willen nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Laschet das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ende eines Jahres wird oftmals genutzt, um auf die zurückliegenden Monate zurückzublicken. Ich möchte mit Ihnen heute auf drei Jahre zurückblicken.

Bei der Haushaltsdebatte hier in diesem Saal am 14. Dezember 2016 haben Sozialdemokraten und Grüne wie bereits in den Jahren zuvor neue Schulden in Milliardenhöhe beschlossen. Damals waren es 1,6 Milliarden Euro – bei Rekordsteuereinnahmen und auch damals schon historisch niedrigen Zinsen.

Gleichzeitig war unser Land bei der inneren Sicherheit, der Bildung, dem Wirtschaftswachstum und in unzähligen anderen Bereichen Schlusslicht unter den deutschen Ländern. Das war die Abschlussbilanz der damaligen Zeit.

Manche Leute sagen, man könne gar nicht in zwei oder drei Jahren irgendetwas ändern. Sehen wir die Zahlen heute – ich will Ihnen einige vortragen –, merkt man, dass es einen Wandel in diesem Land gegeben hat, und die Menschen spüren das auch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich würde mich nun gerne mit den Wortbeiträgen des Oppositionsführers der SPD beschäftigen.

Ich habe die ganze Zeit versucht, substanzielle Kritik an der Landesregierung festzustellen.

(Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Da waren diese Knallerbsen und Plattitüden an Witz. Darauf kann man schwer antworten.

Es ist auch überhaupt keine Linie erkennbar. Das ist das Problem.

Herr Abgeordneter Kutschaty, vor einem Jahr standen Sie hier und fragten mich: Wo tilgen Sie denn Schulden? – Das war die Linie der SPD vor einem Jahr.

(Sarah Philipp [SPD]: Das war eine Frage!)

Jetzt ist die Linie: Warum machen Sie nicht 1 Milliarde Euro mehr Schulden?

Herr Kutschaty, wir leben in so ernsten Zeiten, dass man auch von einem Oppositionsführer erwarten kann, dass er im Dezember 2018 die gleiche Richtung verfolgt wie im Dezember 2019.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man kann darüber streiten, ob es richtig oder falsch ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber Sie können nicht im einen Jahr kritisieren, „Sie bauen zu wenig Schulden ab“, und im nächsten Jahr „Warum machen Sie nicht mehr Schulden?“ fragen. Das ist doch der Grund, weshalb Sie in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen da stehen, wo Sie stehen. Sie haben keine Linie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem Haushalt, den wir jetzt beschließen, stehen wir vor einem wichtigen Jahr. Das Jahr 2020 wird ein Jahr großer Umbrüche sein.

Nach den Unterhauswahlen in Großbritannien ist jetzt klar, dass wahrscheinlich ein Mitgliedsland die Europäische Union Ende Januar verlassen wird, und zwar eins, mit dem wir engste Wirtschaftsbeziehungen haben. Jetzt besteht die Chance, dass es ein geordneter Brexit wird. Trotzdem wird es in Nordrhein-Westfalen Schäden auslösen.

Darüber hinaus steht ein Auseinanderfallen des Vereinigten Königreiches wieder auf der Tagesordnung. Auch das wird wieder internationale Verwerfungen mit sich bringen.

Die Klimapolitik fordert uns national und international. Die Ernüchterung nach der Weltklimakonferenz in Madrid ist groß. Minister Pinkwart war ja vor Ort. Dass sich die Welt nur auf einen Minimalkonsens einigen konnte, zeigt, dass wir international hart für diese Ziele werden arbeiten müssen. Europa und Deutschland müssen vorangehen – wissend, dass wir nur 2 % in der Welt ausmachen. Wir werden uns gewaltig anstrengen. Aber die Illusion, die Sie manchmal wecken, dass wir mit dem, was wir hier machen, das Weltklima verändern könnten, müssen wir den Menschen erklären.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was soll das denn?)

– Herr Mostofizadeh, Sie müssen etwas größer denken als in diesem Klein-Klein der Parteipolitik, wie Sie das hier machen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Monika Düker [GRÜNE]: So stiehlt man sich aus der Verantwortung! – Frank Müller [SPD]: Wenn der Blinde von Farbe spricht!)

Diese Landesregierung wird vorangehen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Ich verstehe, dass Sie da nervös werden. Herr Mostofizadeh, ich habe eben über 2016 gesprochen. Das war die Zeit, wo Sie gerade den Braunkohleabbau bis 2045 bestätigt und die Abholzung des

Hambacher Forstes beschlossen haben. Drei Jahre ist das her!

(Beifall von der CDU und der FDP – Daniel Sieveke [CDU]: So ist es! – Zuruf: Unglaublich!)

Es ist doch nicht so, als würden wir über eine Zeit von vor zehn oder zwanzig Jahren reden! Auch 2016 gab es schon einen Klimawandel.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie haben neue Gebiete beschlossen, die wir jetzt verkleinern werden.

In keinem anderen Bundesland in Deutschland wird in den nächsten Jahren so viel CO₂ reduziert wie in Nordrhein-Westfalen, weil wir vorangehen, weil wir 2021, 2022, 2023 abschalten werden. Das hätten Sie auch vor zehn Jahren machen können, als Sie regiert haben, anstatt jetzt eine große Lippe zu riskieren!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Norwich Rüße [GRÜNE], Monika Düker [GRÜNE] und Michael Hübner [SPD])

Deshalb ist die große Aufgabe, vor der wir stehen,

(Zurufe)

dass das, was wir jetzt einleiten – die Braunkohleverstromung beenden, Kraftwerke abschalten und Menschen in den vorzeitigen Ruhestand schicken –, mit Maß und mit Mitte passiert und wir all diejenigen Menschen mitnehmen, die – beginnend bei denen, die hier rechts außen sind – aufgehetzt werden. Wir wollen, dass das gelingt.

(Helmut Seifen [AfD]: Was? Jetzt hören Sie auf!)

Wir wollen, dass es gelingt, den Klimaschutz zu garantieren, und dass diejenigen, die enttäuscht sind, nicht bei Ihnen, sondern bei demokratischen Parteien landen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Man muss das alles behutsam machen; denn wir stehen gleichzeitig vor einer gigantischen Verkehrswende. Wir stehen vor dem Umstieg auf die Elektromobilität. Das heißt auch, dass wir für 30 % der Zulieferer der deutschen Autoindustrie für VW, für Audi, für Mercedes, für Volkswagen, die alle ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben und die bisher Verbrennungsmotoren gebaut oder Teile zugeliefert haben, neue Perspektiven finden müssen.

Wir werden das alles machen. Wir werden unsere Schritte gehen. Das kann man aber nicht mit plakativen Sprüchen, wie sie die Grünen heute in der Debatte vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Politik muss verlässlich, entscheidungsfähig und entscheidungswillig sein. Wir müssen das, was wir heute sagen, auch noch in einem Jahr sagen und dann Bilanz ziehen können. Das ist das, was wir uns vorgenommen haben.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen von den Schlusslichtplätzen zurück an die Spitze der deutschen Länder bringen. Wir sind angetreten, um beste Bildung in allen Bereichen zu garantieren und Aufstieg durch Bildung leichter zu machen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir sind angetreten, die Wirtschaft durch eine Verbesserung der Infrastruktur und die Entfesselung von Bürokratie zu stärken. Wir sind angetreten, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, denn beides geht nur zusammen.

Wir sind aber vor allem auch dafür da, Stadt und Land zusammenzuhalten. Wir wollen, dass im ländlichen Raum noch jemand leben kann, dass er pendeln kann und dass sein Pendeln zu seinem Arbeitsplatz anerkannt wird. Die Abfälligkeit, mit der man in manchen Städten über den ländlichen Raum redet, ist mit uns nicht zu machen. Stadt und Land gehören zusammen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Haushalt und zur Haushaltsdebatte gehört nicht nur die Generalauseinandersetzung, sondern dazu gehören auch einige Zahlen zu den Finanzen. Wir haben unser Wort gehalten und sind bereits beim Haushalt 2018 – der erste Haushalt, der in unserer Verantwortung lag – ohne neue Schulden angekommen;

(Zuruf von der SPD: So wie Walter-Borjans!)

es wurden das erste Mal seit 1973 keine neuen Schulden geplant. Heute werden wir den dritten ausgeglichenen Haushalt in Folge beschließen.

Mehr noch: Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren sogar eine halbe Milliarde Euro Schulden abgebaut. Gleichzeitig haben wir rund 1,9 Milliarden Euro für die Risikovorsorge bereitgestellt, und zusätzlich sorgen wir mit 600 Millionen Euro für den Pensionsfonds vor.

Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit; denn die Verschuldung vergangener Jahrzehnte, lastet bereits heute schwer genug, und sie wird noch schwerer lasten, wenn die Zinsen eines Tages wieder steigen. Deshalb und weil es das neue Lieblingsthema des neuen Hoffnungsträgers der SPD als Bundesparteivorsitzender ist, will ich auch noch einmal versuchen, die Frage „schwarze Null“ oder „keine Schulden machen“ argumentativ mit Ihnen auszutauschen.

(Zuruf von der SPD)

Im Beschluss der SPD auf ihrem Parteitag heißt es: Wir folgen nicht dem Fetisch von Wolfgang Schäuble von einer schwarzen Null.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Als Erstes – der einzige Abgeordnete, der noch nicht verstanden hat, was jetzt kommt, sitzt da vorne links –: Das ist nicht die schwarze Null von Wolfgang Schäuble; denn er ist schon länger nicht mehr im Amt. Der Bundesfinanzminister heißt Olaf Scholz,

(Zuruf)

und die ganze Bundestagsfraktion der SPD hat seiner Politik noch vor wenigen Wochen zugestimmt.

Man muss die Grundidee verstehen: Wenn man Schulden macht, wird irgendwer die Zinsen zahlen müssen. Wir zahlen derzeit – das können Sie in diesem Haushalt nachblättern, der auch Ihnen, Herr Herter, zugänglich sein wird – noch 2,25 Milliarden Euro an Schulden. Obwohl der Finanzminister ständig dabei ist, diese Phase jetzt zu nutzen, umzuschulden,

(Zuruf von der SPD: Ja, genau, sehen Sie!)

sind es immer noch 2,25 Milliarden Euro. Das sind wiederum 30.000 Lehrerinnen und Lehrer, die Sie bezahlen könnten. Wären die Zinsen noch so hoch wie vor einigen Jahren, dann wären es 5 Milliarden Euro. Es sind die Generationen vor uns gewesen, die einfach Schulden gemacht haben. Wir hätten die Spielräume nicht, die wir heute für die innere Sicherheit, Bildung und KITAS haben,

(Zuruf von der SPD: Und jetzt zurück zur schwarzen Null!)

wenn wir 5 Milliarden Euro zahlen müssten! Das heißt: Ohne Schulden besteht für die heutige Landesregierung und für die künftigen Landesregierungen die Chance, in Kinder und Bildung zu investieren, anstatt das Geld den Banken zu geben. Letzteres ist die Folge von Schuldenpolitik!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

– Ich verstehe, dass Sozialdemokraten das nicht verstehen wollen.

(Zuruf)

– Ich verstehe nicht, warum einem Sozialdemokraten, dem es um die soziale Gerechtigkeit geht, nicht einsichtig ist, dass wir seit 1973 fast 140 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt haben. Das ist exakt so viel, wie wir Schulden aufgenommen haben.

(Marc Herter [SPD]: Sie kennen doch die aktuellen Zinssätze!)

Das ist vergeudetes Geld.

(Beifall von der CDU)

Sie haben nicht in Kinder, Jugend und Bildung investiert, sondern das Geld den Banken gegeben. Dieser Prozess wurde von uns beendet. Das ist klar.

(Beifall von der CDU)

Dann kommen Sie manchmal – manchmal sind Schulden bei Ihnen was Schönes – und wollen eine Milliarde Euro mehr.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

In einem kleinen Punkt Ihrer Argumentation haben Sie dann trotzdem erkannt, dass Schulden vielleicht ein Problem sein könnten, nämlich bei den Kommunen. Zu den Kommunen sagen Sie jetzt: Ja, die sind nicht mehr handlungsfähig; die können nicht mehr in soziale Dinge investieren. – Exakt an diesem Prozess, den man über 40 Jahre lang zugelassen hat, wollen Sie jetzt auch noch die Landesebene beteiligen.

Wir haben mit Olaf Scholz und den Ministerpräsidenten zusammengesessen. Ich teile komplett seine Vorschläge. Damit bin ich aber derzeit relativ allein. Es sind vier Länder. Die anderen zwölf Länder sagen: Bei uns gibt es so etwas nicht. Wir haben Bezirksregierungen, die es gar nicht erst erlaubt haben, dass man sich aus Kassenkrediten finanziert.

(Jochen Ott [SPD]: Meine Güte! Das ist doch Unfug, was Sie erzählen, Herr Laschet!)

Mehrere Länder haben glaubwürdig erläutert, dass ein Zustand wie in Nordrhein-Westfalen, in dem man über Jahrzehnte erlaubt hat, dass Kommunen auf Kassenkrediten basieren, nicht geduldet worden wäre.

(Michael Hübner [SPD]: Was haben Sie gemacht mit den Ländern?)

Jetzt müssen wir – das ist unsere Aufgabe – dagegen argumentieren und klarmachen: Egal, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist, diese Städte brauchen wieder Luft zum Atmen. Dafür kämpfen wir. Deshalb sind Schulden nichts Gutes, sondern etwas Schlechtes. Die müssen bei den Kommunen weg, und im Land dürfen sie erst gar nicht entstehen. Das ist unsere Botschaft, mit der wir den Haushalt machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann kommt der nächste Punkt: Investieren wir genug? – Nordrhein-Westfalen hat inzwischen eine Investitionsquote von 10 %.

(Monika Düker [GRÜNE]: Bayern hat 15!)

– Frau Düker, Sie können dazwischenrufen, aber die grünen Länder sind alle schlechter. Baden-Württemberg ist schlechter; Hessen ist schlechter; Niedersachsen ist schlechter – das ist kein grünes Land –; Rheinland-Pfalz ist schlechter. Da, wo Grüne regie-

ren, wird nichts investiert. Wir befinden uns im oberen Drittel der deutschen Länder. Das ist anders als zu Ihrer Regierungszeit!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das hat dieser Finanzminister umgesteuert. In sieben Jahren Rot-Grün lag der höchste Wert bei 8,6 % Investitionen. Jetzt sind wir bei 10 %, und in Zukunft werden wir auf Investitionen setzen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Jetzt haben wir 6 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen!)

Wenn Sie das in Baden-Württemberg auch einmal schaffen, können Sie wieder Zwischenrufe machen, Frau Düker. Jedenfalls ist das dort nicht der Fall.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das nächste Thema zur Bilanz 2016, zur Rede von vor drei Jahren, ist die innere Sicherheit. Egal, wo Sie im Land hinkommen, ob Sie Polizeibeamte treffen, ob Sie Bürger treffen, jeder sagt:

(Zuruf von der SPD)

Ja, bei dem Thema kann man spüren, dass sich in Nordrhein-Westfalen etwas verändert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das lässt sich auch durch Zahlen belegen: 7.100 neue Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter mehr als im Jahr 2017! Das sind 1.100 mehr, als die Vorgängerregierung in den Jahren 2014 bis 2016 eingestellt hat. Allein mit dem Haushalt, den Sie heute beschließen, werden 640 Planstellen für die Übernahme von Polizeianwärtern und 500 weitere Stellen für Regierungsbeschäftigte eingerichtet, die schnell eingestellt werden können, nicht die ganze Ausbildung durchlaufen müssen und die Polizei von Bürokratie entlasten.

118 Millionen Euro mehr gibt es für Schutzhelme, Bodycams, Einsatzfahrzeuge und Smartphones. Als ich die Meldung gelesen habe, musste ich schmunzeln: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat jetzt Smartphones. – Das Smartphone ist vor zehn Jahren erfunden worden. Es brauchte zuerst einen Regierungswechsel, ehe die Polizei mit Smartphones ausgestattet wird. Das war ein unvorstellbarer Vorgang!

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Vor zehn Jahren haben Sie regiert!)

Dazu braucht man eine gesetzliche Grundlage.

(Michael Hübner [SPD]: Vor zehn Jahren haben Sie regiert, von 2005 bis 2010!)

– Dazu braucht man eine gesetzliche Grundlage, Herr Hübner.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie waren noch bei der Brieftaube!)

Diese Koalition – CDU und FDP – setzt sich für innere Sicherheit und für Bürgerrechte ein. Bei der CDU wird die Sicherheit manchmal stärker betont; bei den Liberalen werden die Bürgerrechte stärker betont.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das wäre einmal etwas ganz Neues!)

– Frau Düker, Sie haben bei all dem überhaupt nicht mitgemacht. Ich hätte mich übrigens als Grüne in diesen Zeiten dem großen Konsens der Demokraten zum neuen Polizeigesetz angeschlossen. Es ist gut ausgewogen zwischen Sicherheit und Bürgerrechten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass Sie anscheinend ein Problem mit dem Polizeigesetz haben, das ausgewogen ist und so in der Fachwelt anerkannt wird, spricht nicht gegen das Gesetz, sondern spricht eher für das Denken der Grünen zum Thema innere Sicherheit. Das ist aber Ihr Problem, das Sie bearbeiten müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Nach einem Jahr können wir jetzt sagen: Die Polizei und Sicherheitsbehörden nutzen es wirkungsvoll. Terroristische Gefährder konnten mittels des Unterbringungsgewahrsams, der Telekommunikationsüberwachung und elektronischer Fußfessel gestoppt werden. Die strategische Fahndung ist in 44 Fällen im Bereich der Organisierten Kriminalität angewendet worden.

Auch das ist ein Punkt, den ich nie verstanden habe: Sozialdemokraten und Grüne in anderen Ländern haben natürlich auch verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt. Warum war das bis zum Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen nicht möglich? – Wer dem organisierten Verbrechen den Kampf ansagen will, der muss auch einmal verdachtsunabhängig kontrollieren können. Das hat die strategische Fahndung ermöglicht. Das ist ein großer Schritt, den wir hinbekommen haben.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Zu Clans, zu Lagebildern und „30 Jahre verschlafen“ ist heute in der Debatte schon einiges gesagt worden. Wir dulden keine rechtsfreien Räume. In den Zahlen spiegelt sich das auch wider. Im Jahr 2018 gab es so wenig Straftaten wie noch nie seit 1991. Ganz entscheidend war für uns immer: Die Straftaten sinken bundesweit – das kann man zugestehen –, aber die Aufklärungsquote ist länderspezifisch. Unser Maßstab waren immer Bayern und Hessen. Die Quote lag in Nordrhein-Westfalen lange unter 50 %.

Wir haben uns jetzt in zwei Jahren hochgearbeitet auf 53,7 %. Das wird sich fortsetzen.

Jeder Täter muss wissen: Wer in Nordrhein-Westfalen eine Straftat verübt, wird am Ende auch gefasst. Das ist wichtiger als strenges Strafrecht, und deshalb sind das sehr gute Zahlen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun haben bezüglich Zusammenhalt, Maß und Mitte auch hier wieder einige, insbesondere rechte Teile des Hauses, versucht, über Migration und Integration die Stimmung für sich zu instrumentalisieren.

Wir in Nordrhein-Westfalen machen mit dem zuständigen Minister Joachim Stamp exakt das, was das Grundprinzip der Migrationsordnung in Deutschland sein sollte. Sein Bleiberechtserlass, über den mancher Landrat manchmal murrte, weil er ihm zu weit geht, geht bis an die Grenzen der Möglichkeiten, denen, die Deutsch sprechen, die integriert sind, die mit ihren Familien hier sind, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, eine Bleibeperspektive zu geben. Kein anderes Land macht das so konsequent wie Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem sagen wir zu denen, die kein Bleiberecht haben, dass sie das Land auch wieder verlassen müssen. Der Anteil der Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen hat inzwischen 29 % des gesamtdeutschen Niveaus erreicht.

(Markus Wagner [AfD]: Die Uhr ist zurückgedreht!)

Das ist genau unsere Botschaft: Integration für die, die hierbleiben dürfen, und Rückführung derer, die kriminell geworden sind und dieses Land verlassen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist konsequente Politik, die wir hier machen. Deshalb werden wir auf diesem Weg weitergehen.

Des Weiteren – ich erinnere mich –: Als ich Kinder- und Jugendminister war,

(Michael Hübner [SPD]: Vor zehn Jahren!)

haben wir, und zwar 2008, zum ersten Mal eine Milliarde Euro für frühkindliche Bildung gefeiert. Das war mit der Einführung des KiBiz damals eine gigantische Summe. Heute liegen wir bei 3,85 Milliarden Euro. Das ist eine Verdreifachung in dieser kurzen Zeit. Zwischen 2010 und 2017 gab es mal einen kurzen Stillstand, aber jetzt ist die Unterfinanzierung beseitigt worden.

(Lachen von Jochen Ott [SPD] – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– Sie wissen das ganz genau. Sie haben über das KiBiz geschimpft, Herr Hübner,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ist das eigentlich Regierungshandeln?)

und haben gesagt: Wir legen ein Kinderbildungs-gesetz vor. – Das hat aber keiner der Minister, weder Frau Schäfer noch Frau Kampmann, in den sieben Jahren geschafft.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir haben dann gesagt: Wir machen ein Kita-Rettungspaket

(Michael Hübner [SPD]: Da haben Sie nichts von erzählt!)

– der erste Beschluss nach dem Regierungswechsel –, weil wir an die Kinder dachten und die KiBiz-Landschaft vor dem Zusammenbruch stand. Jetzt hat der Minister ein Gesetz vorgelegt mit 3,85 Milliarden Euro und einem weiteren beitragsfreien Kindergartenjahr.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist nichts Neues!)

Das ist ein Schwerpunkt für frühkindliche Bildung in diesem Land, über die Sie immer nur geredet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Schulpolitik ist das doch nicht anders.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Genau!)

Wir haben uns hier sieben Jahre damit beschäftigt, haben sieben Jahre lang Frau Löhrmann, Frau Beer und alle gehört, was der neueste Stand vom runden Tisch war, wie man herumgeredet hat über G8 und G9

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sie waren auch für G8!)

und über dieses und jenes und noch einen Inklusionsversuch.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wer hat es denn erfunden?)

Beides ist beendet. G9 ist entschieden, die Eltern sind zufrieden. Das hätten Sie längst machen können, als Sie noch Regierungsverantwortung hatten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Dann hat man uns erklärt, Unterrichtsausfall digital zu erfassen, so etwas könne man nicht machen, sei technisch nicht möglich. Unterrichtsausfall wird heute schulscharf erfasst. Dann kann eine Ministerin darauf reagieren.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

– Ich weiß, dass Ihnen das wehtut.

(Jochen Ott [SPD]: Vom Wiegen wird die Sau nicht fett!)

Aber: Bildung ist für Kinder wichtig.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Richtig!)

Dass diese Ministerin das beruhigt hat, dass wir wieder über Qualität von Bildung sprechen,

(Jochen Ott [SPD]: Es wäre gut, wenn ihr mal über Qualität sprechen würdet!)

dass wir neue Modelle wie Talentschulen auf den Weg bringen, ...

(Zurufe)

Also, früher hat eine Opposition gesagt: Das, was ihr euch da ausgedacht habt, ist falsch, beispielsweise Talentschulen. – Heute sagt eine Opposition: Großartige Idee, die ihr euch ausgedacht habt, aber eigentlich brauchen wir mehr.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Solange Sie uns sagen, dass wir von allem, was wir innovativ vorschlagen, um Bildung zu verbessern,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

eigentlich mehr brauchen, ist es ein gutes Attest für eine Landesregierung nach zweieinhalb Jahren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Aber das ist nicht Ihre Idee! Die besteht seit Ewigkeiten!)

Dann haben wir immer noch Lehrermangel. Jetzt hat die Wissenschaftsministerin mit der Schulministerin verabredet: Wir machen eine Studienplatzoffensive; wir werden 1.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. So. Da können Sie sagen: Super, toll.

Wir wären heute, im Dezember 2019, besser dran, wenn Sie 2015 so etwas gemacht hätten. Dann könnten nämlich die Lehrer in den Schulen jetzt anfangen. Wir räumen doch auf, was Sie uns da hinterlassen haben!

(Beifall von der CDU und der FDP – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Weil Frau Löhrmann dauernd nur mit runden Tischen beschäftigt war, weil Frau Schulze mit allem Möglichen beschäftigt war, mit Atomkugeln oder mit irgendwas, ob es Kügelchen in Jülich und Ähnliches gibt,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ist überhaupt nicht aufgefallen, dass Lehrer fehlen. Wir packen doch jetzt das an, wovon Sie nie gemerkt haben, dass es überhaupt ein Problem ist!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb geht dieser Weg weiter. Wir wollen bei der Forschung weiter Spitze sein. Die Gelder hierfür sind deutlich erhöht worden.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

In Bochum wurde das neue Max-Planck-Institut für Cybersicherheit gegründet, das erste neue Max-Planck-Institut seit elf Jahren. Münster bekommt die „Forschungsfertigung Batteriezelle“, weil dort Exzellenz ist. Wenn wir den baden-württembergischen Ministerpräsidenten hören – „Ist das schrecklich; wir waren eigentlich dran; das ist nur wegen des Wahlkreises von Frau Karliczek“ –, dann sage ich ihm immer: „Wie kommst du auf eine solche Idee? Ihr seid es nicht mehr gewohnt, dass Nordrhein-Westfalen vorn ist. Die Exzellenz sitzt in Münster und nicht in Ulm, und deshalb ist die Entscheidung so ausgefallen.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die haben es sich in Deutschland angewöhnt zu denken, Nordrhein-Westfalen sei immer hintendran.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Die haben gar nicht die Vorstellung, dass der exzellente Forscher für Batterien, Professor Winter, in Münster sitzt.

Die Universität Bonn hat einen Riesenschub gemacht; sechs Exzellenzcluster nur in Bonn. Das ist mehr als im ganzen Freistaat Bayern.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Auch bei uns im Land gibt es doch die Stimmung: Wir wollen auch mal die Bayern schlagen. – Auf diesem Weg sind wir, mit Exzellenz und mit anderem wieder nach vorn zu kommen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun macht sich Herr Kutschaty hier über Entfesselung lustig,

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Ja, so wie Sie über die runden Tische!)

greift dann in die tiefe Trickkiste von Herrn Corbyn und redet von der Entfesselung der Märkte, die wir vorhätten.

(Sarah Philipp [SPD]: Das haben Sie doch gesagt! – Michael Hübner [SPD]: Das hat der Pinkwart doch vorgetragen!)

– Nein, von Entfesselung der Märkte wird da nicht geredet. Herr Kutschaty, Sie waren noch nie in einer Bäckerei. Wenn Sie jemals mit einem Bäckermeister gesprochen und gehört hätten, wie der über die Hygieneampel von Herrn Remmel geredet hat, dann wüssten Sie: Das hat nichts mit der Entfesselung von Märkten zu tun. Das ist eine Entlastung von ganz normalen Handwerkern, die ihren Job machen wollen und nicht von Ihnen gegängelt werden wollen!

(Anhaltender Beifall von der CDU, der FDP und Alexander Langguth [fraktionslos] – Zurufe)

Das war ein Beispiel. Das zweite Beispiel ist der Spionageerlass. Gegen den mussten Unternehmen klagen. Bei einer neuen Chemieanlage musste jeder Plan ins Internet gestellt werden. Da sagt jeder Unternehmer: Ich weiß, wer den lesen kann. Das ist der Wettbewerber in China und im Zweifel der internationale Terrorist, der dann die Schwachstelle der Chemieanlage erkennt.

Gegen diese Idee von Herrn Remmel hat LANXESS geklagt. Die gab es nirgendwo in Deutschland, auch in keinem grünen Land. Nur hier! Dann wurde geklagt. – Wir haben gesagt: Wir schaffen den Erlass ab.

Bodo Löttgen hat über den Industriepark Marl gesprochen. Es gab die Entscheidung von Evonik, die Anlage für Polyamid 12 zu bauen. Der Vorstandsvorsitzende sagte bei der Eröffnung: Wir hatten einen harten Wettbewerb. Singapur hat zig Steuervorteile geboten. Hätte es diesen Erlass noch gegeben, wäre die Investition hier nicht erfolgt.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Dann wären sie nach Singapur gegangen. – Dazu kann man sagen: Gut, das hätte keiner gemerkt, das hätte in keiner Zeitung gestanden;

(Michael Hübner [SPD]: Das ist wie bei Tesla!)

das wäre irgendeine Unternehmensentscheidung gewesen. – Aber für die Emscher-Lippe-Region, für exakt diesen Standort, sind die Arbeitsplätze, die jetzt neu entstehen, eine Folge davon, dass wir entfesselt und diese bürokratischen Vorschriften weggenommen haben. Das ist doch der Kern der Idee, die dahintersteht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann fuhr ich am gleichen Tag weiter nach Dortmund. Dort wurde eine neue Feuerbeschichtungsanlage von thyssenkrupp errichtet. Oberbürgermeister Sierau und ich selbst sagten dort: Vielen Dank der Bezirksregierung Arnsberg! Wir haben das Genehmigungsverfahren für diese neue Anlage in acht Monaten hinbekommen!

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Ich sage mal, das wird in der Qualität noch nicht jede Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen hinkriegen. Aber dieses Faktum, dass eine Investition kommt und eine Bezirksregierung begleitet und hilft, damit das rechtmäßig gelingt und möglichst schnell neue Arbeitsplätze entstehen, haben wir ebenfalls bei LANXESS in Leverkusen erlebt: Zwölf Monate Bauzeit! – Entfesselung heißt, es so schnell wie möglich zu machen. Wir wollen die schnellsten Genehmigungsverfahren nach europäischem und deutschem Recht bei uns in Nordrhein-Westfalen haben, damit möglichst viele neue Arbeitsplätze hier entstehen. Das heißt Entfesselung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Entfesselung heißt es auch bei Bauprojekten.

(Michael Hübner [SPD]: Bei Bauprojekten?)

Mir schilderten im Industriepark Marl die Unternehmen: Jetzt haben wir diese neue Anlage und die Investition. Wir haben aber ein Problem mit den Wasserstraßen. Alle haben jahrelang über Brücken, über Autobahnen und auch über Schienen diskutiert. Aber keiner hatte wirklich die Wasserstraßen im Blick. Die Güter aus Marl werden aber über den Wesel-Datteln-Kanal – heißt der so? –, ja,

(Zurufe)

auf die Meere geschifft, ...

(Marc Herter [SPD]: Sie haben Ingenieure abgebaut! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß, dass das für Sie Neuland ist, was ich gerade erkläre.

(Michael Hübner [SPD]: Für mich nicht, aber für Sie! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sonst hätten Sie das ja längst gemacht. Da brauche ich doch nicht bis zum Jahr 2019, bis mir das mal jemand schildert.

(Zurufe von der SPD)

Dann hat der Verkehrsminister, der auch ein guter Bundesverkehrsminister wäre, der Verkehrsminister,

(Michael Hübner [SPD]: Hendrik Wüst! Hendrik Wüst heißt er!)

mit dem Bundesverkehrsminister gesprochen. Hier reichen die normalen Genehmigungsverfahren nicht. Wir brauchen ein Bundesgesetz, damit die Schleusen möglichst schnell in Ordnung gebracht werden. Dafür gibt es zwölf Projekte in ganz Deutschland. Eines ist konkret dieses Wasserstraßenprojekt.

(Jochen Ott [SPD]: Guten Morgen!)

So geht konkreter Einsatz für das Land: Problem erkennen, Lösung anbieten, sich in Berlin einsetzen und am Ende bei denen sein, die das Geld nach Nordrhein-Westfalen holen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist eine große Leistung, die hier weiterhin erbracht wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das gilt auch für das Geld, das vom Bund kommt. Wir haben Jahre erlebt, in denen die Gelder aus Nordrhein-Westfalen zurücküberwiesen wurden, weil die Planverfahren nicht fertig waren.

(Sarah Philipp [SPD]: Das war ein Jahr! Ein einziges Jahr! – Marc Herter [SPD]: Ein einziges Jahr!)

Es gab auch mal einen kleineren grünen Koalitionspartner, der fand Bauen sowieso schrecklich, Planen auch und Straßen auch. Das wurde behindert, wo es ging. Inzwischen sind wir so weit, dass wir aus den nicht abgerufenen Geldern der anderen Länder Mittel nach Nordrhein-Westfalen holen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das gab es damals auch schon!)

weil wir einfach Personal eingestellt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das, was der Abgeordnete Kutschaty hier eben als neues Personal der Landesregierung aufgezählt hat. Das sind exakt die 50 Ingenieure, die jetzt dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen vorankommt.

(Michael Hübner [SPD]: Die bei Ihnen in der Staatskanzlei, oder was? Die sitzen doch nicht bei Ihnen in der Staatskanzlei! Das ist doch albern!)

Das sind auch die Polizeibeamten.

(Michael Hübner [SPD]: Die sitzen doch nicht in der Staatskanzlei! Erzählen Sie doch nicht so was!)

Das sind auch die Lehrer.

(Zurufe)

Das sind alle die Mitarbeiter, die unser Land besser machen und die es nicht verdient haben, dass Sie in solch dümmlicher Weise wie eben über die neuen Mitarbeiter unseres Landes reden.

(Michael Hübner [SPD]: Ah!)

Dass Sie das lassen, würde ich mir wünschen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Sie haben über 100 Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen!)

Darüber hinaus hat der Verkehrsminister neben den Straßen, die nun gebaut werden, und neben der Beschleunigung der Autobahnbaustellen bisher 95 Wochen Bauzeit eingespart. Wir sind da aber noch längst nicht am Ende. Wir haben noch vieles vor.

Wir haben auch den öffentlichen Personennahverkehr erhöht. Er lag im vergangenen Jahrzehnt konstant bei gut 10 %. Im kommenden Jahr wird der Anteil auf über 17 % steigen. Das ist eine Milliarde Euro für die Kommunen, für die kommunalen Stadt- und Straßenbaunetze, um auf den neuesten Stand der Technik zu kommen. Das sind Investitionen von mehreren Hundert Millionen Euro für die Reaktivierung von Bahnstrecken, die Etablierung von On-Demand-Verkehren und die Förderung von Schnellbuslinien; denn der Umstieg muss erfolgen. Deshalb bauen wir auch Radschnellwege. Deshalb gibt es

auch keinen Anlass, sich darüber lustig zu machen, wie das manchmal passiert.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Lustig gemacht habt ihr euch!)

Das ist ein echter Umstieg, der ermöglicht wird. Aber, lieber Arndt Klocke, auch hier brauchen wir Entfesselung. Wenn wir da nicht schneller planen, können auch keine Radschnellwege gebaut werden. Wenn wir planen, wie wir immer planen, werden wir das in 20 Jahren noch nicht geschafft haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb hoffe ich, dass wir hier vielleicht mit den Grünen zu einem Konsens kommen können. Alles, was der Energiewende dient, alles, was der Verkehrswende dient – wenn zum Beispiel im Rheinischen Revier ein Braunkohlekraftwerk abgeschaltet wird und ein Power-to-Store-Kraftwerk dahinkommt –, müssen wir schnell genehmigen, damit die Arbeitsplätze schnell entstehen.

Ich hoffe, ihr erkennt zumindest in Bezug auf einige Punkte an, dass wir schnellere Plan- und Genehmigungsverfahren in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen brauchen; denn anders wird die Energiewende nicht gelingen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte jetzt nicht auf die Verhandlungen in der Nacht des letzten Sonntags eingehen, als wir eine Einigung beim Klimaschutzpaket erreicht haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Stimmt NRW zu?)

– Bitte?

(Monika Düker [GRÜNE]: Stimmt NRW denn jetzt zu?)

– Warum denn nicht? Was ist das für eine Frage?

(Monika Düker [GRÜNE]: Ist ja gut!)

Dieses Modell, das jetzt erdacht worden ist, hat die FDP in noch größerer Konsequenz schon vor Monaten vertreten. Der Minister hat Beiträge dazu geschrieben, wie man die Energiewende marktwirtschaftlich gestaltet. Das ist etwas anderes als das, was Sie machen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, das größere Problem am Sonntag war nicht die FDP, sondern waren die Grünen,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was?)

die bereit waren, das ganze Paket platzen zu lassen. Wir haben es jetzt in einem mühevollen Kompromiss geschnürt.

Das geschah übrigens gemeinsam mit den SPD-Ministerpräsidenten, die in dieser Runde alles vertreten haben,

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Gegen die Ministerpräsidentin der SPD!)

nur nicht die Forderung von Frau Esken und Herrn Walter-Borjans nach 40 Euro plus X für eine Tonne CO₂. Insofern scheint es unter den Ministerpräsidenten Weil, Schwesig und anderen eine größere Nähe zu den Bürgern und den Pendlern zu geben als bei der SPD aus Nordrhein-Westfalen und denen, die da im Moment das große Wort führen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Sagen Sie noch einen Zusatz dazu! Nicht ohne sozialen Ausgleich! Das war der Punkt!)

Wir drängen darauf, dass dieses Klimaschutzgesetz kommt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Kohleausstieg!)

Der Vermittlungsausschuss hat es heute Morgen mit großer Mehrheit beschlossen.

Wir drängen darauf, dass der Kohleausstieg kommt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Vielleicht zuerst einmal das Gesetz! Das ist ja ein Gesetz!)

Wir hätten ihn uns im November gewünscht. Jetzt ist schon Dezember. Die Bundesregierung hat es noch immer nicht hingekriegt. Der Bundesfinanzminister hat bis zu dieser Minute nicht zugestanden, dass es ein Sondervermögen gibt, das die Fraktionen von SPD und CDU fordern, mit dem die Kommunen überjährig planen könnten.

Wenn all diese Widerstände beseitigt sind, hoffen wir, das Kohleausstiegsgesetz zu Beginn des Jahres 2020 zu haben. Und dann beginnen all die Konsequenzen für uns.

Trotzdem müssen wir auch bei uns weiterdenken. Wir wollen unsere Klimaschutzziele noch ambitionierter umsetzen, als sie im Gesetz von 2014 formuliert sind, das heute zitiert wurde. Wir haben die Mittel für den Klimaschutz – im Schlussjahr von Rot-Grün waren es 23 Millionen Euro; in diesem Jahr und im kommenden Jahr sind es 128 Millionen Euro – verfünffacht.

Wir arbeiten jetzt auch daran, dass wir in Sachen Wasserstofftechnologie neue Initiativen starten. Der Wirtschaftsminister fördert das Einblasen von Wasserstoff bei der CO₂-armen Stahlproduktion und die Verwendung von Hüttengasen aus der Stahlproduktion als Ausgangsstoff für chemische Produkte. Auch das können Sie sich alles im Chemiepark Marl anschauen. Dort entstehen im Zuge der Produktion Dämpfe und Abfallprodukte, die man, wenn man das intelligent macht, wiederum nutzen kann, auch im Sinne der Energiewende. Das werden die Schwer-

punkte der nächsten Jahre sein, um hier voranzukommen und den Umstieg auf Elektromobilität zu schaffen.

65 % aller Fahrzeuge in Deutschland werden bereits in Nordrhein-Westfalen hergestellt. Sie kennen StreetScooter und e.GO. Vor wenigen Tagen lief in Düsseldorf der erste eSprinter von Mercedes-Benz vom Band. Dieser Weltkonzern konzentriert hier in Düsseldorf seine Elektromobilitätssparte, weil sich herumgesprochen hat, dass in Nordrhein-Westfalen die größte Kompetenz für Elektromobilität angesiedelt ist. Das wollen wir in den nächsten Jahren in diesem neuen Wirtschaftsfeld ausdehnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Am Dienstag dieser Woche wurde im Kabinett das Entfesselungspaket V beschlossen.

(Marc Herter [SPD]: Ui!)

Die Sozialdemokraten sagen: Entfesselung der Märkte; Neoliberalismus; die böse Welt beginnt. – Die Praxis sieht aber folgendermaßen aus: Wir wollen damit den Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen vereinfachen und beschleunigen, Photovoltaikanlagen voranbringen und mit der Taskforce Windenergie zur Beratung von Kommunen beitragen, damit wir mit vereinfachten Planverfahren mehr Windenergie ernten können und auch entlang von Autobahnen mehr Solarenergie ermöglichen.

(Marc Herter [SPD]: Lassen Sie das Entfesselungspaket III dann weg?)

Entfesselung heißt für uns, bei den wichtigen Dingen in diesem Lande unbürokratischer und schneller zu werden. Deshalb gilt mein Dank Herrn Professor Pinkwart, der das voranbringt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Windenergie ist doch wieder Versöhnung gefragt. Die Klagen gegen ca. 200 von bundesweit 325 Windenergieanlagen – das sind 61 % – werden von Umwelt- und Naturschutzverbänden geführt. Es ist doch nicht so, als stünden auf der einen Seite ein paar Leugner des Klimawandels und auf der anderen Seite die fortschrittlichen Windmenschen, die die Zukunft erkannt haben. Nein, der Konflikt ist in jedem Fall ein nachbarschaftlicher Konflikt, ein Belastungskonflikt, ein Naturschutzkonflikt. Wer dies verneint, einfach darüber hinweggeht und die Sorgen der Menschen nicht ernst nimmt, wird die Energiewende nicht zum Erfolg führen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was ist denn mit der Abstandsregelung?)

Beides sehen und dann vorangehen: Das ist das, was wir uns vorgenommen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Gesundheitsversorgung unserer Bürger. Auch dazu werden Sie in diesem Haushalt wichtige Entscheidungen finden. Wir haben einen Gesundheitsminister, der es versteht, Erfahrungen ganz praktischer Art mit der Kenntnis des Systems zu verbinden.

Dass im ländlichen Raum Ärzte fehlen, ist jedem bekannt. Aber wie begegnet man dem? Mit einer Landarztquote. Alle haben gesagt, das sei rechtlich nicht möglich. Das gehe überhaupt nicht, hieß es bis 2017. Unser Gesundheitsminister hat es angepackt.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Wir haben die Landarztquote eingeführt. Jetzt wird die Krankenhauslandschaft reformiert. Wir sind dabei, sie neu zu ordnen, Über-, Unter- und Fehlversorgungen zu beenden und darüber hinaus in Ostwestfalen eine medizinische Fakultät zu errichten. Zum Wintersemester 2019/20 stehen die ersten Studienplätze für Landärzte bereit. Es gab über 1.300 Bewerberinnen und Bewerber. Das zeigt, dass man in diesem Land etwas verändern kann. Karl-Josef Laumann tut das mit großem Engagement und hoher Kompetenz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daher kommen übrigens auch die Investitionsmittel. Im Jahr 2020 werden die Mittel noch einmal um 175 Millionen Euro aufgestockt und rund 761 Millionen Euro für die Investitions- und Einzelförderung bereitgestellt. Und das geht – zu Ihrem großen Erstaunen – ohne neue Schulden. Das ist möglich, wenn man sich auf die wichtigen Dinge konzentriert und dort investiert, wo die Menschen es brauchen.

Nun kommt Herr Abgeordneter Kutschaty und sagt: Ja, das ist ja alles gut. – Alle diese Themen hat er ja gar nicht kritisch erwähnt.

Neben den mittelmäßigen Witzen hat er zwei, drei inhaltliche Punkte genannt. Der eine Punkt war der Wohnungsmarkt. Stimmt das? Ja. Da gibt es in der Tat Probleme.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Ja!)

Aber

(Sarah Philipp [SPD]: Ich bin gespannt, was jetzt kommt!)

wie unterkomplex muss man eigentlich argumentieren, wenn man so tut, als wäre am Wahltag, am 14. Mai 2017 um 18 Uhr, ein Problem auf dem Wohnungsmarkt entstanden?

(Sarah Philipp [SPD]: Wer hat das behauptet?)

Dass wir heute zu wenige Wohnungen haben, liegt doch als Erstes daran, dass die letzten 5, 10 oder 15 Jahre zu wenig gebaut worden ist und zu wenig sozialer Wohnraum geschaffen worden ist.

(Michael Hübner [SPD]: Wer hat denn vor zehn Jahren registriert?)

Sie können doch diese Landesregierung nicht für Ihre eigenen Fehler kritisieren. Was ist denn das?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben gelernt, dass Sie nach links rücken. Aber das heißt doch nicht, dass Sie dialektisch werden müssen. Sie können doch nicht uns für das kritisieren, was in Ihrer Zeit versäumt worden ist.

(Michael Hübner [SPD]: Sie haben die LEG verkauft!)

Sie können die Ministerin für das kritisieren, was sie heute macht.

(Sven Wolf [SPD]: Sprechen Sie mit den LEG-Mietern!)

Diese Ministerin hat die Fördermittel von 2018 bis 2022 auf 1,1 Milliarden Euro erhöht. Das Volumen der Wohnraumförderung unter Rot-Grün lag in fünf Jahren im Jahresschnitt bei 850 Millionen Euro. Jetzt sind wir bei 1,1 Milliarden Euro. Wir verzeichnen im Ergebnis für 2018 bei der Wohnraumförderung 923,4 Millionen Euro an abgerufenen Mitteln. Ein Großteil davon entfällt auf die Förderung von Mietwohnungen. Da ist das Problem erkannt. Wir haben ab 2020 die Förderbedingungen für Sozialwohnungen angepasst, damit mehr Sozialwohnungen gebaut werden können.

Aber auch hier gilt wieder:

(Zuruf von der SPD: Wer hat es gemacht?)

Man darf dann nicht vor Ort bei jedem neuen Quadratmeter Bauland an der Spitze der Bürgerbewegung stehen, die dagegen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch da ist es erforderlich, zu entfesseln und schnell zu genehmigen, damit Wohnungen gebaut werden und wir dort vorankommen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sie wollen doch nur Eigenheime bauen!)

Zu den Kommunen nur wenige Sätze: Die Kommunen erhalten in diesem Jahr so viele Finanzierungsmittel wie noch nie. Wir haben es geschafft, dass sie zum ersten Mal seit 2006 wieder die echten 23 % der Einnahmen des Landes aus der Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer bekommen. Zusätzlich erhalten sie durch die Abschaffung der Solidaritätsumlage und des Kommunal-Soli 698 Millionen Euro mehr.

Über die Altschulden habe ich gerade gesprochen. Dieses Thema werden wir hier sicher noch häufiger vertiefen. Auch das ist übrigens nichts, was am 14. Mai 2017 entstanden ist. Normalerweise kritisiert

man eine Regierung ja für das, was sie anders gemacht hat als die Vorgänger. Sie haben sich allerdings angewöhnt, all die Dinge, die Sie nicht erledigt haben, jetzt bei der neuen Landesregierung zu kritisieren.

(Sarah Philipp [SPD]: Der neuen Landesregierung? Sie ist nicht mehr so neu!)

Deshalb ist das auch argumentativ nicht besonders überzeugend.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zur Debattenkultur sagen. Wir brauchen für das neue Jahr eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, eine neue Fairness zwischen Alt und Jung und übrigens auch eine Fairness zwischen Digital Natives und jenen, denen die Digitalisierung Sorge bereitet. Auch von denen gibt es in diesem Land viele Millionen, die man bei diesem Prozess mitnehmen muss.

Auf 23 Regionalkonferenzen der SPD habe ich immer wieder gehört: Nikolaus ist GroKo-Aus. – Das ist nicht eingetreten.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen ja Zeit haben!)

In dieser Regierung gibt es bei all den Ministern, die hier sitzen, keinen, der jeden Tag darüber nachdenken würde, wann das Ganze endlich zu Ende ist. Jeder, der hier sitzt, sagt: Wir haben noch ganz viel vor. Wir haben so viel angefangen. Wir wollen dieses Land voranbringen. Wir haben Lust auf Regieren. – Das ist in Berlin ganz ungewöhnlich. – Wir haben Lust, für die Menschen etwas zu verändern. Wir haben die Hoffnung, dass uns das gelingt.

Wenn man sich die Erfolge der letzten zwei Jahre ansieht, merkt man: Man sät, man sieht schon die Früchte, und man kann ernten. – Wir wollen dieses Land weiter voranbringen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Zimkeit zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der SPD)

Stefan Zimkeit* (SPD): Ich merke, dass die Vorfreude groß ist. Ich werde versuchen, Sie nicht zu enttäuschen. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, wenn Sie so viel Lust auf Regieren haben, wäre es ja vielleicht mal Zeit, damit anzufangen,

(Beifall von der SPD)

anstatt hier in Selbstlob zu verfallen, das auch noch jenseits von Fakten ist.

Da rechnet Ihnen unser Oppositionsführer Thomas Kutschaty Ihre 40 Stellen im politischen Apparat vor, die Sie neu geschaffen haben, und Sie reden hier über 50 Ingenieure. Das hat doch wohl überhaupt nichts damit zu tun.

(Beifall von der SPD)

Sie sprechen hier über Schulden und sagen: Wir verantworten drei Haushalte, bei denen keine Schulden gemacht wurden. – Das zeigt, dass die Biesenbach'sche Amnesie schon bei Ihnen angekommen ist. Sie haben einen Nachtragshaushalt 2017 mit 1,5 Milliarden Euro Schulden zu verantworten. Diesen Nachtragshaushalt haben Sie beschlossen. Das ist Ihre Verantwortung. Da machen Sie sich schon wieder vom Acker.

(Beifall von der SPD)

Genauso machen Sie sich vom Acker, wenn Sie von Schuldenorgie und Ähnlichem sprechen. Welcher Haushalt in NRW hatte denn die Rekordverschuldung zu verzeichnen? Der Haushalt 2009: 5,7 Milliarden Euro Schulden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aha!)

Und wer saß damals im Kabinett, Herr Laschet? Wer hat das zu verantworten?

(Widerspruch von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie!)

Sie! Auch da machen Sie sich jetzt vom Acker.

(Beifall von der SPD)

Es ist erschreckend, wenn der Ministerpräsidenten noch nicht einmal die Kassenkreditschulden der Kommunen von den investiven Schulden des Landes unterscheiden kann.

(Beifall von der SPD – Marc Herter [SPD]: Sehr richtig!)

Das ist wirklich mehr als bedenklich.

Nun zum Altschuldenfonds: Thomas Kutschaty hat bei allen Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund und Ländern durchgesetzt, dass sie das Altschuldenmodell von Olaf Scholz unterstützen. Jetzt wäre es, verdammt noch mal, Ihr Job, dafür zu sorgen, dass auch alle CDU-Fraktionen das tun. Dann könnten wir es nämlich für NRW auf den Weg bringen.

(Beifall von der SPD, Norwich Rüße [GRÜNE] und Monika Düker [GRÜNE])

Machen Sie hier endlich Ihren Job, und lenken Sie nicht ab.

Nun zu Ihrem Fetisch „schwarze Null“, den Sie hier feiern: Merken Sie nicht, dass Sie damit völlig alleine stehen?

(Zuruf von der CDU: Nö!)

Der BDI-Präsident Dieter Kempf fordert eine Investitionsoffensive. Das Institut der deutschen Wirtschaft – es steht nicht in Verdacht, uns politisch nahezustehen – fordert mehr Investitionen, auch unter Aufgabe der schwarzen Null. Alle wissen, dass wir in der jetzigen Situation in diesem Land mehr Investitionen brauchen – nur Sie nicht. Sie handeln nicht. Sie schauen nur zu.

(Beifall von der SPD)

Sie lassen die Schüler weiterhin in maroden Gebäuden lernen. Sie lassen die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung weiterhin in maroden Gebäuden arbeiten. Merken Sie nicht, wie alleine Sie damit mittlerweile sind?

Wir wollen nicht neue Schulden machen. Aber wir sagen: Priorität hat, dafür zu sorgen, dass wir unseren Kindern keine marode Infrastruktur hinterlassen. – Letzteres ist Ihr politisches Modell. Damit werden Sie scheitern.

(Beifall von der SPD – Zurufe)

Ich will ganz in Ruhe auf etwas anderes zu sprechen kommen. Ich finde das Vorgehen der Koalitionsfraktionen in der Art und Weise, wie es hier gewählt worden ist, traurig. Sie haben – ich glaube, es war Herr Löttgen – zu Recht ein deutliches gemeinsames Signal gegen Antisemitismus gefordert. Das tragen wir mit, und das wollen auch wir. Deswegen finden wir es sehr schade und sehr bedauerlich, dass Sie nicht bereit waren, auf unsere Anträge in der zweiten Lesung zu reagieren, und Ihre Zusage, von da an gemeinsam vorzugehen, nicht eingehalten haben.

(Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]:
Wir haben nicht zugesagt!)

Wir haben Ihnen noch in der letzten HFA-Sitzung das Angebot eines gemeinsamen Vorgehens gemacht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ne, ne, ne!)

– Herr Löttgen, Sie waren ja nicht dabei. – Wir haben aber ausdrücklich unsere Bedingungen für eine Unterstützung betont: erstens, dass wir beteiligt werden wollen,

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir auch!)

und zweitens, dass das vor der Fraktionssitzung passiert. Und was machen Sie? Am Ende unserer Fraktionssitzung schicken Sie uns wortlos Anträge herüber und geben uns gar nicht die Möglichkeit, diese mitzugestalten. Ich halte das diesem Thema nicht angemessen.

(Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]:
Ne, ne, ne! 10:15 Uhr!)

Es ist nicht gut, in diesem Bereich ein solches politisches Spielchen zu betreiben.

Wir werden selbstverständlich auch Ihren Anträgen dazu zustimmen. Ich appelliere aber noch einmal sehr eindrücklich an Sie: Wir haben in Bezug auf die Finanzausstattung der Antisemitismusbeauftragten eine höhere Summe beantragt, weil wir meinen, dass dort mehr Projekte umgesetzt werden müssen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Haben Sie nicht!)

Denken Sie doch bitte einmal darüber nach, in dieser Hinsicht nicht parteipolitisch zu verharren, und tragen Sie diesen Antrag im Sinne der Antisemitismusbekämpfung mit.

(Beifall von der SPD)

Ich bitte Sie, in diesem Bereich einmal nicht stur zu bleiben.

Mit Blick auf das Thema „Antisemitismus“ bleibt mir nichts anderes übrig, als zumindest einen Satz zu dem unsäglichen Vortrag der AfD zu diesem Thema zu sagen.

(Helmut Seifen [AfD]: Den haben Sie doch gar nicht verstanden!)

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Herr Schuster, hat erklärt, wenn die AfD hier in Regierungsbeteiligung käme, würde er überlegen, dieses Land zu verlassen. Er weiß, warum er das tut: „AfD“ steht längst für „Antisemitismus für Deutschland“.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte zum Abschluss meiner Redezeit noch eine kurze Geschichte erzählen. Stellen Sie sich vor, eine Regierung ärgerte sich über ein Kontrollorgan, ginge zu ihren Fraktionen und sagte: Wir wollen nicht kontrolliert werden; macht doch mal ein Gesetz, das das verhindert. – Stellen Sie sich weiter vor, die Fraktionen folgten dem dann, und zwar ohne Rücksprache mit dem Kontrollorgan.

Dies ist keine Geschichte aus Ungarn. Dies ist eine Geschichte aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Über diesen Weg haben die Koalitionsfraktionen die Prüfrechte des Landesrechnungshofes gesetzlich beschnitten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Pfui!)

Jeder von Ihnen hat die Gelegenheit, die massive Kritik des Landesrechnungshofes an der Einschränkung dieser Prüfrechte nachzulesen; sie liegt hier vor. Dies bedeutet nicht nur eine Einschränkung der Rechte des Landesrechnungshofes, sondern auch eine Einschränkung der Rechte des Parlamentes.

(Beifall von der SPD)

Deswegen fordere ich Sie noch einmal sehr eindrücklich auf, unserem Änderungsantrag zu folgen, diesen Teil wieder zu streichen und darüber in einen

vernünftigen Dialog einzutreten. Sonst machen Sie nämlich nicht nur die falsche Haushaltspolitik, sondern zeigen auch, dass Sie nur noch der verlängerte Arm der Regierung ohne eigenen Gestaltungswillen des Parlamentes sind und dass die Parlamentsrechte für Sie wenig Bedeutung haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Ich sehe, dass sich das auch nicht ändert. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den **Abstimmungen** über die Entwürfe des Haushaltsgesetzes 2020 und des GFG 2020 in dritter Lesung. Die Beratungsverfahren werden hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Uns stehen insgesamt 57 Abstimmungen bevor. Das ist ein richtiger Marathon.

Zuerst stimmen wir über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020** (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) **und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes** ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8152 – Neudruck –, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 17/7202 und 17/7800 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte ihm zustimmen? – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksachen 17/7202 und 17/7800 in der dritten Lesung angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 verabschiedet**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir kommen nun zu den **Abstimmungen** zum **Haushaltsgesetz 2020** und den hierzu gestellten **Änderungsanträgen** und **Entschließungsanträgen**.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsgesetz 2020 Drucksache 17/8217 ab. Wer möchte zustimmen? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

(Zurufe: Abgelehnt!)

– Entschuldigung; er ist abgelehnt. Danke für den aufmerksamen Hinweis.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Eigentlich hat er recht! – Monika Düker [GRÜNE]: Schade!)

Ich stelle noch einmal fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/8217** mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD und der beiden Fraktionslosen **abgelehnt** worden ist.

Wir stimmen dann über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsgesetz 2020 Drucksache 17/8218 ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8218 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8219 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8219 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8220 ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/8220 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8221 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8221 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8222 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist **dieser Änderungsantrag Drucksache 17/8222 abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8223. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8223 abgelehnt**.